

Demokratie

Autorenporträt

Max Weber

Martin Grundweg

Demokratie von rechts

Volker Mohr

Direkte Demokratie

Norbert Borrmann

Demokratisch bauen

Manfred Kleine-Hartlage

Unwörter-Lexikon

Sezession

Herausgegeben vom
Institut für Staatspolitik (IfS)

Unter Mitarbeit von Wolfgang
Dvorak-Stocker, Ellen Kositzka,
Götz Kubitschek (verantwortlich)
und Erik Lehnert.

12. Jahrgang, Heft 60,
Juni 2014

Sezession erscheint im Februar,
April, Juni, August, Oktober und
Dezember. Der Preis für das
Einzelheft beträgt 11 € zzgl. Ver-
sandkosten. Wer *Sezession* für
mehr als lesenswert hält, kann ein
Förderabonnement (75 €/sechs
Hefte) zeichnen. Das normale Jah-
resabonnement (sechs Hefte)
kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge
Leser in Ausbildung), jeweils inkl.
Versand. Auslandsabonnenten be-
zahlen zusätzlich 10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum
30. November gekündigt, verlän-
gert es sich um ein weiteres Jahr.

Alle Rechte für sämtliche Artikel
im Heft vorbehalten. Für Anzeigen-
kunden gilt die Preisliste Nr. 11
vom Oktober 2012.

Manuskripte sind stets willkom-
men und sollten als Kurzbeitrag
9000 und als Grundlagen-
beitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leer-
zeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel/Fax: (03 46 32) 9 09 41

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

Postbank Leipzig
BLZ 860 100 90
Kto 913 644 908

ISSN 1611-5910

Editorial

Bild und Text

- 2 Positionen und Begriffe im
Ukraine-Konflikt
Michael Paulwitz

Thema

- 4 Autorenporträt Max Weber
Erik Lehnert
- 8 Demokratie von rechts
Martin Grundweg
- 12 Demokratie in Deutschland – ein
doppeltes Spiel
Stefan Scheil
- 16 Chinas Volksdemokratie
Peter Kuntze
- 20 Wie demokratisch war Athen?
Harald Seubert
- 24 Die direkte Demokratie in der Schweiz
Volker Mohr

Bildinnenteil

- 28 Demokratische Architektur
Norbert Borrmann
- 34 Der Jargon der Demokratie
Ein Gespräch mit Frank Böckelmann
- 38 Das Unwörterbuch (Buchstaben A und B)
Manfred Kleine-Hartlage

Bücher

- 44 Piriñci und Jünger, Céline und Pound
Martin Lichtmesz
- 48 Piriñci? Wir tun, was wir
für richtig halten!
Ein Gespräch mit Andreas Lombard
- 50 Martin Heideggers »Schwarze Hefte«
Erik Lehnert
- 52 15 Hefte, 1 200 Seiten, 3 Fundstücke
Ein Gespräch mit Hermann Heidegger
- 54 Rezensionen

Vermischtes

- 64 Wilhelm Hennis – 150 Jahre Ricarda
Huch und Richard Strauss – Aus-
stellungen Erster Weltkrieg

Repräsentation und Identität

von Götz Kubitschek

Das Titelbild der vorliegenden *Sezession* stammt aus dem Sommer des Hungerjahres 1947. Über den Winter waren in den Besatzungszonen mehrere hunderttausend Deutsche erfroren oder verhungert. Der Frühling brachte das Ende der Kälte, aber kein Brot. Und so versammelten sich beispielsweise in München Studenten hinter einem graphisch anspruchsvollen Plakat, um in aller Bescheidenheit (und sicherlich gegen einen inneren Reststolz) der mit einem einzigen Wort ausgedrückten Not einen sichtbaren, greifbaren Nachdruck zu verleihen.

»Der Druck der Straße ist das legitime Mittel der außerparlamentarischen Opposition, deren geschäftsordnungsmäßig korrekte Eingaben permanent im Papierkorb des Parlaments und der Regierung enden.« Mit diesem Satz schließt eine der bekanntesten antiparlamentarischen Schriften der Neuen Linken aus dem Jahre 1968. Zwischen diesem Satz, der die Massenkundgebungen und die Randalere der Neuen Linken zu legitimieren suchte, und der Hunger-Demonstration von 1947 liegen nicht nur zwanzig Jahre, sondern Welten. Während sich die lebensbedrohliche Not der einen in einer machtlos vorgetragenen Klage äußerte, suchten die anderen nach einem theoretischen Unterbau für etwas, das sie längst in Gang gesetzt hatten: die gewalttätige Infragestellung der Existenz der repräsentativen Demokratie westlichen Zuschnitts.

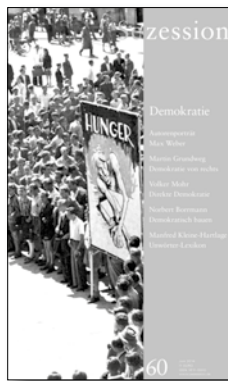
Statt Hunger-Plakaten wurden nun die Porträts von Mao, Lenin und Ho Tschu Min durch die Straßen geschleppt – man ikonisierte Massenmörder, während man mehr Mitspracherecht im parlamentarischen Apparat oder an der Universität forderte. Die Lösungsvorschläge waren also grotesk, die Kritik indes richtete sich auf den wunden Punkt der repräsentativen Demokratie: auf die Distanz der Repräsentanten zu denen, die sie wählen, entsenden und dadurch ermächtigen: zum Volk. Es ist nicht so, daß sich am fassadenhaften Charakter der Parlamente seit 1968 irgendetwas geändert hätte oder daß der Parlamentarismus durch seine heftige Infragestellung mehr geworden sei als jene leere Formalität, die vom Staatsvolk hingenommen, nicht aber mitgetragen wird: Umfragen belegen die schlechte Bewertung der Parlamentarier durch die Wähler, vor allem in den Punkten Vertrauen und Ehrlichkeit, und jeder weiß, wie weit sich

die Repräsentanten in ihren Entscheidungen vom Souverän, dem Volk, entfernt haben.

Vielleicht ist das nicht gerecht, vielleicht verkennt das Volk, daß die jähe, plebiszitäre Momentaufnahme im Idealfall durch die politisch professionellen Vertreter in eine geläuterte, mithin verbesserte Form gebracht werden. Wie so oft hilft Carl Schmitt dabei, Ordnung in die Dinge zu bringen: Er unterscheidet in seiner *Verfassungslehre* (Berlin 1928) zwischen »Repräsentation« und »Identität« als den beiden notwendigen, meist in einer Mischung verwirklichten Formprinzipien der Politik: Repräsentation sei »das Sichtbarmachen und Vergegenwärtigen eines unsichtbaren, abwesenden Seins durch ein öffentlich anwesendes«, Identität sei »die unmittelbare, reale Gegenwärtigkeit des Volkes als politische Einheit«, kurz: das Plebiszit. Dieses »unsichtbare Sein« ist der Volkswille, der nicht ständig anwesend sein kann, sondern repräsentiert werden muß.

Diese Repräsentation hat verantwortungsbewußt und im Sinne des Volkes zu geschehen, und keinesfalls darf sich der Repräsentant im Dienste einer Interessengruppe, einer Partei, den Staat zur Beute machen und die Würde des Souveräns verraten.

Aber soweit ist es längst gekommen, daran gibt es keinen Zweifel, und es gehört zum Selbstverteidigungsarsenal der repräsentativen Demokratie, daß sie ihre Kritiker einbaut und zu Nutznießern des zuvor bekämpften Systems macht, mithin: an der Beute beteiligt. So widerfuhr es auch dem Druck der Straße von 68, er floß in die Parlamente, Gewerkschaften und anderen staatlich gefütterten Gehege ab. Derlei trägt fraglos zur Ordnung bei, aber – und das muß jedem klar sein, der seinen Frieden mit diesem Personal machen möchte – es ist diese Ordnung eine von jener Sorte, die den Volkswillen nicht mehr läutert, sondern gegen das Volk gerichtet ist. Es bleibt diesem großen Volk nichts weiter, als im Sinne der Ordnung zu agieren: plebiszitäre Elemente zu fordern, den Druck der Straße punktuell zu aktivieren und dort, wo der Einfluß unmittelbar ist (zu Hause, in der Kneipe, am Arbeitsplatz), die Reste der politischen Einheit des Volkes zu stärken. Denn dieses Volk muß doch vor allem eines wieder wollen: auch in fünfzig Jahren noch über das eigene Geschick zu bestimmen. ■



Positionen und Begriffe im Ukraine-Konflikt

von Michael Paulwitz

Ein Gespenst geht um in den liberalen Redaktionsstuben: Die »Rückkehr der Geopolitik«. Und mit ihr sei die »Angst« zurück, kommentierte jüngst die *Süddeutsche*. Die Welt könnte doch so schön sein, wenn Institutionen, Verträge und Werte, der Umgang mit Globalisierung und Digitalisierung mehr zählte im Umgang zwischen Staaten als Geographie.

Der Irrtum ist gleich ein mehrfacher. Die Geopolitik ist nicht zurückgekehrt, sie war nie weg. Auch »der Westen« hat sie in all den Jahren seit dem Ende des Kalten Krieges betrieben. »Institutionen, Verträge und Werte« sind Mittel zum Zweck der Staatenpolitik, nicht Selbstzweck. Mag sein, daß der ein oder andere Vasall das noch nicht gemerkt hat: die transatlantische Vormacht hatte und hat bei der Verfolgung ihrer geostrategischen Interessen die Geographie immer fest im Blick. Schließlich – dies der dritte Irrtum der wackeren liberalen Kommentatoren – geht es in der Geopolitik nicht primär um Landgewinne und Grenzverschiebungen, sondern um Sicherheit, Vormacht und die Ordnung und Beherrschung von Räumen.

Was die Ukraine betrifft, hat Zbigniew Brzezinski in seinem 1997 erschienen Buch *The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives* die geostrategischen Prämissen der US-Politik festgehalten: »Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Rußlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Rußland kein eurasisches Reich mehr.« Amerika müsse den »geopolitischen Pluralismus im postsowjetischen Raum stärken« und damit die Umwandlung Rußlands in ein locker konföderiertes, »dezentralisiertes politisches System auf marktwirtschaftlicher Basis« befördern, in dem »das kreative Potential des russischen Volkes wie der riesigen Bodenschätze des Landes besser zur Entfaltung« käme und das »weniger anfällig für imperialistische Propaganda« wäre. Ein Rußland kurzum, das sich reibungslos in ein US-dominiertes, auf Handel und ökonomische Durchdringung gegründetes Weltsystem einfügen würde.

Auch das ist Imperialismus, ein moderner, weil ökonomischer, wie Carl Schmitt schon 1932 festgehalten hat. Die Regierungs- und Richtungswechsel der Ukraine in den vergangenen

zehn Jahren sind Teil dieses größeren geopolitischen Schachspiels. Der 2004 mit US-Hilfe über die »Orangene Revolution« als Präsident installierte Viktor Juschtschenko war ausersehen, die Ukraine in die NATO zu führen. Das scheiterte am tönernen Vorpreschen seines grusinischen Pendants Michail Saakaschwili, der, durch eine vergleichbare inszenierte »Rosen-Revolution« ins Amt gebracht, ausersehen war, Gleiches für die Kaukasusrepublik Georgien zu leisten. Durch die entgegen früheren Zusagen seit Ende der Neunziger betriebene Ostausdehnung der Nato auf die einstigen osteuro-päischen Vasallenstaaten der Sowjetunion und die drei baltischen Republiken grenzt der amerikanische Einflußbereich direkt an Weißrußland, die Ukraine und den Kaukasus. Der Beitritt dieser Staaten zur EU 2004 und 2007 verfestigte diesen Einfluß. Wenige Wochen vor der – damit obsolet gewordenen – Entscheidung der NATO-Minister über eine Aufnahme der Ukraine und Georgiens brach Saakaschwili im Vertrauen auf amerikanische Rückendeckung einen Krieg um die separatistischen Regionen Südossetien und Abchasien vom Zaun brach, in dem Rußland mit einem schnellen und massiven Militärschlag seine Einflußsphäre verteidigte.

Der Georgien-Krieg war ein entscheidender Wendepunkt im geopolitischen Spiel auf dem »Großen Schachbrett«. Rußland hatte sich mit dem Anspruch zurückgemeldet, seine politische Existenz als »Reich« fortzusetzen, das einen bestimmten Großraum mit seiner politischen Idee durchdringt und Interventionen raumfremder Mächte grundsätzlich ausschließt und – wenn erforderlich – abwehrt. Carl Schmitt, der die Begriffe Reich, Großraum und Interventionsverbot vor einem Dreivierteljahrhundert ins Völkerrecht eingeführt wird, bezeichnet ihren Zusammenhang als grundlegend. Wenn US-Präsident Obama Rußland als »Regionalmacht« bezeichnet und ihm damit den Reichs-Charakter auf Augenhöhe mit den USA abspricht, ist das keine Ungeschicklichkeit, sondern eine existentielle Kampfansage.

Seit dem russischen Eingreifen in Südossetien im August 2008 war manifest, daß eine weitere direkte oder indirekte Intervention der USA in der Ukraine nicht ohne russische Gegenreaktion bleiben würde. Der Sturz des Staatspräsidenten Wiktor Janukowytsch im Februar 2014 war das Ergebnis einer Wiederholung der zivil-



Freiwillig gegen raumfremde Mächte – Angehörige der prorussischen Selbstverteidigungskräfte auf der Krim, März 2014, nahe Sewastopol. Bildrechte: Manuel Ochsenreiter

gesellschaftlichen Intervention der USA und ihrer Verbündeten von 2004. Mit einem Präsidenten Janukowytsh, der die Ukraine als blockfreie »Brücke« zwischen Rußland und dem Westen positionieren wollte, konnte Rußland leben; die Ukraine hätte sich damit nicht aus dem russischen Großraum verabschiedet. Eine finanziell und politisch von Amerika abhängige Ukraine, deren Agrarpotential und Bodenschätze – darunter bedeutende Schiefergasvorkommen – der US-amerikanischen Durchdringung offenstünden, überschritte eine rote Linie.

Rußlands Gegenmaßnahmen, insbesondere die Rückgliederung der Krim, sind vor diesem Hintergrund zu sehen. Es geht nicht um kleinräumigen Gebietserwerb oder ethnisch motivierte Heimholungspolitik, auch wenn solche Stimmungen bei Bedarf mobilisiert werden, sondern um die Verteidigung geostrategischer Positionen. Ein NATO-Stützpunkt auf der Krim und der Verlust der Seehoheit im Schwarzen Meer wäre für Rußland, was für die USA eine erfolgreiche sowjetische Raketenstationierung auf Kuba gewesen wäre: Ein Einnisten einer raumfremden Macht im eigenen Vorgarten. Carl Schmitts Großraumkonzept rekuriert auf den ursprünglichen Sinn der vom gleichnamigen US-Präsidenten 1823 verkündeten »Monroe-Doktrin«: Man behält sich vor, fremde Interventionen im eigenen Großraum abzuwehren, und verzichtet auf Interventionen außerhalb desselben.

Großraum im Schmittschen Sinne heißt nicht direktes Staats- oder Herrschaftsgebiet. Das Projekt des russischen Präsidenten Vladimir Putin einer »Eurasischen Union« unter Ein-schluß der drei ostslawischen Republiken und der zentralasiatischen Vormacht Kasachstan kann als Versuch einer kontinentalen Großraumordnung gelesen werden, die durch Amerikas Griff nach der Ukraine herausgefordert

wird. Putins »Eurasien«-Politik greift Schmitts Großraum-Konzept als multipolaren Gegenentwurf zum anglo-amerikanischen Suprematieanspruch auf.

Dieser Anspruch beruht auf einer von Schmitt seit Anfang des 20. Jahrhunderts beobachteten »Umdeutung der Monroelehre aus einem konkreten, geographisch und geschichtlich bestimmten Großraumgedanken in ein allgemeines, universalistisch gedachtes Weltprinzip, das für die ganze Erde gelten soll und »Ubiquität« beansprucht«. Das daraus für die Vormacht abgeleitete Recht zum weltweiten Interventionismus wird dem, der sich dem Vorherrschaftsanspruch entzieht, nicht zugestanden, sondern als verwerflicher »Angriffskrieg« diskriminiert.

Sowohl Brzezinskis Agenda für eine US-Suprematie als auch die neuerdings in Moskau wieder hoch im Kurs stehende »eurasische« Denkschule beziehen sich auf die »Herzland«-Theorie des britischen Geopolitikers Halford Mackinder: »Wer über Osteuropa herrscht, beherrscht das (eurasische) Herzland; wer über das Herzland herrscht, beherrscht die Weltinsel; wer über die Weltinsel herrscht, beherrscht die Welt.« In der Frage, wer die Ukraine kontrolliert, geht es daher für die USA um die Behauptung ihrer Suprematie über Europa als Bedingung ihres globalen Vorherrschaftsanspruchs und für Rußland darum, ob es als »Reich« in dem von ihm geprägten Großraum weiterbesteht oder sich als ökonomische Provinz in eine amerikanisch dominierte Weltordnung einfügt. Deshalb, und nicht aus Sowjetnostalgie (derer er sich innenpolitisch gleichwohl pragmatisch zu bedienen weiß), hat Vladimir Putin den Untergang der Sowjetunion einmal als »größte geopolitische Katastrophe« bezeichnet. »Geopolitische«, wohl-gemerkt, und nicht etwa innenpolitische, soziale oder ökonomische. ■

Autorenporträt Max Weber

von Erik Lehnert

Von Karl Jaspers stammt das Urteil, Max Weber sei der »größte Deutsche unseres Zeitalters« gewesen. Mit Jacob Burckhardt kann man es dabei bewenden lassen, daß »Größe ist, was wir nicht sind«. Die Äußerung von Karl Jaspers ist aber insofern erstaunlich, als es sich bei Weber nicht um einen Politiker, Künstler oder Religionsstifter, sondern um einen Wissenschaftler handelt. Über die Größe dieser Persönlichkeit müßte der Ertrag seiner Forschungen Auskunft geben. Nun besteht der Auftrag eines wissenschaftlichen Werks nicht darin, Verehrung hervorzurufen, sondern der fruchtbaren Aneignung zu dienen: Mindestens Erkenntnis, wenn möglich sogar Sinn soll es stiften, indem es die Wirklichkeit erschließt.

Auf Max Weber trifft diese Absicht in ganz besonderem Maße zu. Nicht ohne Grund betrauernten die deutschen Nationalökonomien seinen Tod als »den Heimgang eines ihrer Größten«. Weber gilt als Vater der modernen Soziologie, obwohl er von Hause aus Jurist war. Sein Werk ist so vielseitig und umfangreich, daß die Weber-Exegese seit je interdisziplinär stattfindet. Der vor anderthalb Jahren verstorbene Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis hat jahrzehntelang die Suche nach Max Webers Fragestellung betrieben und dabei etwas zutage gefördert, das eigentlich eine gute Voraussetzung für das Verschwinden eines Wissenschaftlers aus dem Kanon seines Faches wäre: Webers Werk eigne sich nicht zur Schulbildung, weil er »weder eine Methode noch eine leicht zu reproduzierende Fragestellung« anzubieten habe. Und so seien die Anknüpfungen an Weber immer dadurch gekennzeichnet, daß ihm einfach ein Thema als Hauptthema unterstellt werde, an dem sich die rezipierende Wissenschaftlergeneration abarbeite. Ein Beispiel sei etwa das Thema der »gesellschaftlichen Schichtung«, das in den 60er Jahren in Mode kam.

Hennis urteilt zuletzt sogar noch schärfer: Unbildung und Spezialistentum machten es der gegenwärtigen Soziologie unmöglich, ihren Gründungsvater zu verstehen, zumal Weber wirklich ganz und gar in seiner Zeit lebte und in ihr agierte – Weber hatte stets deutlich gemacht, daß sein wissenschaftliches Programm von seinen politischen Vorstellungen nicht zu trennen sei. Ihm war klar, daß aus dieser Verknüpfung der subjektive Anteil seiner (und ehrlicherweise jeder) Wissenschaftlichkeit rührte, und Hennis hat diese Einsicht in einem Zitat Max Webers gebündelt formuliert gefunden und seinem Buch zu Max Webers Fragestellung (1987) als Motto vorangestellt: »Ein jeder sieht, was er im Herzen trägt«. Daß dies nicht subjektivistisch ausgelebt werden dürfe, hat Weber in großem Verantwortungsbewußtsein und mit illusionslosem Blick für die Gegebenheiten und Unausweichlichkeiten seiner Zeit vorgeführt.

Diese Herangehensweise Webers läßt sich an seiner Haltung zur »Demokratie« veranschaulichen – ein Thema, das laut Hennis für Weber »nicht zentral« war. Akut wurde es in der Endphase des Ersten Weltkrieges und in der Nachkriegszeit.

»Nicht das Blühen des Sommers liegt vor uns, sondern zunächst eine Polarnacht von eisiger Finsternis und Härte, mag äußerlich jetzt siegen welche Gruppe auch immer. Denn: wo nichts ist, da hat nicht nur der Kaiser, sondern auch der Proletarier sein Recht verloren.«

(1919)

Die »Demokratie« war aber für Weber kein Problem im heutigen Sinn als der einzig legitimen Grundlage politischer Willensbildung. »Demokratie« war ihm kein Heilsbegriff, sondern Mittel zum Zweck. Sein Freiburger Kollege der Jahre 1894–97, der Nationalökonom Gerhard von Schulze-Gaevernitz, schreibt in der *Erinnerungsgabe für Max Weber* 1923: »Max Weber war mehr als ein Wissenschaftler; ein politischer Führer ersten Ranges, wies er seit Jahren den Weg, welcher allein ein Ausweg hätte werden können aus der Katastrophe: Demokratisierung im Innern als die Grundlage einer Machtpolitik nach außen, welche er bejahte«. Insofern war die »Demokratie« tatsächlich kein »Problem« für Weber: Das Zeitalter der Demokratisierung ließ keinen anderen politischen Weg zu. Doch damit war bei Weber kein Fortschritt intendiert: die Welt dreht sich noch immer um Macht und Einfluß. Und wenn Alfred Weber seinen Bruder Max als »Romantiker« bezeichnete, so konnte er damit allenfalls eine gewisse Wehmut über die Zerstörung der alten Ordnung meinen; der Schlüssel zum Verständnis Webers liegt jedoch in dessen illusionslosem und zugleich melancholischem Blick. Webers bekannte Begriffsbildungen dienten dazu, »sich von der Befangenheit in der Wertewelt einer vergangenen Welt zu lösen, ohne dem Fortschrittsglauben seiner Zeit zu verfallen« (Hennis).

Damit ist ein Grundproblem Webers benannt, das heute wohl auf Unverständnis treffen muß. Denn die Anerkennung dieses Problems setzt immerhin voraus, daß man es als Spätgeborener nicht besser zu wissen meint als Weber, sondern die geistige Situation dieser Zeit ernst nimmt. Jürgen Kaube hat das in seiner Biographie als »Leben zwischen den Epochen« zu umschreiben versucht, ohne jedoch der Versuchung widerstehen zu können, das 21. Jahrhundert als Maßstab heranzuziehen. Bei all dem Wissen, das er über Webers Zeit zusammengetragen hat, kommt doch immer der leicht erschrockene Blick Kaubes zur Geltung, wenn sich Weber einmal nicht so verhält oder äußert (beispielsweise beim Kriegsausbruch 1914, den Weber für eine Erlösung hielt), wie sich das ein Liberaler von heute so vorstellt. Doch für Weber war Deutschland der letzte Maßstab, der innere Kompaß zwischen den Epochen und auch zwischen den Werten. Karl Jaspers überlieferte die Eigenart Webers, daß dieser seine nicht selten kritischen Vorträge über die politischen Zustände in Deutschland stets mit folgenden Worten schloß: »Ich danke Gott, daß ich als Deutscher geboren wurde«.

Für dieses Bewußtsein ist Webers Herkunft von entscheidender Bedeutung. Er stammte aus einer Familie des wohlhabenden Bürgertums, die in Textilindustrie und Beamtentum verzweigt war. Weber wuchs in einer Welt auf, die vom Fortschritt profitierte und sich ein dementsprechendes Selbstbewußtsein leisten konnte.

Nach der Schule studierte Weber zunächst Jura in Heidelberg, leistete ab 1883 seinen Dienst als Einjährig-Freiwilliger in Straßburg ab, um dann sein Studium in Berlin fortzusetzen. Hier hörte er auch Nationalökonomie, Geschichte, Philosophie und Theologie. 1889 wurde er mit einer juristischen Arbeit promoviert. Bereits 1888 war er dem »Verein für Socialpolitik« beigetreten, der den schrankenlosen Liberalismus bekämpfte und staatliche Interventionen zur Verbesserung der Lage der unteren Schichten befürwortete (und damit großen Einfluß auf Bismarcks Sozialgesetzgebung hatte).

1891 erfolgte die Habilitation, und obwohl Weber die Zulassung als Anwalt besaß und mit Tätigkeiten in Wirtschaft und Politik liebäugelte, stieg er in den Wettlauf um eine Professur ein.

Auf dem Weg dorthin waren die bereits geknüpften Verbindungen zum Verein für Socialpolitik nützlich. In dessen Auftrag untersuchte Weber die Lage der ostelbischen Landarbeiter und begründete mit dieser 1893 veröffentlichten Studie seinen wissenschaftlichen Ruhm, sodaß er in Berlin zunächst eine außerordentliche Professur für Handelsrecht bekam, bevor er ein Jahr später ordentlicher Professor für Staatswissenschaften in



»Und nicht die Jahre sind es, die den Menschen zum Greise machen: jung ist er, solange er mit den großen Leidenschaften, welche die Natur in uns legte, zu empfinden vermag.«

(1895)

»Aber ein ungeheurer Litteratennirrtum ist es, sich einzubilden, die Politik eines Großstaates sei im Grunde nichts anderes als die Selbstverwaltung einer beliebigen Mittelstadt. Politik ist: Kampf.«

(1918)

Freiburg wurde. In der dortigen Antrittsvorlesung *Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik* entfaltete Weber bereits sein wissenschaftliches Programm und machte deutlich, wie eng dieses mit seinen politischen Anschauungen verbunden war. Ziel war die Stärkung Deutschlands. Weber war daher seit 1893 Mitglied im Alldeutschen Verband, trat 1899 aber wieder aus, weil er der Meinung war, daß dort nicht die Interessen des ganzen Volkes vertreten würden. Als Friedrich Naumann 1896 den »Nationalsozialen Verein« gründete, trat Weber diesem bei.

»Der Puritaner wollte Berufsmensch sein, – wir müssen es sein. Denn indem die Askese aus den Mönchszeilen heraus in das Berufsleben übertragen wurde und die innerweltliche Sittlichkeit zu beherrschenden begann, half sie an ihrem Teile mit daran, jenen mächtigen Kosmos der modernen, an die technischen und ökonomischen Voraussetzungen mechanisch-maschineller Produktion gebundenen, Wirtschaftsordnung erbauen, der heute den Lebensstil aller einzelnen, die in dies Triebwerk hineingeboren werden – nicht nur der direkt ökonomisch Erwerbstätigen –, mit überwältigendem Zwange bestimmt und vielleicht bestimmen wird, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist.«

(1905)

Sein Ruhm mehrte sich und Weber folgte einem Ruf auf einen wichtigen Lehrstuhl in Heidelberg, wo er gemeinsam mit seiner Frau Marianne, mit der er seit 1893 verheiratet war, bald einen gesellschaftlichen Mittelpunkt bildete. Allerdings mußte er die Lehrtätigkeit wegen gesundheitlicher Probleme, die sich als ein ganzer Strauß psychischer Leiden offenbaren, bereits 1899 wieder aufgeben (und 1903 seinen Dienst quittieren). Nach Sanatoriumsaufenthalten folgten wichtige Reisen, vor allem 1904 in die Vereinigten Staaten. Weber führte dann das Leben eines Privatgelehrten (er konnte dabei auf das ererbte Vermögen seiner Frau zurückgreifen), publizierte zahlreiche Aufsätze und begründete 1909 gemeinsam mit weiteren Mistreitern die Deutsche Gesellschaft für Soziologie. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges meldete sich der Reserveoffizier freiwillig und diente bis 1915 als Disziplinaroffizier der Lazarettkommission in Heidelberg.

Anschließend engagierte sich Weber als politischer Publizist und trat für realistische Kriegsziele und die Demokratisierung ein. Als Mitglied der von Friedrich Naumann gegründeten Deutschen Demokratischen Partei bemühte sich Weber nach 1918 erfolglos um ein Mandat in der Nationalversammlung. Er war allerdings an den Verhandlungen um die neue Verfassung beteiligt und verfaßte eine Note zu den Vorwürfen des Versailler Vertrags. Da das Vermögen seiner Frau durch die Inflation wertlos zu werden drohte, nahm Weber 1919 einen Ruf nach München auf den Lehrstuhl für Nationalökonomie an. Hier begegnete er unter anderem Oswald Spengler und Thomas Mann und hielt seine berühmten Vorträge zu den *Berufen der Wissenschaft* (1917) und der *Politik* (1919). Carl Schmitt nahm daran und an einem Dozentenseminar im Winter 1919/20 teil und charakterisierte Weber später als »Revanchist, das Radikalste von allem Revanchismus gegenüber Versailles, was ich je erlebt habe – wenigstens an starken Redensarten ...«. Am 14. Juni 1920 starb Max Weber an einer Lungenentzündung in München.

Da Weber keine Schule ausgebildet und auch keine einschlägigen Monographien verfaßt hat (er veröffentlichte vor allem Aufsätze), ist sein Nachruhm nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß es seine Frau unternahm, die von ihm geplanten Werke aus dem Nachlaß und den veröffentlichten Texten zu kompilieren. Das Geheimnis von Webers Erfolg, der im Gegensatz zu anderen Soziologen seiner Generation auch nach 1945 nicht an Bedeutung verlor, liegt aber auch in seinen idealtypischen Begriffsbildungen, die sich auf eine seiner Hauptthesen vom unausweichlichen Rationalisierungsprozeß zurückführen lassen.

In der *Vorbemerkung zur Religionssoziologie* findet sich die Grundfrage Webers: Warum hat sich nur im Okzident eine bestimmte Kultur herausgebildet und nicht an anderer Stelle auf der Welt? Diese Kultur sah er geprägt durch die experimentellen Wissenschaften, die mathematisch begründeten Kunsterzeugnisse, die Verwaltung mit den Fachbeamten als Eckpfeiler des modernen Staates, der rational begründeten Verfassung sowie der kapitalistischen Wirtschaft. Die kapitalistischen Interessen sah er nicht als Ursache, sondern als Folge der Kulturentwicklung an. Das erklärt seine berühmte These von der protestantischen Arbeitsethik, die kurz gesagt lautet, daß durch den Protestantismus die bislang in den Klöstern gefangene christliche Askese mitten ins Leben trat und so die rationale Lebensführung auf Grundlage der Berufsidee und Facharbeit ermöglichte. Die Sorge um die äußeren Güter, die ja eigentlich leicht wiegen soll, wurde zum »stahlharten Gehäuse«, das alle Macht über den Menschen hat. Das Schicksal der Rationalisierung und damit des Gehäuses ist laut Weber unausweichlich. Es könne nur durch eine Wiedergeburt »alter Ideen« oder durch die »mechanisierte Versteinerung« aufgehoben werden.

Taucht die Rede vom Gehäuse im Schlußteil von *Protestantismus und kapitalistischer Geist* (1905) erstmals auf, so wird auf sie in der Herrschaftssoziologie, speziell beim Nachdenken über die »unentrinnbare«

»Die Bureaucratisierung der Gesellschaft wird bei uns des Kapitalismus aller Voraussicht nach irgendwann ebenso Herr werden, wie im Altertum. Auch bei uns wird dann an Stelle der ›Anarchie der Produktion‹ jene ›Ordnung‹ treten, welche, im Prinzip ähnlich, die römische Kaiserzeit und, noch mehr, das ›neue Reich‹ in Aegypten und die Ptolemäerherrschaft auszeichnet.«

(1909)

Bürokratie, ausführlicher eingegangen. Deshalb hält Weber auch alle Hoffnungen, die sich an eine Ausschaltung des Privatkapitalismus knüpfen, für naiv. Die Folge wäre nicht das Zerschneiden der »stählenden Gehäuse der modernen gewerblichen Arbeit«, sondern die totale Bürokratisierung (wie es im real existierenden Sozialismus zu beobachten war). Die Fabrik und die Bürokratie seien die »Gehäuse der Hörigkeit«, in die sich die Menschen fügten, weil es ihnen um Versorgung und Verwaltung gehe, die ihren Wohlstand sicherten.

Es stellt sich die Frage, wie unter diesen Prämissen Politik möglich ist, wie diese Macht beschränkt werden könnte und wie die individuelle Bewegungsfreiheit zu retten wäre. Daß Weber diese Frage umgetrieben hat, liegt auf der Hand, wenn es ihm in seinem Werk, nach Hennis, vor allen Dingen um eine Logik des Urteils ging. Das steht keineswegs im Gegensatz zu der von Weber geforderten Werturteilsfreiheit der Wissenschaft, die ja vor allem darin besteht, daß man sich Rechenschaft über seine letzten Ideale gibt und so persönliche Werturteile von logischen wissenschaftlichen Urteilen scheidet.

In der erwähnten Antrittsvorlesung in Freiburg heißt es bereits, daß der Wertmaßstab für eine deutsche Volkswirtschaftspolitik nur ein deutscher sein könne, weil es einen Kampf um die Erhaltung der nationalen Art gebe, in dem man bestehen müsse. Das ist auch der Grund, warum Weber für die Demokratisierung eintrat: Er wollte an der Nation politische Erziehungsarbeit leisten, um sie zur Herrschaft zu ermächtigen. Da er dieses Motiv in seiner Rede vom *Beruf zur Politik* 1919 wieder aufnahm, dürfte das ein zentrales Motiv seines politischen Denkens gewesen sein. Das Augenmaß des Politikers sei das Resultat der Urteilskraft, die in der Demokratie prinzipiell für jeden gefordert werden müsse. (Für das Verständnis dieser These ist das Kapitel »Minissima Moralia« in dem Buch von Wolfgang Hellmich hilfreich.)

Das klingt nach durchgehender Demokratisierung, die nach 1945 gern mit der Liberalisierung in einen Topf geworfen wurde, nicht zuletzt um Weber als liberalen Denker über die Schwelle zu retten. Dazu wurde nicht selten ein Gegensatz zu Carl Schmitts Freund-Feind-Denken konstruiert. Doch auch bei Weber heißt es an vielen Stellen: Politik ist Kampf, und nichts anderes! Auch Weber ist am Ernstfall orientiert und keineswegs ein Liberaler. Sein Kampf für Demokratie und Parlamentarismus hat andere Gründe, denn im Grunde waren ihm die Staatsformen gleichgültig, solange sie den Erhalt der Gemeinschaft sicherstellten. Weber ging es um die prägenden Elemente, die eine Staatsform ausfüllen und formen. Konkret spielen bei Webers Eintreten für die Demokratie seine Vorbehalte gegen Wilhelm II., den er für überfordert hielt, und seine Abneigung gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht, in dem er einen Verrat am Frontkämpfer sah, eine Rolle.

Der entscheidende Punkt war für ihn jedoch die Überzeugung, daß nur charismatische Führergestalten die totale Bürokratisierung verhindern könnten, weil nur sie in der Lage seien, die Prozesse zu kontrollieren. Deshalb trat Weber für eine cäsaristische Führerdemokratie ein, in welcher der Führer plebiszitär legitimiert wäre und mit diesem Rückhalt regieren könnte. Das Parlament soll diesen wiederum kontrollieren. Es geht Weber also nicht um demokratische Ideale, sondern um eine möglichst erfolgversprechende Form der Kontrolle. Das setzt Ungleichheit, das Prinzip der kleinen Zahl und persönliche Verantwortung voraus. Daß Weber ernsthaft an die politische Lehrbarkeit der Massen geglaubt hat, ist unwahrscheinlich. Die politische Bildung dient bei ihm vor allem als Ausleseprozeß, der garantiert, daß nur fähige Naturen in die Nähe der Macht kommen.

Wer sich hier an das russische Modell von Demokratie unter Putin erinnert fühlt, liegt sicherlich nicht ganz falsch. Daß man Putin sowohl als »lupenreinen Demokraten« (Gerhard Schröder) als auch als »lupenreinen Faschisten« (Jan Fleischhauer) bezeichnen kann, ohne sich lächerlich zu machen, macht deutlich, daß Demokratie zunächst gar nichts bedeutet, weil dieser nackte Begriff etwas rein Äußerliches meint. Wer durch die Schule Webers gegangen ist, wird sein Urteil weniger an der Form der demokratischen Legitimation einer Persönlichkeit orientieren, als an dem, was sie für das Land leistet, dem sie verantwortlich ist. Bei der »Erhaltung und Emporzüchtung der eigenen Art« (Weber) dürfte Putin derzeit die Nase vorn haben. Wenn man Weber folgt, ist dies das einzige Kriterium, das zählt. ■

Literaturhinweise

Max Weber: *Max-Weber-Gesamtausgabe (MWG)*, 3 Abteilungen: *Schriften und Reden, Briefe, Vorlesungen und Vorlesungsnachschriften*, angelegt auf 47 Bände, Tübingen 1984ff (Auswahl als Max-Weber-Studienausgabe, Tübingen 1988ff);

ders.: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Fünfte, revidierte Auflage, besorgt von Johannes Winckelmann, Tübingen 1976;

ders.: *Gesammelte Politische Schriften*. Dritte, erneut vermehrte Auflage, hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1971;

ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*. Hrsg. von Marianne Weber, 2 Bde, Tübingen;

ders.: *Soziologie – Universalgeschichtliche Analysen – Politik*. Hrsg. von Johannes Winckelmann, Stuttgart 1992;

ders.: *Schriften 1894–1922*. Hrsg. von Dirk Kästler, Stuttgart 2002.

Volker Heins: *Max Weber zur Einführung*, Hamburg 2004;

Wolfgang Hellmich: *Aufklärende Rationalisierung. Ein Versuch, Max Weber neu zu interpretieren*, Berlin 2013;

Wilhelm Hennis: *Max Webers Fragestellung. Studien zur Biographie des Werks*, Tübingen 1987;

Karl Jaspers: *Max Weber. Deutsches Wesen im politischen Denken, im For-schen und Philosophieren*, Oldenburg 1932;

Dirk Kaesler: *Max Weber*, München 2011;

Jürgen Kaube: *Max Weber. Ein Leben zwischen den Epochen*, Berlin 2014;

Wolfgang J. Mommsen: *Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920*, Tübingen 1974;

Melchior Palyi (Hrsg.): *Hauptprobleme der Soziologie. Erinnerungsgabe für Max Weber*, 2 Bde, München 1922/23;

Marianne Weber: *Max Weber. Ein Lebensbild*, Tübingen 1926.

Demokratie von rechts

von Martin Grundweg

Im Januar 1925 hielt der Historiker Friedrich Meinecke einen Vortrag vor dem Demokratischen Studentenbund zu Berlin, einer studentischen Organisation der DDP. Meinecke sprach als Konvertit, denn er habe – so erklärte er – erst allmählich und innerhalb von drei Jahrzehnten lernen müssen, daß nicht die Konservativen und Monarchisten, sondern die Liberalen und Demokraten die geeigneten Rezepte zur Bewältigung der gegenwärtigen »Not des Vaterlandes« besäßen. Die Monarchie habe sehr viel für Preußen und für Deutschland geleistet, aber das Festhalten daran unter den veränderten Umständen zeige lediglich, daß Konservative sich entgegen eigenen Behauptungen eher von Gefühlen als von der Vernunft leiten ließen. Letztere jedenfalls lege nahe, daß einer sich immer weiter parlamentarisierenden Monarchie wie der deutschen bis 1918 eine »Republik mit starker Exekutivgewalt« eindeutig vorzuziehen sei. Jeder Versuch einer Restauration müsse zudem das ohnehin zerrüttete deutsche Volk noch weiter schwächen, da die Monarchie nach ihrem Niedergang ihren größten Vorzug – nämlich den der Überparteilichkeit – eingebüßt habe und nun zu einer Parteiangelegenheit der Rechten geworden sei. Die »Staatsräson« dagegen gebiete die konstruktive Mitarbeit an der Erhaltung und Stärkung der Republik: »Auch ich bin nicht aus ursprünglicher Liebe zur Republik, sondern aus Vernunft und vor allem aus Liebe zu meinem Vaterlande Republikaner geworden. ... Warum sollte es nicht einmal möglich sein, daß sich eine republikanisch-konservative Partei bilde, die innerhalb der endgültig anerkannten Republik alle wirklich guten Werte und Traditionen der alten Zeit, die mit ihr vereinbar sind, pflegt?«

Meinecke konnte sich durchaus auf eine konservative, jedenfalls nichtlinke demokratische Tradition in Deutschland berufen, die er bis auf die Erhebung von 1813 zurückführte. Die politischen Vorstellungen eines Fichte oder Arndt mochten in ihrer Zeit zwar liberal oder sogar revolutionär wirken, aber sie waren doch nicht wie bei der Linken von irgendwelchen abstrakten Prinzipien geleitet, sondern von dem Streben nach einer freien und geeinten deutschen Nation. Die Impulse, die aus der »Deutschen Bewegung« (Herman Nohl) hervorgingen, fanden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Fortsetzung zum einen in der völkischen Bewegung, zum anderen im Nationalliberalismus. Während die Vorstellungen der Völkischen aufgrund ihrer faktischen Gleichsetzung von *ethnos* und *demos* selbst dort noch einen »gefühlsmokratischen« Zug besaßen (Max Scheler), wo man sich an dem zur idealen Ordnungsform erhobenen Führerprinzip orientierte, zogen die Nationalliberalen die klügeren Konsequenzen aus dem Scheitern der Revolution von 1848: Weder ging man in die Radikalität, noch baute man weiter an seinen Wolkenkuckucksheimen, sondern man entdeckte statt dessen die »Realpolitik« (August Ludwig von Rochau) für sich. Damit war der Ansatz gegeben für eine Verbindung des klassischen Konservatismus mit dem klassischen Libera-

»Man könnte meinen, daß alle Menschen so gut wären, daß sie an der Regierung teilhaben sollten und so klug, daß der Staat auf sie hören sollte. Dies ist meiner Ansicht nach eine falsche, romantische Auffassung von Demokratie. Auf der anderen Seite kann man den gefallenen Menschen für so gefährlich halten, daß man ihm keinerlei unverantwortliche Macht über seine Mitmenschen anvertrauen sollte. Dies halte ich für den wahren Grund der Demokratie. Ich glaube nicht, daß Gott eine egalitaristische Welt geschaffen hat.«

C. S. Lewis: *Present Concerns, Essays*
1940–1945

lismus, deren Verhältnis zur Demokratie keineswegs ein prinzipiell negatives war. Erkennbar ist das gerade an dezidiert konservativen Politikern wie Bismarck oder Disraeli, die »den Tiger reiten« wollten, also unter den gegebenen, zur Demokratie drängenden Zeitumständen die bestmögliche Verwirklichung der eigenen Prinzipien zu erreichen versuchten.

Aber auch diese Prinzipien selbst standen mit der Demokratie als Staatsform keineswegs so vollständig auf dem Kriegsfuß, wie von seiten des politischen Gegners regelmäßig behauptet wurde. Die konservative Opposition gegen die Ideale der Französischen Revolution richtete sich in einem grundsätzlichen Sinne weder gegen die Freiheit noch gegen die Brüderlichkeit, sondern nur gegen die Gleichheit, sofern sie in jeder Hinsicht Geltung beanspruchte. Das bedeutete zwar, daß die Konservativen in der Regel die alte Ordnung und insbesondere die Monarchie verteidigten, aber gleichzeitig spielte im konservativen Denken auch die von Montesquieu übernommene Vorstellung eine Rolle, daß um der Stabilität der politischen Ordnung willen eine gemischte Verfassung die beste sei, die sowohl monarchische als auch aristokratische und demokratische Elemente enthalte.

Die Konsequenz aus dieser Überzeugung zog nicht nur Bismarck mit seiner 1871 für Deutschland geschaffenen »Hybrid-Verfassung« (Christopher Clark), sondern auch ein ausgeprägter Demokratieskeptiker wie Alexis de Tocqueville. Der äußerte schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Überzeugung, daß gegen die allgemeine Tendenz zur Gleichheit nichts auszurichten sei, daß ein demokratisches Zeitalter unausweichlich bevorstehe und daß daher die einzige Handlungsoption darin bestehe, innerhalb der Demokratie freiheitliche – sprich: aristokratische – Institutionen zu verankern, die eine »demokratische Freiheit« anstelle der drohenden »demokratischen Tyrannei« gewährleisten könnten. Tocqueville ließ außerdem keinen Zweifel daran, daß jedes politische Handeln zu jeder Zeit vor diesem Problem der Errichtung und Stabilisierung einer guten Ordnung stehe, daß es »Goldene Zeitalter« niemals gegeben habe und daß insbesondere das von so vielen Konservativen seiner Zeit zurückersehnte Ancien régime keineswegs ein solches Zeitalter gewesen sei.

Prinzipielle, theoretische und praktische Einwände gegen die Demokratie konnten demgegenüber sachlich so berechtigt sein, wie sie wollten: Zu einer besseren politischen Ordnung haben sie letztlich nicht beigetragen. Die konservative Demokratiekritik konnte sich ohnehin eigentlich bloß auf die nichtdemokratische Tradition Europas berufen; im Grundsätzlichen gab es zwar berechtigte Vorbehalte gegen linke und liberale Vorstellungen und Ordnungsmodelle, aber nicht gegen die Demokratie als solche. Der theologische Hinweis auf die Sündhaftigkeit des Menschen wie der philosophisch-anthropologische auf dessen Riskiertheit und der (sozio-)biologische auf seine Irrationalität konnten, bei Lichte besehen, keinesfalls bloß *gegen*, sondern mindestens ebensogut auch *für* eine demokratische Ordnung ins Feld geführt werden, weil eine solche versprach, die Möglichkeiten des Machtmißbrauchs durch einen einzelnen oder eine kleine Gruppe wenigstens erheblich einzuschränken.

Der Sinn für die politischen Realitäten führte nach dem Zusammenbruch von 1918 dazu, daß in Deutschland die Monarchisten selbst auf der Rechten in der Unterzahl blieben. Zwar gab es erhebliche Vorbehalte gegen die von den Feinden aufgezwungene Demokratie, aber es waren doch nicht nur die ehemaligen Liberalen, die sich wie Friedrich Meinecke oder Max Weber als »Herzensmonarchisten« geliebene »Vernunftrepublikaner« in DDP und DVP sammelten, sondern auch in der Partei der klassischen Rechten, der DNVP, bildete sich ein »volkskonservativer« Flügel, der um ein konstruktives Verhältnis zu den neuen politischen Gegebenheiten bemüht war. Der Unterschied zu dem, was sich Meinecke vorstellte, war marginal, da man ebenfalls für eine Stärkung der Macht des Reichspräsidenten plädierte, um auf diesem Weg eine Verfassungsreform in Richtung auf ein autoritäreres, aber weiterhin demokratisches Regime in die Wege zu leiten.

Als sich der volkskonservative Flügel 1928 von der DNVP abspaltete und eine eigene politische Formation bildete, war man mit diesem Anliegen angesichts der heraufziehenden »Epoche« des Faschismus (Ernst Nolte) vielleicht nicht mehr auf der Höhe der Zeit; nicht nur in der Rückschau aber handelt es sich doch um die klügere Konzeption oder zumin-

»Nicht um den Wiederaufbau einer aristokratischen Gesellschaft handelt es sich also, sondern darum, aus dem Schoß der demokratischen Gesellschaft, in der Gott uns leben heißt, die Freiheit hervorgehen zu lassen.«

»Je nachdem, ob wir die demokratische Freiheit oder die demokratische Tyrannei bekommen, wird die Welt ein anderes Schicksal erfahren, und man kann sagen, daß es von uns abhängt, ob die Republik schließlich überall errichtet oder überall vernichtet wird.«

Alexis de Tocqueville:
*Über die Demokratie
in Amerika*



Maxim Kantor: Elitenwechsel; neues Spielzeug

dest um eine gangbare – und demokratische – Alternative zur »totalitären Demokratie« (Jacob Talmon). Das »Geheime Deutschland« der Verschwörer des 20. Juli 1944 hatte tatsächlich auch viel stärker mit einer solchen Traditionslinie zu tun als mit irgendwelchen phantastischen Reorganisationsplänen, sei es die Restauration einer habsburgischen Ständeordnung oder ein »wahrer« Nationalsozialismus. Im Eid der Verschwörer ist weder vom einen noch vom anderen die Rede, dafür aber von dem Willen, eine Ordnung zu schaffen, die alle Teile des Volkes einbindet. Abgelehnt wird nur die tatsächlich jedem konservativen Denken widersprechende »Gleichheitslüge«, keinesfalls aber jegliche demokratische Staatsform.

Nach 1945 waren die politischen Möglichkeiten der deutschen Rechten infolge der allgemeinen Deutung des Untergangs des Nationalsozialismus als Niederlage der »Gesamtrechten« drastisch beschränkt. Die frühe Bundesrepublik allerdings hatte viele aus konservativer Sicht ausgesprochen sympathische Züge, was nicht zuletzt damit zusammenhing, daß nicht alle Konservativen sich resigniert zurückzogen, sondern in den bürgerlichen Parteien trotz aller dabei unvermeidlichen Konflikte mitarbeiteten. Selbst ein Armin Mohler mit seiner ausgesprochenen Sympathie für die Nationalrevolutionäre der Zwischenkriegszeit unterstützte nicht etwa die NPD, sondern die Straußsche CSU und setzte dann noch einmal Hoffnungen in die aus der CSU hervorgegangenen Republikaner. Die Enttäuschung dieser Hoffnungen lag sicher nicht daran, daß Fundamentalopposition der bessere Weg gewesen wäre, sondern hatte eher mit gewissen Versäumnissen des deutschen Nachkriegskonservatismus zu tun, die zu einer allmählichen Auflösung der eigenen institutionellen Grundlagen und einem – wegen des mangelnden Widerstands gegen die seit den 1960er Jahren sich abzeichnenden Zersetzungstendenzen erfolgten –

»Ohne Zweifel besteht Grund zur Sorge. Aber das Kernproblem ist nicht das Verschwinden der Demokratie, sondern das Verschwinden des Staates, der auch die Voraussetzung der Demokratie bildet.«

Karlheinz Weißmann:
Post-Demokratie

sukzessiven Verschwinden konservativer Positionen aus der öffentlichen Meinung führten.

Die Wiedervereinigung ließ die Rechten für kurze Zeit noch einmal auf eine Änderung der Lage hoffen, zumal sich die Prognosen der Linken so eklatant als falsch, die der Rechten als richtig erwiesen hatten. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen des Gegners führte die Neue Demokratische Rechte um Rainer Zitelmann und Karlheinz Weißmann das »demokratisch« aber keineswegs als Camouflage im Namen, sondern forderte tatsächlich nichts anderes als einen »Normalisierungsnationalismus« (Peter Glotz) und vertrat Positionen, die in allen westeuropäischen Staaten selbstverständlich zum politischen Spektrum dazugehörten und in manchen eher der »Mitte« als der »Rechten« zuzuordnen waren.

Das Scheitern dieser Bemühungen führte zu einem taktischen Rückzug, aber nicht aus dem politischen Geschäft überhaupt. Die Gründung des Instituts für Staatspolitik etwa erfolgte mit dem Zweck, die politische Lage aus konservativer Perspektive zu analysieren und Handlungsoptionen auszuloten. Das Ziel war dabei alles andere als rechte Lagerfeuerromantik, sondern der »kalte Blick von rechts« (Marc Felix Serrao) und die Suche nach realistischen Wirkmöglichkeiten. Diese haben sich in jüngster Zeit unbestreitbar erweitert, da die politische Lage in Bewegung gekommen ist. Das hat die denkbaren Handlungsoptionen drastisch vermehrt, und die Frage nach den richtigen Konsequenzen ist ebenso unsicher wie die Frage der angemessenen Lageanalyse überhaupt. Angesichts der nun schon seit einigen Jahren laufenden Debatte über »Postdemokratie« und auch angesichts des Erfolgs von Politserien wie *Borgen* und vor allem *House of Cards*, die man als Ankündiger eines neuen Zynismus verstehen könnte, wäre es auf den ersten Blick durchaus denkbar, den bisher insbesondere vom IfS verfolgten demokratisch-rechten und »volkskonservativen« Weg zu verlassen und eine rechte Alternative zur Demokratie zu entwerfen.

Wer sich dafür entscheidet, sollte aber nicht außer acht lassen, wie wenig aussichtsreich jeder ausdrückliche Bezug auf »rechte« Ideen ist – mit nach wie vor steigender Tendenz – und wem gegenwärtig eine Ächtung des Mehrheitswillens tatsächlich nützt. Die jüngsten Verschiebungen der politischen Lage können außerdem nicht isoliert betrachtet werden, sondern sind nur vor dem Hintergrund der erwähnten jahrzehntelangen Zersetzungstendenzen angemessen zu deuten. Auf das Prinzip der Elite nämlich konnten sich die konservativen Revolutionäre der Zwischenkriegszeit oder auch ein Stauffenberg nur deshalb mit gutem Gewissen berufen, weil man das Vorhandensein einer real existierenden Gegenelite voraussetzen konnte. Dies aber ist heute unmöglich: Nicht nur wird die gegenwärtige politische Elite regelmäßig und zu Recht als politischer Gegner jedes Konservatismus markiert, sondern dasselbe gilt auch für alle denkbaren Gegeneliten aus dem wirtschaftlichen Bereich. Gerade dort befinden sich die vehementesten Befürworter – und Vorbereiter – einer postdemokratischen Plutokratie, deren künftige Elite alle Befürchtungen einer »schönen neuen Welt« noch in den Schatten stellen wird.

In dieser Situation wird niemand mit Aussicht auf Erfolg eine rechte Gegenelite aufbauen können. Die einzig realistische Alternative bestünde dagegen in der Erkenntnis, daß, wenn überhaupt, dann in der Stärkung des Mehrheitsprinzips noch Widerstandsreserven gegen die massiven staatlichen Selbstzerstörungstendenzen zu finden sind. Dazu aber ist nicht nur eine eindeutige Parteinahme für die Demokratie erforderlich, sondern auch die Bereitschaft, »anknüpfend« zu agieren. Denn wo außer in einer Mobilisierung der »Mitte«, im Namen des gesunden Menschenverstandes, wäre es heute noch möglich, Mehrheiten für eine andere Politik zu finden? Vor allem die UKIP in Großbritannien und die AfD in Deutschland sind derzeit diejenigen politischen Formationen, die diesen Weg beschreiten.

Man kann die dabei gewählten Mittel und Wege wenig bunt finden, sich im Einzelfall mehr Deutlichkeit wünschen und manche Positionierungen aus rechtsintellektueller Perspektive als naiv kritisieren. An diesem ganzen, auf einer langen konservativen Tradition beruhenden Versuch einer prinzipiell konstruktiven Arbeit für den Erhalt der staatlichen Ordnung führt aber kein Weg vorbei. So viel metapolitische Klugheit, so viel Realismus sollte schon sein. ■

Literaturhinweise:

Friedrich Meinecke: »Republik, Bürgertum und Jugend« [1925], in: ders.: *Politische Schriften und Reden* (= Werke, Bd. 2), Darmstadt 1958, S. 369–383;

Alexis de Tocqueville: *Über die Demokratie in Amerika* [1835/40], München 1976;

ders.: *Der alte Staat und die Revolution* [1856], München 1978;

Karlheinz Weißmann: *Post-Demokratie* (= kaplaken 15), Schnellroda 2009.

Demokratie in Deutschland – ein doppeltes Spiel

von Stefan Scheil

Wenn in Deutschland von Demokratie die Rede ist, dann hat das oft einen Unterton, als würde von einem Importartikel gesprochen. Diesen Unterton artikuliert man in der Regel positiv, da Demokratie inzwischen mehrheitlich als Nebenprodukt einer 1945 stattgefundenen Befreiung gedeutet wird. In deutlich geringerer Zahl findet aber auch weiterhin die alte Deutung Resonanz, nach der die Demokratie in der gegenwärtigen Form eine aufgezwungene Sache und untrennbar mit den Niederlagen der Weltkriegsära verbunden sei. Bei genauerem Hinsehen trifft beides nicht zu. Demokratische Strukturen hat es in Deutschland immer gegeben, und: Was in der Bundesrepublik heute als »Konsens der Demokratie« gilt, enthält seinerseits etliche absolut undemokratische Elemente. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es einen doppelten Demokratiebegriff.

Da sind zum einen die Formalien der Demokratie, Wahlen zum Beispiel oder die Gewaltenteilung. Erstere haben hierzulande eine lange Tradition. Wer sich an einer weiteren deutschen Nationalgeschichte versuchen sollte, der könnte sie sogar gut und gerne um das Thema Wahlen herum aufbauen: »Deutschland, das Land der Wahl«. Das wäre zwar ein ambitioniertes Projekt, aber so manches spräche dafür. Nach guter alter Sitte wurde, wenn denn nötig, in Germanien dann und wann von der Allgemeinheit ein König per Akklamation auf den Schild gehoben. Adel und das Ansehen der Herkunft spielten bei der Auswahl der Person zwar eine wesentliche Rolle, aber ein unmittelbares Nachfolgerecht hat sich nie formal etablieren können. Seit Arminius' Zeiten wurde als Herrscher gewählt, wer geeignet war.

So wurde denn auch das Reich, das sich später zum »Reich Deutscher Nation« auswachsen sollte, vor mehr als tausend Jahren als Wahlkönigtum etabliert. Sicher, hier schrumpfte die Zahl der Wahlberechtigten mit dem Aufkommen von Feudalismus und römischem Recht bald auf das überschaubare Gremium der sieben Kurfürsten zusammen. Aber eine unmittelbare Erbfolge, wie im europäischen Ausland sonst meist die Regel, gab es auch hier nicht. Wenn in Deutschland »der König ist tot« gerufen wurde, dann folgte nicht automatisch »es lebe der König«, sondern ein Interregnum, es sei denn, ein Jüngerer war zu Lebzeiten des Alten bereits gewählt worden.

Das hatte Folgen, über die schon ungezählte Historiker berichtet und spekuliert haben. Keine starke Zentralgewalt konnte sich entwickeln. Statt dessen gab es vor jeder Wahl immer wieder Geschenke des »Kandidaten« an das Wahlgremium, also eine Schwächung des Königstitels und damit einen Bedeutungsverlust des Gesamtstaats gegenüber den Teilstaaten. Auf der anderen Seite erfreuten sich unter diesen Bedingungen die damals berühmten »Teutschen Freiheiten« ihrer Existenz, die in den anderen, zunehmend zentralisierten europäischen Monarchien undenkbar gewesen wären. Ein deutscher Monarch hatte zudem gute Aussichten, eines natür-

»Ich nenne nur drei Punkte: Das erste Rechtsbuch der Weltgeschichte, das prinzipiell die Sklaverei und alle menschliche Unfreiheit abweist, ist ein deutsches, nämlich der *Sachsenspiegel* von 1235 ... Zweitens wurde die erste Demokratie der nachantiken Epochen auf den Weg gebracht, als am 13. März 1387 die Landgemeinde des Kantons Glarus beschloß, daß die Mehrheitsregel für fast alle Beschlüsse der Landgemeinde galt. ... Drittens wurden erstmals im deutschen bzw. deutschsprachigen Raum Religionsfrieden geschlossen, die nicht zustande kamen durch Unterwerfung unter die Religion der Sieger, sondern durch Verträge unter Partnern, nämlich 1531 und 1555.«

Egon Flaig

lichen Todes zu sterben, statt vergiftet oder in Palastrevolten samt seiner Verwandtschaft niedergemacht zu werden, wie es etwa bei der christlich-öströmischen Kaiserkonkurrenz beinahe die Regel war.

Das Wahlkönigtum, so wurde oft angenommen, zementierte dann wieder die allgemeindeutsche Gefühlslage, das Recht auf eine Wahl zu haben, mindestens auf Gehör. Die erste große europäische Revolution gegen den päpstlichen und feudalen Status quo fand durch die Reformation und die Bauernkriege nicht ohne Grund in Deutschland statt. Sie wäre ohne die tiefverwurzelte, aus vorfeudalen Grundlagen entwickelte föderalistisch-partikularistische Tradition und das daraus erwachsene Selbstbewusstsein kaum möglich gewesen. Bibelübersetzungen hatte es schon vorher gegeben. Erst in Deutschland aber wurde die Möglichkeit, das christliche Wort Gottes höchstpersönlich selbst lesen zu können, zum allgemeinen Anliegen und zur nationalen Bombe.

Bis zum Ende des Alten Reichs am Wechsel vom 18. zum 19. Jahrhundert blieb das Wahlkönigtum erhalten, mit allen Vor- und Nachteilen. Zur Vermeidung letzterer gewöhnte man sich an, den jeweiligen Repräsentanten des Hauses Habsburg zum Staatsoberhaupt zu wählen. Eine Zentralbürokratie gab es trotzdem immer noch allenfalls im Ansatz, immerhin einen »ewigen Reichstag«. Solche Verhältnisse wurden später vor allem von der preußenfreundlichen Geschichtsschreibung als hoffnungslos rückständig und existenzgefährdend dargestellt. Preußens Aufstieg sei darauf die Antwort und die Rettung gewesen. Aber die französische, durch Napoleon Bonaparte zum Erfolg geführte Invasion Deutschlands stellte schließlich alles in Frage. Dazu gehörte die Existenz des Reichs genauso wie der Bestand Österreichs oder Preußens.

Mit dem Alten Reich und seinem Wahlkönig- und Kaisertum war es schließlich nach 1815 aus. Nach dem Sieg über Napoleon Bonaparte restaurierte man manches, das Reich aber nicht. Im an dessen Stelle neugegründeten Deutschen Bund wurde erst einmal nicht mehr gewählt. Das entsprach nicht der staatlichen Tradition in Deutschland und konnte kaum das letzte Wort sein, schon gar nicht in den Augen derjenigen, die sich neuerdings unter der schwarzrotgoldenen Flagge versammelten und auf eine nationale Einigung pochten. Es dauerte aber immerhin eine ganze Generation, bis das deutsche Volk in einer modernen Form wieder als politische Größe anerkannt wurde, auf dem Weg von – Wahlen.

Im Frühjahr 1848 fanden sie statt, die ersten und – streng genommen – bis heute einzigen freien gesamtdeutschen Wahlen. Zwischen Maas und Memel, Etsch und Belt wurden Stimmen abgegeben und Kandidaten gekürt, die sich schließlich in der Frankfurter Paulskirche an einer Staatsgründung versuchten. Das scheiterte an einem ganzen Bündel von Ursachen, die hier nicht aufgezählt werden können. Aber die Erinnerung blieb. Die National- und Demokratiebewegung erhielt einen Schub, von dem sogar noch die kleinstdeutsche Restrepublik zu profitieren sucht. Allerdings geschieht das nicht immer redlich: Der bundesdeutsche Staatsfunk etwa brachte es fertig, in einer von ihm produzierten Serie über »Die Deutschen« als Wahlgebiet von 1848 lediglich die Grenzen der heutigen BRD einzublenden. Kandidaten aus Breslau, Stettin oder Wien wurden aus dem Bewusstsein ausgelöscht. Das ist zweifellos ein Hinweis auf die großen Probleme, die eine aus Besatzungszonen zusammengesetzte Republik mit der gesamtdeutschen Geschichte hat.

Das am Ende doch neugegründete Reich erhielt 1871 schließlich ein allgemeines und gleiches Wahlrecht, das damals in Europa seinesglei-



Wahlplakate zur Bundestagswahl 1949

chen vergeblich suchen mußte. Es ist deshalb gelegentlich ein »liberales« Wahlrecht genannt worden, doch bestand der Witz bei seiner Einführung neben dem Zweck der nationalen Identitätsstiftung und dem Respekt vor 1848 nicht zuletzt in einer ausgesprochen antiliberalen Zielsetzung: Reichsgründer Bismarck waren die unter dem Klassenwahlrecht stark gewordenen Liberalen im preußischen Herrenhaus derart in die Quere gekommen, daß er statt des Klassenwahlrechts reichsweit lieber ein Volkswahlrecht einführte. Auf diese Art gedachte er den Liberalen den Zahn zu ziehen, denn der gemeine Mann, so die Überlegung, würde im Zweifelsfall königs- und kaisertreu wählen.

Das Volk nahm die Gelegenheit dankbar an. Im Kaiserreich wurde lebhaft und erbittert um Stimmen gekämpft. Wahlbeteiligungen von mehr als neunzig Prozent waren keine Ausnahme, sondern die Regel. Geduldet wurde auch die Teilnahme von offen verfassungsfeindlichen Parteien wie der Sozialdemokratie, oder von Organisationen ethnischer Minderheiten wie der rührigen Polenpartei. Das prägte eine weitere Wahltradition, deren Ruf eigentlich erst beschädigt wurde, als feindliche Siegerstaaten seit 1919 mit der Behauptung aufwarteten, sie erst hätten demokratische Strukturen nach Deutschland gebracht. Diese Deutung wurde von der deutschen Innenpolitik sozialdemokratischer Prägung auch damals bereits teilweise übernommen, schon um die eigene Existenz und die Revolution von 1918 zu rechtfertigen. Man beschuldigte zu diesem Zweck die eigene frühere Regierung, erstens zu autoritär und zweitens 1914 am Kriege »schuld« gewesen zu sein. Den deutschen Gegnern bescheinigte man, im Recht gewesen zu sein. Es dauerte Jahre, bis der mit dem entsprechenden Aktennachweis beauftragte Sozialdemokrat Karl Kautsky einräumen mußte, es sei das Gegenteil richtig. Die deutsche Regierung habe den Krieg 1914 vermeiden wollen. Am offiziellen und unterschriebenen Schuldbekennnis von Versailles änderte das nichts mehr, auch nichts an den negativen Folgen für den Ruf der deutschen Demokratie. Die Folgewahlen trugen den schalen Beigeschmack einer Kolonialveranstaltung.

Die Niederlage von 1945 brachte eine neue Qualität an Demokratie nach Deutschland und neue Probleme mit deren Legitimität. Das hing mit dem eklatanten Widerspruch zwischen laut verkündeten demokratischen Standards und dem tatsächlichen Verhalten der alliierten Siegermächte zusammen. Jene alliierte Forderung nach der – dann nicht vollzogenen – bedingungslosen deutschen Kapitulation der deutschen Regierung, verbunden mit der tatsächlich vollständigen Besetzung des Territoriums des Kriegsgegners, bei gleichzeitiger öffentlicher Erklärung eines Annexionsverzichts durch die Alliierten, bei ebenfalls gleichzeitiger faktischer Vollziehung von Annexionen in bedeutendem Umfang, hatte eine präzedenzlose Situation geschaffen. Keiner der Staats- und Regierungschefs der »Großen Drei« besaß aus seinem Amt heraus die verfassungsmäßige Kompetenz zur beliebigen Verfügung über Grenzen und Existenz anderer Länder, wie sie auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam beansprucht wurde.

Die bundesdeutsche Demokratie mußte demnach die Frage stellen, wie es möglich war, daß trotz der »Checks and Balances« demokratischer Verfassungen, die ja künftig ein zentrales Element bundesdeutscher politischer Bildung sein sollten, und deren angebliches Fehlen das große Manko der deutschen Geschichte gewesen sein sollte, die Siegermächte Entscheidungen in einer völkerrechtlichen Qualität vollzogen hatten, die einen vormodernen Eroberer als Konferenzteilnehmer ohne weiteres vertragen hätte. Wie konnte eine Herrschaftsform wie die amerikanische, die wegen des Fehlens völkerrechtlicher Verträge für ihre Herrschaft in Deutschland zunächst einmal keiner parlamentarischen Kontrolle durch den Kongreß unterlag, sich glaubwürdig auf demokratische Prinzipien berufen? Auf welche Weise war ein Anspruch auf »Bildung zur Demokratiefähigkeit« in einem Land zu erheben, dessen Einwohner von den Ausbildern auf ganz undemokratische Weise und auf Dauer eines Teils ihrer elementaren Menschenrechte entledigt wurden? Waren Präsidenten und Premiers, die etwa mit einem Federstrich einen Völkermord in Ostdeutschland billigten, nicht eher ein abschreckendes Beispiel für Demokratiedefizite?

Da eine konsequente Antwort auf diese Fragen die Legitimität der europäischen Nachkriegsordnung in Frage gestellt hätte, bildete sich in Deutschland nach 1945 unter tatkräftiger Förderung der Besatzungs-

»Die Verwirrung vergrößerte sich nur noch, als David Hoggan, ein amerikanischer Faschist pure et simple, mit einer offenen Apologie Hitlers herauskam und sich den wahrhaft schwachen Punkt der antihitlerischen Geschichtsschreibung zunutze machte, indem er völlig zu Recht nachwies, daß Hitler den Zweiten Weltkrieg nicht wollte; aber seine ideologische Voreingenommenheit hinderte ihn daran zu erkennen, daß Hitler den Zweiten Weltkrieg tatsächlich überwiegend verursachte.«

Immanuel Geiss

»Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß ich nicht gewillt bin, zu diesem Zeitpunkt zu sagen, wir beabsichtigen nicht, die deutsche Nation zu zerstören. Solange es in Deutschland das Wort ›Reich‹ gibt als Inbegriff der Nationalität, wird es immer mit dem gegenwärtigen Begriff des Nationalgefühls in Verbindung gebracht werden. Wenn wir das einsehen, müssen wir danach streben, ebendieses Wort ›Reich‹ und alles, wofür es steht, auszumerzen.«

Franklin Delano Roosevelt

mächte der bereits erwähnte doppelte Demokratiebegriff heraus. Der »Stunde Null« als einem amerikanischen Konzept der zunächst totalen Zurücksetzung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in Deutschland folgte der langsame Neustart ebendieses Lebens, der gerade im Bildungs- und Medienbereich unter umfassender Kontrolle, Zensur und verdeckter wie offener Anregung bestimmter Projekte stattfand. Dabei bestand an vielen Stellen ein erheblicher Widerspruch zwischen dem öffentlich erhobenen Anspruch eines transparent-demokratischen Neubeginns und den in der Praxis vielfach intransparenten Abläufen. Die Neugründung und Neuformierung von Universitätsdisziplinen wie den »Demokratiewissenschaften« Politikwissenschaft und Soziologie hatten in diesem Rahmen einen politischen Zweck, der von führenden Vertretern des Fachs auch immer wieder betont wurde: Sie sollten verhindern, daß »Bonn wieder Weimar« würde. Die politisch-gesellschaftliche Landschaft in Westdeutschland sollte mit dem Ziel umgestaltet werden, die Westbindung seiner Eliten nachhaltig sicherzustellen. Es lassen sich im Rahmen dieser Zielsetzung verschiedene Schritte unterscheiden, die sich zeitlich allerdings teilweise überlagerten:

- ◆ Versuch, die alten Eliten zu verbieten;
- ◆ Bildungskontrolle in der Schule nach Inhalt und Personal;
- ◆ Elitenbildung und -übertragung durch Berufsverbote und Remigration;
- ◆ Elitenbildung durch Austauschprogramme;
- ◆ Elitenbildung durch Schaffung von Institutionen/Fachbereichen an den Universitäten.

In diese Neubildungsprogramme zur Einrichtung einer westdeutschen Elite wurden im Prinzip Personen aus allen Einrichtungen des öffentlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der Bundesrepublik mit einbezogen. Dazu gehörten die kommenden Eliten aus dem ökonomischen Bereich ebenso wie Juristen, Verwaltungsfachkräfte, Journalisten, Politiker, Natur- und Geisteswissenschaftler. Den neugegründeten Sozialwissenschaften fiel im Rahmen dieser Aktivitäten eine Schlüsselrolle zu, da sie den begrifflichen Leitrahmen zu setzen hatten, innerhalb dessen alle Mitglieder der westdeutschen Eliten möglichst denken sollten. Der Begriff der Demokratisierung der bundesdeutschen Gesellschaft umfaßte in diesem Rahmen sowohl die Akzeptanz des neuen grundgesetzlichen Verfassungsrahmens als alternativlos und gut wie auch die Ableitung einer spezifisch westdeutschen Identität daraus, der des Verfassungspatriotismus. Die Trennung der verfassungspatriotischen westdeutschen Identität von den als »Österreichbewußtsein« oder sozialistischem »Klassenbewußtsein« in den anderen Teilen Vorkriegsdeutschlands geschaffenen Identitäten geschah bewußt als Ziel und Folge alliierter Nachkriegspolitik. Der Begriff des westdeutschen Demokraten wurde dabei nicht nur mit der Zustimmung des Betreffenden zu den formalen Grundsätzen demokratisch-rechtsstaatlicher Entscheidungsfindung verbunden, also etwa zu freien Wahlen, Regierung auf Zeit, Parlamentarismus, Rechtsstaat und Gewaltenteilung, sondern ebenso mit seiner vorbehaltlosen Zustimmung und Übernahme politischer Grundsatzentscheidungen, die sich aus dem Willen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs ergaben, sowie der Übernahme von deren Geschichtsbild.

Der Demokratiebegriff erhielt somit eine Doppelbedeutung, die sich im Verlauf der Geschichte der Bundesrepublik noch verschärfte. Jenseits der eben erwähnten demokratischen Formen umfaßte der »Konsens der Demokraten« zunehmend auch den Glauben an haltlose oder zumindest fragwürdige Dinge wie die deutsche Kollektivschuld an Krieg, Diktatur und Judenmord. Dazu gehörte auch der Glaube an einen »autoritären deutschen Charakter«, der abgeschafft werden müsse. Schließlich standen und stehen an prominenter Stelle in diesem Konsens historisch unzutreffende Überzeugungen wie eben die von der Demokratie als Westimport, vom »unprovokierten Überfall auf Polen« oder dem »Überfall auf die friedliche Sowjetunion«. Alle Bemühungen um Versachlichung der Dinge und Eingrenzung des demokratischen Konsenses auf die Zustimmung zur Grundordnung des Grundgesetzes sind bisher gescheitert. Das doppelte Spiel hat sich eher noch verschärft. ■

Literaturhinweise:

- Clemens Albrecht/Günter Behrmann/Michael Bock/Harald Homan/Friedrich Tenbruck: *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik – eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*, Frankfurt a.M. 1999;
- Hans-Joachim Arndt: *Die Besiegten von 1945 – Versuch einer Politologie für Deutsche samt Würdigung der Politologie in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1978;
- Volker Berghahn: *Transatlantische Kulturkriege – Shepard Stone, die Ford-Stiftung und der europäische Antiamerikanismus*, Stuttgart 2004;
- Karl Dietrich Erdmann: »Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk? Überlegungen zu einer deutschen Geschichte seit der Teilung«, in: *Geschichte und Wissenschaft und Unterricht*, Bd. 36 (1985), S. 671–683;
- Hansjörg Gehring: *Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945–1953 – Ein Aspekt des Re-Education Programms*, Stuttgart 1976;
- Hans-Helmuth Knütter/Josef Schußlburner (Hrsg.): *Was der Verfassungsschutz verschweigt – Bausteine für einen alternativen Verfassungsschutzbericht*, Schnellroda 2007;
- Stefan Scheil: *Transatlantische Wechselwirkungen – der Elitenwechsel in Deutschland nach 1945*, Berlin 2012;
- Caspar Schrenck-Notzing: *Charakterwäsche – Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen*, Stuttgart 1965.

Chinas Volksdemokratie

von Peter Kuntze

Der Technologie-Konzern Huawei, die Computer- und Handyfirma Lenovo, der Starpianist Lang Lang, seine Kollegin Yuja Wang, der Filmregisseur Zhang Yimou, die Tennisspielerin Li Na – die Liste der weltweit bekannten chinesischen Unternehmen und die der ebenso berühmten Persönlichkeiten aus Kultur und Sport wird von Jahr zu Jahr länger. Gleichzeitig wird in westlichen, vornehmlich deutschen Medien die sachliche Information über das Geschehen in der Volksrepublik immer dürftiger, die Polemik dafür um so heftiger. Mancher Korrespondent scheint durch besonders einseitige Berichterstattung gar die Ausweisung aus seinem Gastland provozieren zu wollen, um anschließend daheim als Märtyrer der Pressefreiheit posieren zu können.

Was ist der Grund für diesen Kampagnen- und Desinformationsjournalismus, der 2008 bei den Olympischen Sommerspielen in Peking einen ersten Tiefpunkt der Ignoranz und Infamie erreicht hatte? Warum wird einer Handvoll westlich orientierter Dissidenten und Aktionskünstlern wie Ai Weiwei eine Publizität eingeräumt, als seien sie die authentischen Sprecher der Volksmehrheit, obwohl die meisten von ihnen in China weitgehend unbekannt sind? Warum wird ständig der bald zu erwartende Zusammenbruch der Wirtschaft und damit der KP-Herrschaft an die Wand gemalt, hingegen die seit dreieinhalb Jahrzehnten erfolgreiche Umsetzung des bisher umfangreichsten Reformprogramms der Geschichte kaum gewürdigt? Dabei hat seit 1978 eine halbe Milliarde Menschen die Armut überwunden; das Durchschnittseinkommen der Chinesen, fast eines Fünftels der Weltbevölkerung, hat sich in jenem Zeitraum mehr als verzehnfacht. Warum wird die gewiß erschreckende Smog-Entwicklung in Städten wie Peking stets akribisch registriert, die viel häufigere und viel gefährlichere Luftverschmutzung in Delhi, der Hauptstadt der angeblich größten Demokratie, aber nur ab und an thematisiert?

Um den Grund dieses Kreuzzuges herauszufinden, bedarf es keiner Verschwörungstheorie: Angesichts des wirtschaftlichen und politischen Niedergangs des Westens und seiner Führungsmacht USA ist es die Angst vor dem asiatischen Konkurrenten, der seinen phänomenalen Aufstieg aus eigener Kraft und, *horribile dictu*, ohne Rückgriff auf die gepriesenen »westlichen Werte« geschafft hat, so daß Chinas System einer »Volksdemokratie« in einigen Teilen der Welt mittlerweile als nachahmenswert gilt. Wahrscheinlich sind es die auch andernorts nur zu oft geplatzten Wunschträume, die einige westliche Vertreter unterdessen zu mehr Realismus mahnen lassen. Zu ihnen gehört Frank-Walter Steinmeier. In einem Interview, das er anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz am 30. Januar 2014 der *Süddeutschen Zeitung* gab, resümierte der Außenminister: »Feinderklärungen wie die ›Achse des Bösen‹ haben uns dem Weltfrieden nicht nähergebracht. Ich befürchte, andere Vereinfachungen, die Geschichte, Tradition und Religion ausblenden, helfen auch nicht weiter.

»Europa und Nordamerika dominieren zwar die Welt seit der Kolonialzeit, aber mit Ostasien ist ein neues Gravitationszentrum entstanden, das sich nicht einfach westliche Standards aufzwingen läßt. Dem Berliner Soziologen Wolf Lepenies ist zuzustimmen, daß die europäischen Gesellschaften Belehrungskulturen sind, die selbstgefällig und häufig überheblich andere Gesellschaften und Kulturen kritisieren. Bei den ostasiatischen dagegen handelt es sich um echte Lernkulturen. Der Westen sollte ebenfalls lernen, nämlich offener zu werden für einen Dialog mit fremden Kulturen. Wer stets moralische Maximalstandards anlegt und anderen Völkern die Übernahme eigener, historisch gewachsener Standards aufzwingen will, der provoziert Konflikte und trägt nicht zur Lösung globaler politischer Fragen bei.«

Thomas Heberer: »Globalisierung heißt nicht Verwestlichung«, in: *FAZ* vom 10. Oktober 1996

Wir können nicht ignorieren, daß es Regionen auf der Welt gibt, die sich an anderen Prinzipien orientieren als denen der westlichen Demokratie. ... In einer Welt, in der sich Kulturen wie China auf vieltausendjährige Traditionen berufen, sind unsere Vorstellungen eben nicht konkurrenzfrei.« Im Zuge der Globalisierung sei der Wettbewerb der Systeme wieder relevant geworden.

Im letzten Punkt irrt Steinmeier: Ein »Wettkampf der Systeme« wie zu Zeiten des Kalten Krieges liegt der Volksrepublik fern. Staats- und Parteichef Xi Jinping wird nicht müde, das Ziel der Pekinger Führung zu propagieren: Es ist der »Traum von der Wiedergeburt der großen chinesischen Nation«. Schließlich war das einstige »Reich der Mitte« über mehr als zwei Jahrtausende hinweg das kulturell und wirtschaftlich mächtigste Land der Welt. Vor 150 Jahren jedoch begann der Niedergang durch den Zusammenprall mit den europäischen Kolonialmächten, mit Japan und den USA; er endete erst mit dem Sieg der Bauernarmee Mao Tse-tungs und der 1949 von ihm proklamierten Gründung der Volksrepublik. Mit Hilfe eines sinisierten Marxismus, der sich auf altchinesische Vorstellungen von einer harmonischen »Großen Gemeinschaft« (*tatung*) stützen konnte, versuchte Mao gegen innerparteilichen Widerstand das neue China als eine allumfassende Volkskommune aufzubauen. Doch das Experiment, das Millionen Menschenleben forderte, scheiterte auf der ganzen Linie, so daß Deng Xiaoping nach Maos Tod (1976) das Steuer herumriß und in der KP einen staatskapitalistischen Kurs durchsetzte. Diese revolutionäre Kehrtwende, die zehn Jahre später aufgrund der ökonomischen Misere auch in sämtlichen Ländern Osteuropas einsetzte, stellt die größte ideologische und politische Revision in der Geschichte des 20. Jahrhunderts dar. Der 1978 von Deng eingeleitete Prozeß der Entkollektivierung der Landwirtschaft sowie der Rückkehr zum Privateigentum, zunächst im Dienstleistungssektor, später auch in der Industrie, ist ebenfalls ein welthistorisch einmaliger Vorgang: Noch nie zuvor hat sich eine regierende kommunistische Partei, marxistisch gesprochen, zur Trägerin der »Konterrevolution« gemacht. Indem sie eine »sozialistische Marktwirtschaft« zur Grundlage des »Sozialismus chinesischer Prägung« proklamierte, nahm Chinas KP Abschied von rigider Planwirtschaft, vom Klassenkampf und von der kommunistischen Utopie einer auf Gemeineigentum basierenden Gesellschaft der Gleichen und Freien, in der der genossenschaftliche Reichtum »jedem gemäß seinen Bedürfnissen« zuteil werden soll. Heute gibt es in der Volksrepublik rund drei Millionen Dollar-Millionäre, von denen viele Mitglieder jener Partei sind, die ihresgleichen wegen des Privateigentums an Produktionsmitteln einst als »Klassenfeinde« verfolgt hatte. Im Jahr 2002 öffnete sich die KP erstmals offiziell auch Privatunternehmern; bereits zwei Jahre später hielten mehr als zwanzig Prozent von ihnen das rote Mitgliedsbuch in Händen.

Da Chinas Kommunisten schon in der Vergangenheit keine besonderen weltrevolutionären Ambitionen hegten, sondern die aus Europa importierte Lehre des Sozialismus gleichsam als Instrument zur Wiederaufrichtung ihrer durch Feudalismus und Imperialismus ins Elend gestürzten Nation betrachteten, hatte Stalin bereits in den 1920er Jahren gegargwöhnt, die fernöstlichen Genossen seien »wie Radieschen: außen rot und innen weiß«. Diese Einschätzung hat sich bewahrheitet. Die 1921 von Mao gegründete KP verfolgt kein marxistisches Projekt mehr, sondern ein ausschließlich nationales. Durch die Wiederbelebung konfuzianischer Werte und den Rückgriff auf traditionelle Vorstellungen einer auf Harmonie und Ausgleich bedachten Gesellschaft versucht sie, an die Glanzzeiten des einstigen »Reichs der Mitte« anzuknüpfen. Pekings Politik, so intelligent und erfolgreich sie nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet ist, taugt daher nicht als Modell für andere Staaten. Am besten läßt sich das Geschehen in der Volksrepublik als »konservative Revolution« bezeichnen, die ihre Dynamik, damit aber auch ihre Begrenztheit, durch das spezifisch Nationale erfährt. Hierbei handelt es sich um Werte und Verhaltensmuster, die seit Jahrhunderten den gesamten ostasiatischen Raum prägen und zu einem ganz anderen Denken als im Westen geführt haben. Als entscheidende Wertvorstellungen nennen Sinologen wie der Deutsche Thomas Heberer: Kollektiv- statt Individualbezogenheit; Gruppen- vor Eigeninteresse; hoher Rang persönlicher Beziehungen; Harmoniebedürfnis und Konsens statt Konflikt und Wettbewerb; politisch hierarchische

»Künftige Ereignisse werden von den künftigen Generationen entschieden werden. Die heutige Jugend und die nach ihr kommen wird, sie werden das Werk der Revolution nach ihren eigenen Wertmaßstäben messen. Des Menschen Bedingungen auf Erden wandeln sich mit wachsender Beschleunigung; in tausend Jahren werden selbst Marx, Engels und Lenin wahrscheinlich recht lächerlich wirken.«

Mao Tse-tung 1971, zitiert von Edgar Snow, in: *Die lange Revolution. China zwischen Tradition und Fortschritt*, München 1973

Strukturen mit vertikalen Entscheidungsmustern; paternalistisches, familienorientiertes Verhalten; Erziehung vor Bestrafung; Vorrang von Ethik und Moral vor dem Recht; spezifische Werte der Wirtschaftsgesinnung wie Fleiß, harte Arbeit, Sparsamkeit, Selbstdisziplin, Gehorsam und Ausdauer. Das im Vergleich zum Westen andere Verständnis vom Wechselverhältnis zwischen Regierung und Volk sowie von der Rolle des Staates hat zu gravierenden Unterschieden in der politischen Kultur geführt, denn die ostasiatischen Vorstellungen von Ordnung, Macht, Autorität und Hierarchie begünstigen eher autoritäre als westlich-demokratische Strukturen.

Daß es angesichts dieser kulturellen Differenzen auch hinsichtlich der Menschenrechte ständig zu Kontroversen zwischen China und dem Westen kommt, ist somit nicht verwunderlich. Die ursprüngliche Vorstellung von Menschenrechten entstammt europäischer Denktradition und soll primär das Individuum vor der Willkür des Staates schützen. Die so verstandenen Rechte wurden erstmals 1948 durch die »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte« von den Vereinten Nationen abgesichert. Damals jedoch existierten weder die Volksrepublik China noch die meisten Staaten der Dritten Welt, die erst viel später die Unabhängigkeit und damit die Voraussetzung für die Realisierung der vielbeschworenen Rechte von ihren westlichen Kolonialherren erlangten. 1966 einigte sich die UNO auf zwei Vertragstexte, mit denen die Menschenrechte entscheidend erweitert, kodifiziert und verpflichtend geregelt werden sollten. Sie traten 1976 in Kraft und sind inzwischen von fast allen Mitgliedsstaaten, auch von China, ratifiziert worden. Während der erste Pakt die politischen und bürgerlichen Individualrechte festlegt, werden im zweiten Vertrag Kollektivrechte in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Kultur verankert – so das Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit, auf Gesundheit, den Schutz der Familie und auf Bildung. Chinas Regierung kann daher für sich in Anspruch nehmen, für ein Volk, das 1949 noch zu achtzig Prozent aus Analphabeten bestand und Hunger litt, die elementaren Menschenrechte erfüllt zu haben, ohne die ein Leben in Würde überhaupt nicht vorstellbar ist. Aus diesen Leistungen bezieht die KP, die die Volksrepublik im Bürgerkrieg gegen die Militärdiktatur Tschiang Kai-sheks erkämpft, sie 1949 gegründet und bis heute zur zweitstärksten Wirtschaftsmacht der Welt entwickelt hat, ihre von der Mehrheit der Bevölkerung bislang unbestrittene Herrschaftslegitimation. Seit Maos Tod und der Absage an Klassenkampf und ideologische Utopien bündelt die KP als Volkspartei die vielfältigen Interessen und konzentriert sich auf das von allen erstrebte Ziel: die Wiederherstellung der Macht des alten »Reichs der Mitte« und seiner globalen Ausstrahlung.

Der staatsrechtliche Aufbau der Volksrepublik ähnelt jenem der einstigen Ostblockländer; auch das Vokabular hat sich kaum verändert, obwohl die Zielsetzung nichts mehr mit den weltrevolutionären Ideen von Marx, Engels und Lenin zu tun hat. Gemäß der Verfassung ist China ein »sozialistischer Staat unter der demokratischen Diktatur des Volkes, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht«. Einzige Regierungspartei ist die KP als »Führerin des chinesischen Volkes«. Ihr höchstes Machtgremium, der Ständige Ausschuß des Politbüros, umfaßt zur Zeit sieben Mitglieder; an der Spitze stehen Staats- und Parteichef Xi Jinping, der auch Oberbefehlshaber der Armee ist, sowie Premierminister Li Keqiang. Einmal jährlich tritt das formal oberste Organ der Staatsmacht, der Nationale Volkskongreß (Parlament), zusammen. Acht »demokratische Parteien« – darunter Vertreter der im Bürgerkrieg besiegten Kuomintang – sind unter Führung der KP in der Politischen Konsultativkonferenz zusammengeschlossen und haben eine beratende Funktion. Als Exekutive fungiert der Staatsrat (Regierung). Dessen Mitglieder sind gleichzeitig führende Parteikader, denn alle relevanten Entscheidungen werden von der KP getroffen. Die Reformprogramme, mit deren Hilfe Chinas Renaissance erreicht werden soll, haben jedoch nicht engstirnige Ideologen geschrieben, sondern hervorragende, teils im Westen ausgebildete Experten, die bestens mit den Stärken und Schwächen der Volksrepublik und des Auslands vertraut sind. Diese Technokraten sitzen an den Schaltstellen sowohl im Staatsrat als auch in den nachgeordneten Behörden. Einer ihrer typischen Vertreter ist der jetzt 50jährige Ma Jun; er promovierte an der Georgetown-Universität in Washington, arbeitete sowohl beim Internationalen Währungsfonds (IWF)

»Wenn man die chinesische Geschichte als ein Ganzes betrachtet, kann man sagen, daß sie in allen nur denkbaren Formen von der Sehnsucht nach dem Ursprung geprägt und bestimmt worden ist. Die traumatische Sehnsucht äußert sich auf zwei Arten: einer konservativ-konfuzianischen und einer revolutionär-taoistischen. Die erste manifestierte sich im Studium und in der Verehrung der Klassiker, sowie darin, daß man voller Ehrfurcht auf die ferne Vergangenheit zurückblickte und sie zum Vorbild für die Gegenwart nahm. Die andere äußerte sich in der Sehnsucht nach dem Ursprung, den man sich als einen bäuerlichen Kollektivismus ohne Feudalstruktur und ohne Kaufleute vorstellte. ... Auch die vielen Revolutionen, die das alte China im Lauf seiner Geschichte erschüttert haben, hatten durchaus nicht die Gewinnung der Zukunft zum Ziel, sondern die Rückkehr zu früheren, ursprünglicheren Lebensformen. Das wiederholte sich nach ihrer Berührung mit dem Kommunismus, denn hinter dem Kommunismus steht als archetypisches Faszinosum das Urbild von der Großen Gemeinschaft, von jener Utopie also, von der schon Konfuzius träumte.«

Friedrich K. Engler:
Die Grundlagen des I-ching. Leben, Lebensgesetze, Lebensordnung,
Freiburg i.Br. 1987



als auch bei der Weltbank und war fünfzehn Jahre lang Chefökonom der Deutschen Bank in der Volksrepublik. 2014 wurde er von Premierminister Li Keqiang auf den neugeschaffenen Posten eines Chefökonomens der chinesischen Zentralbank berufen.

Pekings Vorgehensweise bei dem gewaltigen Transformationsprozeß hat der deutsch-amerikanische Investor Nicolas Berggruen als vorbildhaft gerühmt: »In den letzten Jahrzehnten hat China gewaltige Erfolge erzielt. Der Grund dafür ist, daß es sich durch fortgesetzte Reformen jeder wechselnden Lage angepaßt hat«. Das Geheimnis besteht darin, bedeutende Vorhaben nach der Methode Versuch und Irrtum erst im kleinen Rahmen zu erproben, ehe sie landesweit umgesetzt werden. »Nach den Steinen tastend den Fluß überqueren« nannte Deng Xiaoping diese Methode. So ließ er im Zuge seiner Reform- und Öffnungspolitik in Südchina zunächst Sonderwirtschaftszonen einrichten, in denen ausländische Investoren unter Vorzugsbedingungen nach marktwirtschaftlichen Regeln mit chinesischen Arbeitskräften produzieren durften. Als sich das Experiment als überaus erfolgreich erwies, wurde es auf weitere Landesteile übertragen. Auch Ma Jun wird sich bei seiner Arbeit in der Zentralbank auf eine ähnliche Strategie stützen können: Im September 2013 wurde in Schanghai eine Freihandelszone eingerichtet, um die Liberalisierung der Finanzmärkte zu erproben. Die Landeswährung Renminbi soll dort voll konvertibel sein, und ausländische Firmen, die in der Zone registriert sind, dürfen Firmenanteile in Form von Aktien verkaufen. Schließlich ist es Pekings langfristiges Ziel, den Renminbi zu einer der wichtigsten Weltreservewährungen zu machen, um eines Tages den US-Dollar abzulösen.

Umweltverschmutzung, Korruption, auch in den eigenen Reihen, mangelnde Rechtsstaatlichkeit – die Probleme, vor denen Pekings Führung steht, sind gewaltig. Wie könnte es auch anders sein in einem Land, das innerhalb von nur sechs Jahrzehnten aus einem feudalistischen Mittelalter ins Internet-Zeitalter katapultiert worden ist? Noch vor drei Jahrzehnten lebten achtzig Prozent der Chinesen auf dem Land. Mittlerweile hat eine rapide Urbanisierung eingesetzt. Gab es im Jahr 2000 in der Volksrepublik 3,7 Millionen Dörfer, so waren es zehn Jahre später nur noch 2,6 Millionen – ein Schwund von 300 Dörfern pro Tag. Daß derartige Prozesse nicht ohne Verwerfungen, menschliche Tragödien und vielfältige Proteste abgehen, ist bedauernswert, aber unvermeidlich. »Demokratie«, so meinte US-Präsident Abraham Lincoln einmal, »ist die Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk.« Die Paradoxie, die in dieser gern auch in Schulbüchern zitierten Sentenz steckt, hat Niklas Luhmann ans Licht gebracht: »Demokratie heißt, daß das Volk selber herrscht. Und über wen? Über das Volk natürlich.« Daß die in China praktizierte »Volksdemokratie« nicht westlichen Vorstellungen entspricht, sagt daher nichts darüber aus, ob sie den Interessen des chinesischen Volkes gerecht wird – das aber und nur das kann der Maßstab sein, an dem jene Herrschaftsform gemessen werden sollte. ■

Literaturhinweise:

Wolfgang Bauer: *China und die Hoffnung auf Glück – Paradiese, Utopien, Idealvorstellungen*, München 1971;

Georg Blume: *China ist kein Reich des Bösen. Trotz Tibet muß Berlin auf Peking setzen*, Hamburg 2008 (Edition Körber-Stiftung);

Wolfgang Hirn: *Der nächste Kalte Krieg. China gegen den Westen*, Frankfurt a.M. 2013;

Peter J. Opitz (Hrsg.): *Chinesisches Altertum und konfuzianische Klassik. Politisches Denken in China von der Chou-Zeit bis zum Han-Reich*, München 1968;

ders. (Hrsg.): *Vom Konfuzianismus zum Kommunismus*, München 1969;

Frank Sieren: *Der China-Schock. Wie Peking sich die Welt gefügig macht*, Berlin 2008.

Wie demokratisch war Athen?

von Harald Seubert

Im vierten vorchristlichen Jahrhundert wurde von Athener Politikern und Staatsdenkern der Beginn der Demokratie weit ins fünfte Jahrhundert zurückverlegt. Man beabsichtigte damit zweierlei: Zum einen sollte eine nicht-korrupte, ursprüngliche Form der Demokratie gegen die Degenerationen zur Geltung gebracht werden. Zum anderen suchte man die Würde dieser Herrschaftsform zu betonen, weil die Realitäten längst fraglich und fragwürdig waren. Thukydides hat eingewandt, daß auch zur Zeit des Perikles Athen die Herrschaft des Ersten Mannes gewesen sei.

Der Begriff *demokratia* begegnet erstmals bei Herodot um 430. Die heutigen Althistoriker sind sich darin einig, daß die attische Demokratie keineswegs »Ergebnis eines bewußt auf Demokratisierung ausgerichteten Handelns«, sondern situativer politischer Entscheidungen im Zeitalter der Perserkriege war. So findet sich weder in der Dichtung noch in der Politischen Philosophie eine Gedankenbildung, die auf »Demokratie« zielte. Wohl aber ist seit Kleisthenes eine Bürgergesellschaft etabliert, die zwar keineswegs das Ende der alten Adelherrschaft, wohl aber ihre Integration in eine Bürgerpolis bedeutet. Der Tyrannenmord, der am Anfang der Kleisthenischen Reformen stand, war nicht politisch motiviert. Kleisthenes' Neuordnung war, wie Henning Ottmann treffend schreibt, »der Versuch eines Aristokraten, durch den Appell an das Volk die aristokratische Konkurrenz auszubooten«. Daß sich die Reform faktisch auf die Sozialstrukturen Athens auswirkte, ist nach Ottmann eher eine indirekte List der Vernunft. Die alten Ordnungsformen, Phylen und Phratrien, bestanden weiter. Überlokale Einheiten wurden in den Trittyen neu eingerichtet. Das eigentliche Novum aber ist das Bewußtsein, daß die Männer »die Stadt ausmachen«, wie Thukydides formulierte (VII,77,7). Aristoteles hatte im Rückblick diese Struktur als »Politie« bezeichnet und der Tyrannis deutlich entgegengesetzt. Die Polis sei auf »Freundschaft« begründet, »denn der Wille zusammenzuleben, ist Freundschaft« (Aristoteles: *Politik*, 1280b 36ff.).

Gleichwohl bedarf diese Formgebung auch der Mauern und der Grenze. Sie ist dezidiert nicht-universalistisch, sondern auf ein gemeinsames Ethos hin konzipiert, das nur in dieser Stadt existiert. Schon Heraklit und erst recht später Platon verweisen darauf, daß die miteinander befreundeten Seelen nach innen leisten, was die Mauern der Stadt und die innere Gliederung nach außen leisten mußten. Freiheit setzt mithin Begrenzung voraus. Nur innerhalb dieser Grenzsetzungen ist das Prinzip der *ekklesia* als der Herrschaft über sich selbst möglich, das als Prinzip der Volksversammlung galt. Ein nicht zu verkennendes, verbindendes Momentum bedeutete dabei die Feindschaft gegenüber den Lakedaimoniern, und es war eine gravierende Abweichung von diesem Kurs, daß Kimon zu einem Ausgleich mit Sparta neigte und sich dabei auf eine oligarchische Schicht der übrigens untereinander zerstrittenen Aristokraten zu stützen

»Je demokratischer eine Demokratie, desto gewisser negiert sie sich selbst. Wie die Freiheit der Menschen, zu der sie gehört, war sie je ihr eigener Feind.«

Max Horkheimer



Leo von Klenze: Akropolis, Öl auf Leinwand, 1846

versuchte. Trivial ist die weitere Beschränkung, daß nur der erwachsene Mann, der Oikosdespot, Vollbürger war.

Geht man zurück zu der Ablösung der alten drakontischen Ordnung unter Solon im Jahr 594, so wird deutlich, daß bei ihm die »Lastenabschüttelung«, also die Entschuldung, der verarmten Bauern und die Neuordnung durch die Prinzipien von Dike (Recht), ursprünglich eine Göttin, und Eunomia – das Maß – mit dem Wissen um die Korruptiertheit des Volkes einhergehen: »... aber die Bürger selbst aus Unverstand drohen die große / Stadt zu verderben, durch Geld und seine Lockung verführt, / und den rechtlosen Sinn der Lenker des Volkes«. Nicht zu verkennen ist auch, daß die Perserkriege Anstrengungen und Zumutungen abforderten, die tunlich vom ganzen Volk getragen werden sollten. Die Bemanning der Flotte mit Theten hatte auch zur Folge, daß ihnen das Bürgerrecht nicht länger vorzuenthalten war und sie nun in die Institutionen der Polis strömten. Die Erhöhung der Diäten auf drei Obolusse machte die Teilnahme an den Volksversammlungen für immer breitere Massen attraktiv. Solche Faktoren veranlaßten schließlich Ephialtes zu einer Reform, in der dem Areopag wesentliche seiner bisherigen Kompetenzen entzogen und wohl auf Volksversammlung und Rat übertragen wurden.

Man sieht: Zu einer Idealisierung der demokratischen Praxis Athens besteht wenig Anlaß. Bemerkenswert sind aber institutionelle Sicherungen, die sie vorsah, wie die Klage über Verfassungswidrigkeit (*graphe paranomon*). Dabei konnte die Gerichtsversammlung Entscheide der Volksversammlung aufheben. Der Nomos war damit positives Recht geworden. In archaischer Zeit aber und noch in Platons Spätdialog *Nomoi* (»Die Gesetze«) war die Urheberschaft der Gesetze nicht als menschlich, sondern als göttlich definiert worden. Eindrucksvoll bleibt auch, daß die politische Betätigung und der Bürgerstatus des erwachsenen Mannes, des Oikosdespoten, von seinem Leben untrennbar waren. Ein gutes, gelingendes Leben setzt, wie noch Aristoteles festschreibt, die bürgerschaftliche Existenz voraus. Die Tugenden des Adels und ihre Integration waren dabei ein Sicherungsinstrument der attischen Polis. Auch wenn Aristoteles als deren Träger den »mittleren Stand« hervorhebt, sind doch die bürgerlichen Tugenden, die er besonders akzentuiert, Adelstugenden: die Großzügigkeit (*eleutheriotes*), die Großgeartetheit (*megaloprepeia*) und die Großgesinntheit (*megalopsychia*). Man muß weiterhin wissen, daß die Athener der Wahl nur wenig trauten. Sie wird von Aristoteles (*Politik*, 1294b 7ff.) vielmehr den Oligarchien zugewiesen, tendiert sie doch zu einem System der Vorabspachen. Auch ist die innere Triebkraft der attischen Bürgerlichkeit die Suche nach Vortrefflichkeit, das Streben, fast um jeden Preis der Erste zu sein. Der Tugendbegriff (*areté*) der griechischen Stadt ist deshalb auch nicht in erster Linie moralisch, sondern auf diese Vortrefflichkeit hin ausgerichtet. Wenn es sie nicht gäbe und nicht den Rang, würde eine Volksherrschaft flach und matt werden.

Das Volk blieb gewiß die Berufungsinstanz, und die Anzahl der an Volksversammlung und Gerichten beteiligten Bürger war – anteilig – höher als in jeder anderen Demokratie. Dennoch waren es auch hier die Redner und Demagogen, die den Willen des Volkes zu beeinflussen suchten. Darin sah man früh ein hohes Gefahrenpotential. Platon hat in seiner, in

»Um das Gesetz zu wissen, heißt mit einem Wahlspruch der Sophokleischen »Antigone« sich inne zu sein, daß niemand weiß, woher die Gesetze kommen. Sie sind ewig.«

Seubert: *Polis und Nomos*

»Die totalitäre Demokratie entwickelte sich früh zu einer Ideologie von Zwang und Zentralisation, und zwar nicht etwa, weil sie die Werte des liberalen Individuums im 18. Jahrhundert verwarf, sondern weil sie ihnen gegenüber ursprünglich eine zu perfektionistische Haltung einnahm. ... Alle bestehenden Traditionen, alle überkommenen Institutionen und alle gesellschaftlichen Abmachungen sollten über Bord geworfen und neu geschaffen werden mit dem alleinigen Ziel, dem Menschen die Gesamtheit seiner Rechte und Freiheiten zu sichern.«

Jacob Talmon: *Die Ursprünge der totalitären Demokratie*

manchen Zügen gewiß karikierenden Sicht auf die Demokratie (*Politeia*, Buch VIII) die Rhetorik der Schmeichler schneidend und deutlich benannt. Es ist nicht zu verkennen, daß die attische Demokratie ein Idealtypus ist, der in der Realgeschichte von Tyrannis und Demagogie bedrängt wurde. Die beiden großen Philosophen, Platon und Aristoteles, sind nicht zufällig profilierte Kritiker der Demokratie. Platon sieht sie als drittletzte der schlechten Herrschaftsformen, auf dem, in seinem Sinn, unaufhaltsamen Weg zur Anarchie und damit zum Umschlagen in die Tyrannenherrschaft. Das Problem, das er namhaft macht, ist, daß in der attischen Demokratie jene tyrannischen Seelen schon existieren. Die Polis werde daher nur durch eine strikte Hierarchie und die Auszeichnung der Besten geschützt werden können. Die Philosophenherrschaft und die Orientierung an der Idee des Guten sind die Antworten auf die Deformationserfahrungen einer Demokratie, die den besten in ihren Mauern lebenden Mann, nämlich Sokrates, angeklagt und zum Tod verurteilt hat. Sokrates selbst betonte in seinem Dialog *Kriton*, daß er sein eigenes Philosophieren wesentlich den Gesetzen von Athen verdanke und sich selbst verraten würde, wenn er diese Polis verlasse. In der fingierten philosophischen Stadtgründung in der *Politeia* macht Platon deutlich, daß Stadt und Seelenhaushalt in einem unverkennbaren Wechselverhältnis stehen. Schlechte Herrschaftsformen führten zur Korruption der Seelen, korruptierte Seelen würden die politische Sphäre noch weiter gehend verderben. Ein Mißverständnis ist hier zu vermeiden: Damit erklärt er sich aber keineswegs zum »Demokraten«. Vielmehr sind die attischen Gesetze auf eine Rechtmäßigkeit begründet, die Maßstab für die Demokratie sein muß. Platon verweist wiederholt darauf, daß die eigentliche Herrschaftsform die Nomokratie sei, die ihrerseits auf die Herrschaft der Vernunft des *Nous* zu begründen wäre.

Aristoteles hat die Demokratie ebenfalls unter die entarteten Verfassungsformen gerechnet. Denn sie sei eine Herrschaft nur der Armen und befördere damit die Stasis, den Aufruhr und die Differenz innerhalb der Polis (*Politik*, IV.4). Die »Politie« begreift Aristoteles dagegen als die beste mögliche Herrschaftsform. Zumindest Aristoteles zufolge ist sie das, was den großen Staatsmännern Athens vor Augen gestanden hat. Platon wäre auch hier noch einen Schritt weiter gegangen und hätte bezweifelt, daß ein Solon oder Kleisthenes überhaupt Staatsmänner gewesen seien. Als den einzigen wahren Staatsmann ließ er Sokrates gelten, den diese Polis nicht ertrug.

Nicht zu verkennen ist, daß Arkana der Polis deren Wirksamkeit trugen. Sie gingen noch deutlich über die Adelstugenden hinaus: Man denke an die Warnung, es nicht zu übertreiben: *meden agan*, an das berühmte Delphische *Gnothi seauton*, das eigentlich sagt: »Erkenne, daß du kein Gott bist!«, und an die Bedeutung von Tugenden wie der Scham (*aischyne*) und der Abstand nehmenden Besonnenheit (*sophrosyne*).

Athen war, wie Christian Meier schrieb, tatsächlich ein »Neubeginn der Weltgeschichte«, ihn vorschnell mit einer Protogestalt heutiger Demokratie gleichzusetzen, führt in die Irre. Verständlich ist es durchaus, daß gerade Hannah Arendt, die profilierte Theoretikerin der Ursprünge totaler Herrschaft, in ihrem politisch-philosophischen Hauptwerk *Vita activa* die *synousia*, das Gemeinsam-Reden und -Handeln, als Errungenschaft der attischen Polis pries. Sie idealisierte aber unverkennbar, und sie wollte einen Platonischen Politikbegriff frei vom philosophischen Elitismus Platons begründen. Dieses Gegenbild empfahl sich nach den totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts und der von Jacob Talmon formulierten Erkenntnis, daß es auch eine »totalitäre Demokratie« gebe. Einen anderen Weg wählte Leo Strauss. Er fragte, wie das Gegenbild der antiken Polis Korrektivcharakter für die moderne Staatlichkeit haben könnte, und eröffnete damit eine »Querelle des anciens et des modernes«, die keineswegs von vorneherein zugunsten der Modernen zu entscheiden ist. Dabei rekurrierte er aber nicht auf das Wunschbild der Demokratie, sondern auf das Sokrates-Problem, die Auseinandersetzung zwischen Wahrheit und Polis. Es hat seine Aktualität tatsächlich nicht verloren. Leichtfertige Ähnlichkeiten zwischen moderner oder postmoderner Demokratie und der antiken Wirklichkeit verbieten sich dagegen. Wenn man sich aber der »Querelle« aussetzt, kann man begreifen, daß die Demokratie selbst der Normativität bedarf und Gefährdungen unterliegt, nicht aber (wie auch immer sie mit ihren Institutionen umgehe) selbst immer schon Norm ist. Daran zu erinnern ist so zeitgemäß wie die Erfahrung der griechischen Polis. ■

Literaturhinweise:

- Hannah Arendt: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München 1989, S. 45ff;
- Jochen Bleicken: *Die athenische Demokratie*, Paderborn 1994, S. 53ff;
- Jochen Martin: »Von Kleisthenes zu Ephialtes«, in: Konrad Kinzl (Hrsg.): *Demokratia*, Darmstadt 1995, S. 210;
- Christian Meier: *Athen. Ein Neubeginn der Weltgeschichte*, Berlin 1993;
- Henning Ottmann: *Geschichte des politischen Denkens*. Bd. 1.: *Die Griechen. Von Homer bis Sokrates*, Stuttgart/Weimar 2001, S. 100;
- Harald Seubert: *Polis und Nomos. Untersuchungen zu Platons Rechtslehre*, Berlin 2005;
- Michael Stahl: *Gesellschaft und Staat bei den Griechen: Klassische Zeit*, Paderborn u.a. 2003;
- Leo Strauss: »What is Political Philosophy?«, in: ders.: *An Introduction to Political Philosophy. Ten Essays*, Detroit 1975, S. 3ff;
- Jacob Talmon: *Der Ursprung der totalitären Demokratie*, Köln/Opladen 1961; Neuausgabe: *Die Geschichte der totalitären Demokratie*, Bd. 1–3, Göttingen 2013.

Autoren dieses Heftes

Frank Böckelmann, 1941, war Protagonist in der Subversiven Aktion, studierte Philosophie und Kommunikationswissenschaft, arbeitet als Autor und gibt die Zeitschrift *Tumult* heraus. *Jargon der Weltoffenheit*, Waltrop 2014

Dr. Norbert Borrmann, 1953, studierte Architektur, Kunstgeschichte und Geschichte und arbeitet in der Denkmalpflege. *Die große Gleichschaltung*, Schnellroda 2013

Martin Grundweg, 1984, studierte Geschichte und Politologie und arbeitet als Historiker.

Dr. Hermann Heidegger, 1920, diente als Offizier im Zweiten Weltkrieg und später in der Bundeswehr. Seit 1976 betreut er als Nachlaßverwalter seines Vaters die Heidegger-Gesamtausgabe bei Klostermann. *Heimkehr 47, Tagebuch-Auszüge aus der sowjetischen Gefangenschaft*, Schnellroda 2007

Manfred Kleine-Hartlage, 1966, ist Diplom-Sozialwissenschaftler in der Fachrichtung Politische Wissenschaft. Er arbeitet als Übersetzer und betreibt das Internet-Blog *korrektheiten.com*. *Die liberale Gesellschaft und ihr Ende*, Schnellroda 2013

Ellen Kositzka, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten. *Gender ohne Ende*, 3., erweiterte Auflage, Schnellroda 2008

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession*.

Peter Kuntze, 1941, ehemaliger Redakteur der *Süddeutschen Zeitung*, ist Autor mehrerer politischer Sachbücher, zahlreicher Kinderbücher sowie zweier Romane.

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS). *Deutsche Orte*, Band 4 des *Staatspolitischen Handbuchs*, als Herausgeber, Schnellroda 2012

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist. *Kann nur ein Gott uns retten? Glauben, Hoffen, Standhalten*, Schnellroda 2014 (in Vorbereitung)

Andreas Lombard, 1963, gründete 2005 den Landt Verlag, der seit 2010 ein Imprint der Manuscriptum Verlagsbuchhandlung Thomas Hoof KG ist. Er betreibt das Blog *die-entdeckung-des-eigenen.de*.

Volker Mohr, 1962, studierte Architektur, schreibt Erzählungen und Sachbücher. *Die Höhle des Zeus. Novellen*, Schaffhausen 2013

Michael Paulwitz, 1965, studierte Geschichte, Altertumswissenschaften und Philologie in München und Oxford. Er arbeitet als freier Publizist und Lektor. *Deutsche Opfer, fremde Täter*, Schnellroda 2011

Dr. Stefan Scheil, 1963, Studium der Geschichte und Philosophie, promoviert als Historiker. *Polen 1939. Kriegskalkül, Vorbereitung, Vollzug*, Schnellroda 2013; *Ribbentrop oder Die Verlockung des nationalen Aufbruchs. Eine politische Biographie*, Berlin 2013

Prof. Dr. Harald Seubert, 1967, lehrt Philosophie in Basel und München. *Zwischen Religion und Vernunft. Vermessung eines Terrains*, Baden-Baden 2013

Die direkte Demokratie in der Schweiz

von Volker Mohr

Oswald Spengler spricht davon, daß es eine große Lyrik nur am Anfang und am Ende einer Kultur gebe. Dabei spannt er den Bogen von der Karolingerzeit, in der sich die junge Seele des Abendlandes zu einem kühnen Flügelschlag ins Unendliche erhebe, bis zur Romantik, in der die gequälte, zerfahrene, künstliche Seele aus der Überhelle des selbstgewissen Geistes zurück in die Magie des unendlichen Raumes sinke, um in der Vergangenheit, im Mythos, ihre Erlösung zu suchen. Selbstredend trifft diese Feststellung nicht nur auf die Lyrik zu, sondern auf die Kultur schlechthin, die immer an den Mythos gebunden ist. Eine Welt ohne Mythos ist daher eine kulturlose Welt; in ihr herrschen die Titanen, ein materialistisches Geschlecht, das das Werden und Wachsen nicht kennt. Titanisch ist der Logos, das Richtige, während der Mythos das Wahre verkörpert. Und so ebnet die Französische Revolution, die als Wendepunkt angesehen werden kann, dem Titanischen endgültig den Weg. Der aus dem Logos hervorgehende Intellekt bestimmt fortan jegliches Geschehen, während das Schöpferische, das auf dem Mythos basiert, zu schwinden beginnt. Exemplarisch wird diese Entwicklung in Adelbert von Chamisso's Erzählung *Peter Schlemihls wundersame Geschichte* dargelegt. Der Held verkauft darin seinen Schatten und irrt letztlich, genauso wie der moderne Mensch, rastlos auf der Erde umher. Der kulturelle Zerfall, der nach der Französischen Revolution einsetzt, öffnet der Technik Tür und Tor, während alles Gewachsene und damit auch der Mensch selber ihr Maß verlieren. In dieser Zeit, in der die Dinge allenthalben auf den Kopf gestellt werden, beginnt sich eine politische Form zu etablieren, die letztlich zur heiligen Kuh stilisiert wird: die Demokratie.

Die Schweiz, wie sie sich heute darstellt, geht auf das Jahr 1848 zurück. Aus einem lockeren Staatenbund wurde damals ein Bundesstaat. Die entsprechende Verfassung war stark von jener der Vereinigten Staaten und vom Gedankengut der Französischen Revolution beeinflusst. Die demokratische Gesinnung der Eidgenossen reicht jedoch weit zurück; sie findet ihren überlieferten Ursprung im späten 13. Jahrhundert in einem Bundesbrief, in dem ein Verteidigungsabkommen zwischen den drei Urkantonen Uri, Schwyz und Unterwalden festgehalten ist. Wichtiger jedoch als der Brief ist der Mythos, der sich um das dokumentierte Unabhängigkeitsstreben rankt. Wilhelm Tell heißt der Held, der sich gegen die Obrigkeit auflehnt, jedoch nicht um eine Ideologie durchzusetzen, sondern um sich von den ausländischen Vögten zu befreien. Bekannt geworden und ins Bewußtsein der Bevölkerung getreten ist die Legende jedoch erst durch Friedrich Schillers Drama *Wilhelm Tell* aus dem Jahr 1804. Und noch heute basiert das schweizerische Zusammengehörigkeitsgefühl zu einem guten Teil auf diesem Mythos, an den jeweils am 1. August – dem Nationalfeiertag der Schweiz – mit Höhenfeuern und Ansprachen in den Gemeinden erinnert wird.

»Die menschliche Wärme in einer Gesellschaft vermindert sich in dem Grade, in dem sich deren Gesetzgebung perfektioniert.«

Nicolás Gómez Dávila:
Aufzeichnungen eines Besiegten, Wien/
Leipzig 1992

Wozu die herrliche Natur
Euch machte!
Erfüllt den Platz, wohin sie
Euch gestellt,
Zu Eurem Volke steht und
Eurem Lande,
Und kämpft für Euer
heilig Recht.

Friedrich Schiller:
Wilhelm Tell

Eng mit diesem Mythos verbunden sind auch die Strukturierung und die politische Kultur der Schweiz. Im Westfälischen Frieden von 1648 erlangten die Schweizer Kantone die völkerrechtliche Souveränität, und bereits nach der Niederlage in der Schlacht von Marignano im Jahr 1515 beschloß die Eidgenossenschaft, sich künftig aus Konflikten herauszuhalten, und war somit de facto neutral.

Die Schweiz ist zwar ein Bundesstaat, und sie wird von außen auch so wahrgenommen. Im Grunde ist sie jedoch ein Staatenbund geblieben, dessen verbindende Kräfte einer gemeinsamen Idee entspringen. So gewährt der ausgeprägte Föderalismus den Gemeinden und Kantonen eine weitreichende Autonomie, die eine der Voraussetzungen für die direkte Demokratie ist. Und auch der Umstand, daß Bern de facto, aber nicht de jure die Hauptstadt der Schweiz ist, stellt einen Hinweis auf deren konföderale Struktur dar.

Grundpfeiler der direkten Demokratie in der Schweiz sind die Volksinitiative, das obligatorische und fakultative Referendum sowie eine parlamentarische Struktur, die, etwa durch Landsgemeinden oder Gemeindeversammlungen, das Volk direkt an den politischen Entscheidungen teilhaben läßt. Roger Köppel, Chefredakteur und Verleger des Wochenmagazins *Die Weltwoche*, brachte diesen Umstand jüngst auf den Punkt, indem er sagte: »Das Volk ist der Chef.« Auch wenn diese Aussage

eher einem Schlagwort gleichkommt, muß doch festgehalten werden, daß durch die direkte Demokratie das Volk zu diversen Sachfragen Stellung nehmen kann, und gelegentlich entscheidet es dabei anders, als es Bundesrat und Parlament empfohlen haben.

Der Schweizer gilt als höflich und zurückhaltend; er liebt die Unabhängigkeit, er ist nicht obrigkeitstgläubig, und er scheut die Arbeit nicht. Dies kam insbesondere bei der Volksabstimmung im Jahr 1976 über die Einführung der 40-Stunden-Woche zum Ausdruck. Das Begehren wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, und so arbeiten die Schweizer noch heute im Durchschnitt 42,5 Stunden pro Woche oder mehr. Auch die 1:12-Initiative, über die 2013 abgestimmt wurde – sie verlangte, daß niemand in einem Jahr weniger verdienen sollte als der bestbezahlte Manager im gleichen Unternehmen in einem Monat – lehnte man klar ab.

Zu den Volksabstimmungen, bei denen anders entschieden wurde, als es die Regierung empfahl, gehört jene aus dem Jahr 1992, bei der die Schweiz über den Beitritt zum EWR, also zum Europäischen Wirtschaftsraum, zu befinden hatte. Eine Annahme hätte der Schweiz die Türen zur Europäischen Union geöffnet, ein damals logisch erscheinender Schritt, hatte doch der Bundesrat bereits Beitrittsverhandlungen mit der EU aufgenommen. Doch es kam – und dies zur Überraschung und ebenso zum Ärger vieler – anders: Das Schweizer Volk lehnte den Beitritt mit 50,3 Prozent Neinstimmen ab.

Hohe Wogen warf auch die Minarettabstimmung im Jahr 2009. Die Initiative verlangte ein Verbot zur Errichtung von Minaretten. Praktisch alle Parteien, Verbände, Institutionen, sämtliche politischen Gremien mit Ausnahme der Schweizerischen Volkspartei und einer Splitterpartei waren gegen das Volksbegehren, und noch am Abstimmungssonntag sprach ein Meinungsforschungsexperte im Fernsehen von einer zu erwartenden deutlichen Ablehnung. Aber es kam anders: Eine Mehrheit der Kantone und 57,5 Prozent der Stimmberechtigten stimmten der Initiative zu, wodurch der Bau von Minaretten in der Schweiz nun verboten ist.

Jüngstes Verdikt ist die Zustimmung zu der von der Schweizerischen Volkspartei lancierten Zuwanderungsinitiative. Am 9. Februar 2014 votierte das Schweizer Stimmvolk, wiederum entgegen aller Prognosen, für eine Beschränkung der Zuwanderung. Das von linker Seite als »Abschot-



»Die Welt ist müde von Staatsmännern, welche die Demokratie zu Politikern degradiert hat.«

Benjamin Disraeli, britischer konservativer Staatsmann und Schriftsteller

tungsinitiative« bezeichnete Begehren verlangte eine Kontingentierung der Zuwanderungsbewilligungen angesichts eines maßlos gewordenen Bevölkerungswachstums. Befürworter der Initiative wurden vor und besonders nach der Abstimmung oft übel beschimpft und als fremdenfeindlich abgestempelt. Die Fakten jedoch sprachen für sich: Jährlich strömen 100000 Menschen in die Schweiz (umgerechnet auf Deutschland wären dies etwa eine Million Zuwanderer). Dazu kommt, daß es in der Schweiz räumlich gesehen eng ist. Das Mittelland, in dem die meisten Menschen angesiedelt sind, ist ein einziges Agglomerationsgebiet. Jede Sekunde wird ein Quadratmeter Land verbaut, die Wohnungsmieten und Landpreise steigen, der Lohndruck nimmt zu, gewisse Straßen sind permanent verstopft, die Züge voll. 24 Prozent Ausländer leben momentan in der Schweiz. Und so sprachen sich denn 50,3 Prozent der Stimmberechtigten für die Zuwanderungsbeschränkung aus.

Daß das Ausland, das die direkte Demokratie bestenfalls theoretisch kennt, manche Volksentscheidungen nicht nachvollziehen kann und bisweilen auch die Meinung vertritt, die Schweizer Regierung könne und müsse sich gegebenenfalls darüber hinwegsetzen, ist bis zu einem gewissen Grad nachvollziehbar. Zudem ist es für Außenstehende oft schwierig, sich in die schweizerische Befindlichkeit einzufühlen. Und dann sind da Begriffe, die man einfach zuwenig kennt, wie etwa die Volksmotion, die Petition oder eben das fakultative oder das obligatorische Referendum. Die Reaktionen aus den umliegenden EU-Staaten auf den Zuwanderungsentscheid des Schweizer Stimmvolks waren entsprechend harsch und oft mit Drohungen verbunden. Selbst der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck kritisierte bei seinem kürzlich der Schweiz abgestatteten Staatsbesuch den Volksentscheid. Die direkte Demokratie berge Gefahren, wenn über hochkomplexe Themen abgestimmt werde, meinte er. Im Grunde ist diese Aussage zwar richtig, sie aber gerade dann zu äußern, wenn ein gefällter Entscheid den eigenen Vorstellungen zuwiderläuft, ist nicht sehr staatsmännisch.

Neben den Gefahren hat das direktdemokratische System aber einen entscheidenden Vorteil: Das Volk kann in anonymen Abstimmungen eine Meinung kundtun, die im Alltag oft gar nicht mehr ausgesprochen werden darf, und es kann dadurch die Politik korrigieren. Wer öffentlich die Zuwanderung begrenzen wollte oder Minarette als nicht zur Schweiz gehörig bezeichnete, galt bisweilen als Nestbeschmutzer oder als rechtspopulistisch. Nun weiß er die Mehrheit hinter sich.

Eine wirkliche Gefahr für die Demokratie, insbesondere für die direkte Demokratie, wie sie in der Schweiz praktiziert wird, ist hingegen die Vermassung oder Verzifferung der Bevölkerung und damit verbunden die Loslösung von jenem Mythos, der den Willen zur Eigenständigkeit und zur Freiheit symbolisiert. Eine Demokratie steht und fällt mit der Identität, die das entsprechende Volk besitzt. Identität wird zu einem guten Teil vom Mythos genährt. In einer entzauberten Welt hat der Mythos jedoch keinen Platz mehr. Was ihn verdrängend ersetzt, ist die technisch-naturwissenschaftliche Denkhaltung, die das Leben zwangsläufig neutralisiert. Davon betroffen ist im besonderen der moderne Mensch. Dieser Mensch, der in einem unvorstellbaren Maß gleichgeschaltet und nivelliert wird, hat bestenfalls noch eine Meinung, aber kaum mehr ein Urteilsvermögen. Genau das wäre aber notwendig, um Entscheidungen zu treffen und eigenständige Wege zu finden und zu gehen.

Wie weit sich die Eidgenossenschaft von ihrem eigenen Mythos bereits entfernt hat, läßt sich an den allgemeinen Auflösungstendenzen, von denen die Schweiz genauso wie alle anderen europäischen Staaten betroffen ist, und ebenso in der schleichenden Übernahme von EU-Recht ablesen. Zwar geht es der Schweiz materiell besser als den meisten anderen Ländern, aber die geistige Landesverteidigung, die die Nation lange vor Ungemach bewahrt hat, bröckelt. Die Neue Weltordnung, wie sie Manfred Kleine-Hartlage treffend beschrieben hat, und die als die endgültige Machtergreifung der Titanen gedeutet werden kann, macht auch vor der Schweiz nicht halt. Gerade diese Neue Weltordnung, die man vielleicht auch als Dritten Weltkrieg bezeichnen könnte, braucht, um sich verwirklichen zu können, den identitätslosen, entwurzelten Menschen. Und dieser Mensch wird sein Unheil letztlich selber wählen, einerlei, ob er in einer repräsentativ- oder direktdemokratischen Gesellschaft lebt. ■

»Man soll die Stimmen
wägen und nicht zählen;
Der Staat muß untergehen,
früh oder spät,
Wo Mehrheit siegt und
Unverstand entscheidet.«

Friedrich Schiller:
Wilhelm Tell

Literaturhinweise:

Oswald Spengler: »Einführung zu Ernst Droems ›Gesängen‹«, in: Ernst Droem: *Gesänge*, München 1920;

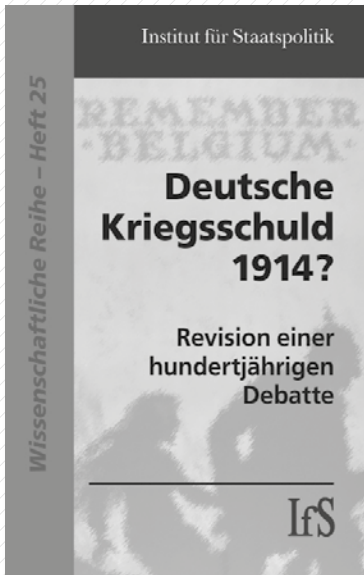
Adelbert von Chamisso: *Peter Schlemihls wundersame Geschichte*, Nürnberg 1814;

Manfred Kleine-Hartlage: »Neue Weltordnung« – *Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?*, Schnellroda 2011;

Friedrich Georg Jünger: *Die Titanen*, Frankfurt a.M. 1944.

Institut für Staatspolitik

Studien 24 und 25



Deutsche Kriegsschuld 1914? Revision einer hundertjährigen Debatte

40 S., brosch., 5 €

Die alliierte Propagandalüge der deutschen Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg wurde in der Bundesrepublik zu einem Dogma erhoben. Während es bis in die sechziger Jahre noch Widerstand gegen die »Selbstverdunkelung deutschen Geschichtsbewußtseins« (Gerhard Ritter) gab, setzte sich dann die Rede vom »Griff nach der Weltmacht« (Fritz Fischer) durch. Die neuesten Forschungen revidieren diese einseitige Sicht. Die neue Studie des IfS zeichnet die Debatte nach und faßt die Ergebnisse zusammen.

Ansturm auf Europa. Ist das Grundrecht auf Asyl noch zeitgemäß?

44 S., brosch., 5 €

Schätzungen zufolge befinden sich derzeit 18 Millionen Afrikaner auf der Flucht, meist Richtung Norden. Deutschland garantiert allen politisch Verfolgten Asyl und droht daher mit dem Ansturm komplett überfordert zu werden. Damit erweist sich dieses Grundrecht in unserer heutigen mobilen Gesellschaft als völlig untauglich und ist ein Einfallstor für größte soziale Konflikte. Wer hat Interesse an dieser Zuspitzung? Welche Konsequenzen folgen daraus? Die Studie des IfS beurteilt die Lage und zeigt notwendige Konsequenzen auf.



INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel/Fax (034632) 9 09 41 · e-Post institut@staatspolitik.de

www.staatspolitik.de

Demokratische Architektur?

von Norbert Borrmann

Offenheit, Transparenz, das Nichthierarchische – mit diesen oder ähnlichen Schlagworten wird eine »demokratische Architektur« belegt, in der sich die Grundwerke einer demokratischen Zivilgesellschaft sichtbar widerspiegeln sollen. In der Praxis bedeutet das nicht zuletzt viel Glas; denn wo viel Glas ist, ist augenscheinlich auch viel Transparenz. Steht der Bürger etwa vor einem »demokratischen« – also gläsernen – Parlamentsgebäude, so kann er anscheinend bereits von außen verfolgen, was die Parlamentarier im Inneren treiben. Es herrscht Transparenz. Außerdem hat ein »demokratisches Bauwerk« auf jegliche einschüchternde Symbolsprache zu verzichten. Status- und Machtzeichen, Hierarchie, ein klares Oben und Unten sind zu meiden. Keiner darf sich ausgeschlossen fühlen. Alles soll für alle zugänglich sein, Offenheit ist ein Grundprinzip.

Werden diese Vorgaben umgesetzt, so ergibt sich für das »demokratische Bauen« beinahe zwangsläufig auch eine bestimmte Formensprache, nämlich die der Moderne. Doch ist eine moderne Formensprache tatsächlich eine notwendige Voraussetzung für das Bauen in einer Demokratie? Das kann allein deshalb nicht zutreffen, weil die Demokratie viel älter ist als die Moderne. Im klassischen Griechenland baute man weder modern noch »demokratisch«, aber dafür entwickelte man sowohl die Grundlagen der Demokratie als auch die der abendländischen Baukunst. Es ist daher durchaus folgerichtig, daß man in den ersten neuzeitlichen Demokratien auf eine klassische Formensprache zurückgriff. So ist das Kapitol in Washington nicht »transparent«, sondern klassizistisch (Abb. 1). Selbstverständlich ist das Bauwerk symmetrisch ausgerichtet, und die Straßen der Planstadt Washington laufen axial auf das Kapitol zu – gleiches gilt für das Weiße Haus. Es herrscht also eine klare »Hierarchie« in der Architektur und im Stadtgrundriß vor, was nicht zuletzt der Erkenntnis Ausdruck verleiht, daß sich so am einfachsten und überzeugendsten räumliche Wirkungen erzielen lassen.

Auch die französische Revolutionsarchitektur, die im Gefolge von 1789 auf dem Papier entstand, ist klassizistisch, hierarchisch und nicht zuletzt monumental. Aber die Demokratie kann sich genausogut für das »finstere« Mittelalter als architektonisches Vorbild entscheiden, wovon das neugotische House of Parliament in London zeugt.

Die Verbindung von Architektur und »Moral« und damit auch von »Demokratie« ist weitgehend ein neueres Gewächs und entwickelte sich in dieser Form erst mit dem Aufkommen der Moderne in den 1920er Jahren. Man beschwor Ehrlichkeit, Wahrheit der Konstruktion, Wahrheit des Materials, Zweckmäßigkeit, Funktionalität, Standardisierung, Demokratisierung, Licht, Luft, Sonne, Transparenz – und immer wieder rückte man das Glas in den Mittelpunkt des neuen Bauens, als Bringer von Licht und Transparenz. So reimte Paul Scheerbart 1920 in seinen (ernstgemeinten) »Sprüchen für das Glashaus« unter anderem: »Glück ohne Glas – /

wie dumm ist das! ... Ohne einen Glaspalast / ist das Leben eine Last. ... Das Glas bringt alles Helle / Verbaut es auf der Stelle.« Und der Bauhäusler und Kommunist Hannes Meyer erläuterte seinen Wettbewerbsentwurf für den Genfer Völkerbundpalast (1926) mit folgenden Worten: »... keine säulengespickten empfangsräume für müde souveräne, sondern hygienische arbeitsräume für tätige volksvertreter. keine winkelgänge für die winkelzüge der diplomaten, sondern offene gläseräume für die öffentlichen unterhandlungen offener menschen.«

Ethisches Pathos und missionarischer Eifer sind kennzeichnend für die Architekten der Moderne. Doch hinter ihrer »Moral« stand von Anbeginn ein ungeheurer Machtanspruch: Wer diesen aufgeladenen Weg in die Moderne nicht mitging, vertrat nicht einfach nur eine andere Meinung, sondern war statt modern reaktionär, statt ehrlich verlogen, statt vernünftig unvernünftig, statt Lichtbringer nur ein Statthalter von Hinterhalt und Finsternis.

Der Thematik »demokratische Architektur« gab nach dem Zweiten Weltkrieg ein Fachfremder, der Jurist und Bundestagsabgeordnete Adolf Arndt, neue Nahrung. 1960 hielt er in der Akademie der Künste in West-Berlin eine Rede mit dem Titel »Demokratie als Bauherr«, die in der Architektenschaft eine breite Resonanz fand, bald im Druck vorlag und immer wieder neu aufgelegt wurde. Zwar verwies Arndt auf die Schwierigkeit, dem Gedanken der Demokratie architektonisch Gestalt zu verleihen, zumal Parlamentarier und Behörden zumeist weit weniger klare Bauvorstellungen haben als ehemals Fürsten und Kirchenoberen, gleichwohl zeigte Arndt sich optimistisch in der Annahme, daß demokratische Verhältnisse – positiv – mittels Architektur abgebildet werden könnten. Der Nichtfachmann Arndt verzichtete darauf, konkrete Formvorstellungen zu entwickeln, aber er sprach davon, daß die Architektur in der Demokratie neben Mitmenschlichkeit auch Durchsichtigkeit und Zugänglichkeit ausdrücken



Abb. 1: Viel Säulenordnung, wenig Glas: das Kapitol in Washington



Abb. 2: Das Bonner Abgeordnetenhaus, der »Lange Eugen« (1968, linkes Gebäude) von Egon Eiermann. 2005 wurde das Haus als »Zeugnis für politische Kultur und demokratisches Bauen« unter Denkmalschutz gestellt

solle. Außerdem lehnte er jegliche Bauverkleidung und dadurch auch das Ornament und die überlieferte Architektursprache als etwas Verschleiernes ab; denn, so Arndt: »Die architektonische Bauverkleidung entstammte einer Zeit, die viel verbarg und viel zu verbergen hatte. Die architektonische Verkleidung der Bauten war nicht funktionslos; sie hatte die politische Funktion des Verheimlichens. Sollte es nicht einen Zusammenhang geben zwischen dem Öffentlichkeitsprinzip der Demokratie und einer äußeren wie inneren Durchsichtigkeit und Zugänglichkeit ihrer öffentlichen Bauwerke?«

Schaut man sich die seither gebaute Umwelt an, fällt es allerdings schwer, Arndts Optimismus zu teilen. Das gilt auch gerade für die einstige Bundeshauptstadt Bonn; denn »demokratisches Bauen« drückt sich

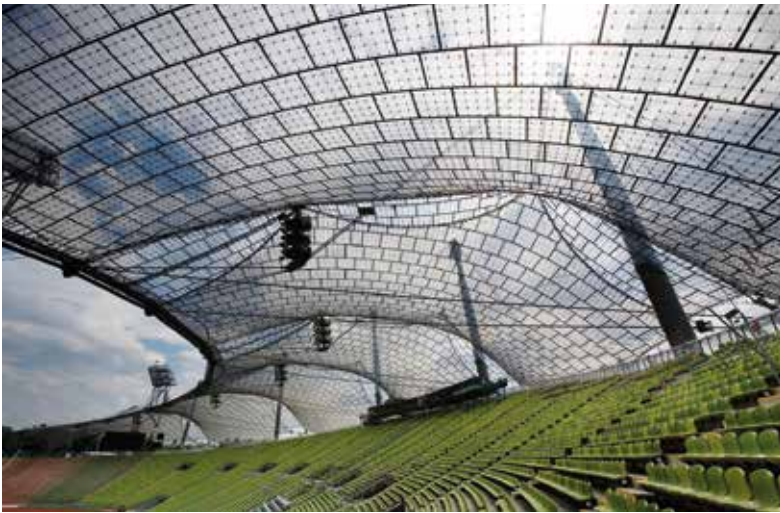


Abb. 3: Das transparent »schwebende Dach« des 1967–1972 von Günter Behnisch errichteten Olympiageländes in München sollte dem Ausland eine weltoffene Bundesrepublik präsentieren

Schaumburg als historische Bauten hätte der Bundesbürger wahrscheinlich kaum eine visuelle Vorstellung mit dem Regierungssitz Bonn verbinden können. Die Parteizentralen der CDU (1965) und SPD (1976) oder das Bundeskanzleramt (1976) sind in ihrer Banalität kaum zu übertreffen. Auch das Abgeordnetenhaus, der »Lange Eugen« (1968) von Egon Eiermann, der 2005 als »Zeugnis für politische Kultur und demokratisches Bauen« unter Denkmalschutz gestellt wurde (Abb.2), hat neben seiner »Länge« und Höhe nur wenig einprägsame Züge. Am prägnantesten war noch der von Hans Schwippert errichtete Plenarsaal (1949) des Bundeshauses in Bonn, der an ein vorhandenes Gebäude, nämlich die Pädagogische Akademie (1930–1933), angefügt wurde. Doch ausgerechnet dieser, noch bewußt als Provisorium gebaute Plenarsaal mußte weichen, als die bundesdeutschen Politiker glaubten, sich für immer in Bonn einrichten zu können. Für seinen Neubau wurde ein Architekt beauftragt, der als Exponent des demokratischen Bauens galt und gewissermaßen den demokratischen »Musterbau« errichten sollte: Günter Behnisch.

Behnisch (1922–2010), der im Zweiten Weltkrieg bereits in sehr jungen Jahren zum U-Boot-Kommandanten aufgestiegen war, erlangte vor allem mit dem Bau des Olympiageländes (1967–1972) für die Olympischen Sommerspiele in München Berühmtheit. Besonders das mit Frei Otto entwickelte »schwebende Dach« sorgte für Furore (Abb. 3). Man feierte Behnisch als »Baumeister der Demokratie« und »Verfechter des demokratischen Bauens ohne jede Status- und Machtsymbolik«, der der Welt »Freiheit in gläsern-luftigen Formen« schenke.

Als 1992 der neue, von Behnisch entworfene Plenarsaal eingeweiht wurde, hatte der sich bezüglich seiner Funktion bereits überlebt: 1989 war die Mauer gefallen, 1990 hatte die deutsche Wiedervereinigung stattgefunden, 1991 hatte der Bundestag – mit knapper Mehrheit – beschlossen, in die alte und neue Hauptstadt Berlin umzuziehen. Gleichwohl avancierte der Bau, dessen Planung bereits bis zum Jahr



Abb. 4: Der Bonner Plenarsaal (1992) von Günter Behnisch. Der gläserne Bau wurde zum Musterbeispiel »demokratischer Architektur«

1976 zurückreichte, zum Prototyp des »demokratischen Parlamentsgebäudes« (Abb. 4), dessen »transparente«, »offene« und einschüchternde Symbolik meidende Architektur Vorbildcharakter haben sollte.

Um das zu unterstreichen, erschien gleichzeitig mit der Eröffnung des neuen Plenarbereiches im Bonner Bundeshaus und versehen mit einem Vorwort der damaligen Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita

Süssmuth, die Publikation *Architektur und Demokratie*. Die Kanonisierung des »demokratischen Bauens« beginnt dort bereits mit dem Vorwort: »Transparenz und Zugänglichkeit des Plenarsaals verdeutlichen demokratische Grundwerte der Freiheit und Offenheit, Vielfalt und Toleranz. Dem Industriebau entlehnte architektonische Gestaltungselemente vermitteln ein Bild des Plenarsaals als ›Werkstatt der Demokratie‹. ... Ich verstehe es als eine Ermutigung für unsere künftigen Aufgaben, daß der Deutsche Bundestag vor seinem Umzug nach Berlin mit dem neuen Plenarbereich in Bonn ein architektonisches Beispiel für demokratische Gesinnung und Baukultur verwirklichen konnte.«

Die Kanonisierung »demokratischer Architektur« bedeutet de facto eine Verengung auf wenige Begriffe wie Transparenz, Offenheit, Durchlässigkeit oder Zugänglichkeit. Diese Schlagworte möchten signalisieren, daß bei »demokratischer Architektur« keine Schwellenangst für den Bürger aufkommen muß. Es soll vielmehr ein Milieu der Kommunikation und zwanglosen Begegnung erzeugt werden. Baulich umsetzen will man dies mit viel Glas und moderner Architektur. Eine traditionelle Formsprache mit Symmetrie, Axialität oder gar Säulenordnung ist hingegen Tabu, da sie angeblich aller Offenheit und auch dem Werkstattcharakter einer Demokratie widerspricht.

Dieses Konzept, das auch auf die neuen Bundesländer übertragen wurde, findet sich in beispielhafter Form in dem von Peter Kulka entworfenen Sächsischen Landtag in Dresden wieder (1994, Abb. 5). Dabei war »Transparenz« der untergegangenen DDR keineswegs fremd, wie sie insbesondere in dem 1976 eröffneten und mittlerweile abgerissenen Ostberliner »Palast der Republik« vorgegaukelt wurde (Abb. 6). Auch die neuen Berliner Regierungsbauten posaunen ihre »Transparenz« laut hinaus. So heißt es zu der Projektbeschreibung (2005) von Braunfels Architekten zu ihren beiden Bundestagsbauten, dem Paul-Löbe-Haus und dem Marie-Elisabeth-Lüders-Haus: »Transparent und offen präsentieren sich die Abgeordneten und Ausschüsse des Deutschen Bundestages im neuen Regie-



Abb. 5: »Demokratische Architektur« in den neuen Bundesländern. Der Sächsische Landtag in Dresden (1994) von Peter Kulka



Abb. 6: »Demokratische Architektur« à la DDR. Der Palast der Republik (1976) in Ost-Berlin, mittlerweile abgerissen

rungsviertel. ... Die Architektur soll die demokratische Haltung und den Anspruch des Deutschen Bundestages an Offenheit und Transparenz vermitteln.«

Selbst die neue Glaskuppel, die der britische Architekt Sir Norman Foster 1999 dem von Paul Wallot gebauten Reichstag (1884–1894) aufsetzte (Abb. 7), sollte nicht einfach nur die zerstörte Glaskuppel ersetzen, sondern zugleich ein Zeichen demokratischer »Transparenz« sein. Um das zu unterstreichen, wurde um die Kuppel eine Dachterrasse angelegt, die offen für Besucher ist. Außerdem befindet sich im begehbaren Kuppelinneren ein trichterförmiges Lichtumlenkelement mit Spiegeln, das Tages-

licht in den zehn Meter tiefer gelegenen Plenarsaal führt, so daß »Innen« und »Außen« symbolträchtig vereint werden.

»Eine demokratische Architektur kann es genausowenig geben wie eine demokratische Suppe«, äußerte der Architekturtheoretiker Vittorio Magnago Lampugnani. Architektur kann abweisend oder einladend, gut oder schlecht, traditionsgebunden oder modern, entortet oder verortet



Abb. 7: Die von Norman Foster errichtete »demokratische« Kuppel (1999) auf dem Reichstagsgebäude in Berlin

sein, aber kann sie auch demokratisch sein? Wenn der Baustoff Glas per se Transparenz und eine Verbindung mit innerem und äußerem Geschehen bewirken könnte, müßten dann nicht die Glaspaläste der Hochfinanz (Abb. 8) Musterbeispiele von Transparenz, Offenheit und Demokratie sein? Oder kann Glas auch verschleiern, indem es eine Offenheit suggeriert, die gar nicht existiert? Hinzu kommt, daß die heutigen Sicherheitsbestimmungen an Regierungsbauten die ständig beschworene »Offenheit« und »Transparenz«

stark einschränken. Tatsächlich waren die steinernen Parlamentsbauten des 19. Jahrhunderts zu ihrer Zeit für das Publikum weit offener und transparenter, einfach weil sie leichter zugänglich waren.

In Wirklichkeit ist »demokratische Architektur« nicht einmal so demokratisch, wie die Deutsche Demokratische Republik demokratisch war – immerhin fanden in der DDR wenigstens Scheinwahlen statt, während die »demokratische Architektur« höchst autoritär und unter vollkommenem Ausschluß des Demos von der Architektenschaft und ihren Unterstützern in Politik und Medien proklamiert wurde. Bezeichnenderweise ist »demokratische Architektur« ein bundesdeutsches Phänomen, das in dieser Form in anderen Ländern nicht vorzufinden ist. Sie ist ein Kind der BRD-Gesellschaft. Der unausgesprochene Antrieb dürfte der sein, daß man aller Welt zeigen möchte, wie man nach erfolgtem »Lernprozeß« aus



Abb. 8: Viel Glas, viel Transparenz, viel Demokratie? Deutsche Bank, Frankfurt a.M.

der Geschichte jetzt alles »richtig« macht. – Es ist der Musterschüler, der »demokratische« Musterhäuser baut.

Daneben gedeihen – gewissermaßen als Ausfluß »demokratischer Architektur« – allerlei Narreteien. Adolf Arndt sprach sich in seinem Vortrag »Demokratie als Bauherr« gegen die »architektonische Bauverkleidung« als Relikt einer überwundenen, vordemokratischen Epoche aus. Ein Resultat einer solchen Sichtweise war beispielsweise, daß sich der Westberliner Senat dazu entschloß, Hausbesitzer zu honorieren, die den Stuck von ihrer Gründerzeitfassade abschlugen, galt dieser doch als die verlogene Dekoration einer bereits zu ihrer Zeit überlebten, feudal geprägten Gesellschaftsform. Außerdem war der Stuck »diskriminierend« angebracht, da

nur die Straßenseiten damit herausgeputzt waren, während die Hofseiten stuckfrei blieben. Die Narretei des Stuckabschlagens wurde erst eingestellt, als ohnehin nicht mehr viel zu retten war und sich die einst reichgeschmückten Straßenzüge kahl und öde zeigten.

»Gegen Diskriminierung« lautet auch das unausgesprochene Motto »antihierarchischer« Architektur. Ein Musterbeispiel dafür stellt die sogenannte, zur Freien Universität Berlin gehörende »Rostlaube« dar. Die Architekten Candilis, Josic und Woods wollten mit der von 1967–1972 errichteten Rostlaube eine »antihierarchische Raumordnung« demonstrieren.



Abb. 9: Dank engagierter Bürger tagt der brandenburgische Landtag seit 2014 nicht in »demokratischer Architektur«, sondern im wiederaufgebauten Potsdamer Stadtschloß

ren. Diese konnte man bereits äußerlich daran erkennen, daß die »gleichberechtigten« Haupt- und Nebeneingänge nur an der Anzahl der hinaus- und hineingehenden Personen zu unterscheiden waren, was 2006, wegen der daraus resultierenden Unübersichtlichkeit, zu einer Neugestaltung des Haupteinganges führte. Im Inneren ist der sich großflächig ausdehnende Gebäudekomplex mit einem Netz weitgehend »gleichberechtigter« Straßen durchzogen, dessen Numerierung nicht mit »1« oder gar »1A« beginnt, hätte das doch ein Privileg bedeutet. Sie fängt vielmehr irgendwo mitten im Zahlenbereich an und hört ebenso mittendrin wieder auf. Da im Inneren der Rostlaube zudem stets die gleichen Bauelemente wiederkehren, fällt es schwer, sich in ihrer »antihierarchischen« Architektur zu orientieren, was nicht gerade benutzerfreundlich ist. Seit 2013 können sich daher die Studenten mittels einer digitalen Wegeleitung durch den Gebäudekomplex führen lassen. Offensichtlich schafft erst der Mut zur Hierarchie Klarheit!

Im Regelfall wünscht sich der Bürger keine demokratische Suppe, sondern eine schmackhafte. Ähnlich dürfte es sich mit der Architektur verhalten: Er verlangt keine »demokratische Architektur«, sondern eine, die ihn anspricht und mit der er sich identifizieren kann. Die sieht aber offensichtlich ganz anders aus, als Architekten sich das wünschen. Glas, Stahl und Beton, die Lieblingsbaustoffe der Architekten, werden oft als abweisend empfunden. Weit ansprechender sind Elemente einer traditionelleren Architektursprache wie: bauliche Details, Ornament, Symmetrie oder Naturstein – kurzum all das, was heutige Architekten meiden wie die Pest. Das macht auch verständlich, warum die Rekonstruktionsbewegung – der Wiederaufbau im Krieg zerstörter Bauwerke – in breiten Bevölkerungskreisen Rückhalt findet. Dabei geht es dem »Volksempfinden« weniger um Denkmalpflege oder um eine historisch korrekte Rekonstruktion. Es besteht vielmehr der Wunsch, anstelle der abweisenden und beliebigen Bauten der Moderne eine Architektur mit Identifikationsfaktor zu errichten. Dieser Wunsch konnte sich mittlerweile sogar im Kernbereich »demokratischer Architektur« – dem Parlamentsbau – durchsetzen. Gegen den wütenden Protest der Brandenburgischen Architektenkammer gelang es nicht zuletzt einer engagierten Bürgerschaft, den Wiederaufbau des ehemaligen Potsdamer Stadtschlusses als neuen Sitz des brandenburgischen Landtages, anstelle eines »demokratischen« Glaskastens, durchzusetzen (Abb. 9).

»Demokratische Architektur« gibt es nicht. Sollte es sie doch geben, dann wäre sie – nach Meinung der Architektenschaft und ihrer Verbündeten in Politik und Medien – von ihrer Gestalt her vor allem eines: undemokratisch. ■

Literaturhinweise:

Adolf Arndt: *Demokratie als Bauherr*, Berlin (West) 1961;

Guido Brendgens: *Demokratisches Bauen. Eine architekturtheoretische Diskursanalyse zu Parlamentsbauten in der Bundesrepublik Deutschland*, Aachen 2008;

Ingeborg Flagge; Wolfgang Jean Stock (Hrsg.): *Architektur und Demokratie. Bauen für die Politik von der amerikanischen Revolution bis zur Gegenwart*, Hrsg. für den Deutschen Bundestag mit einem Vorwort von Rita Süßmuth. Stuttgart 1992.

Der Jargon der Demokratie

Ein Gespräch mit Frank Böckelmann,
Herausgeber der Zeitschrift *Tumult*

SEZESSION: Herr Böckelmann, hat die Demokratie als Regierungsform eine eigene Sprache ausgebildet?

BÖCKELMANN: Die repräsentative Demokratie hat sich ihre eigene selektive Sprachregelung zugelegt. Bestimmte Formeln sind willkommen, vor allem jene, die großzügig klingen, bestimmte Ausdrücke sind verpönt, vor allem solche, die Festlegung vermuten lassen. Das ist eine eigene Sprachregelung im wörtlichen Sinn: Die Demokratie will immerzu von sich selbst sprechen. Sie beschwört sich selbst. Nicht nur Politiker, Lehrer und Journalisten, alle Bürger werden dazu angehalten, ja zur Demokratie zu sagen (obwohl doch niemand nein sagt), und dabei sofort das stärkste Geschütz aufzufahren, den Vergleich mit der Diktatur. Dieses ständige Mobilisieren und Vergleichen gehört zum Wesen der Demokratie. Sie präsentiert sich nämlich als Daueraufgabe, einerseits als Errungenschaft, die gefährdet ist und verteidigt werden muß, andererseits als Fernziel, dem wir uns in Sisyphusarbeit zu nähern haben. Gut demokratisch ist nur die unaufhörliche Demokratisierung. Als die besten Demokraten gelten diejenigen, die Legitimationsdefizite geißeln, die Korruption des Führungspersonals entlarven und Verstöße gegen Bürgerrechte aufdecken.

Das Demokratie-Projekt gesteht bereitwillig Mängel und Verfehlungen ein. Auf diese Weise geraten seine Geburtsfehler und seine bleibenden Übel aus dem Blickfeld.

SEZESSION: Über diese Geburtsfehler und bleibenden Übel der Demokratie würden wir gerne ein bißchen mehr erfahren ...

BÖCKELMANN: Vor gut einhundertachtzig Jahren hat der französische Staatsdiener Alexis de Tocqueville die Vereinigten Staaten bereist. Er wollte die segensreichen Folgen des »Verlangens nach Gleichheit« kennenlernen und mit ihnen seine reaktionären Landsleute bekehren. Es war eine Reise in die Ernüchterung. Sein zweibändiges Werk *De la démocratie en Amérique* (1835 und 1840) verblüfft den heutigen Leser auf höchste: Das sollen Beobachtungen vor hundertachtzig Jahren gewesen sein? Sie erscheinen wie

neueste Befunde, manche wie Wahrnehmungen eines kalten postmodernen Blicks. De Tocqueville erlebt ein »Schauspiel universeller Einförmigkeit« und ahnt, daß »die Art der Unterdrückung, die den demokratischen Völkern droht, mit nichts, was ihr in der Welt vorausging, zu vergleichen sein« wird.

De Tocquevilles Fazit: In Amerika fehle das »gemeinsame Interesse«. An dessen Stelle trete die Gleichförmigkeit als Gebot der öffentlichen Meinung. Eine unpersönliche »Vormundschafsgewalt« bedecke »die Oberfläche der Gesellschaft mit einem Netz kleiner, verwickelter, enger und einheitlicher Regeln« – fast glauben wir, Michel Foucault zu lesen.

SEZESSION: Das sind doch zwei verschiedene Dinge: Die Tyrannei der Mehrheit ist das eine. Das andere ist das Recht jeder Regierungsform, den eigenen Bestand zu verteidigen. Interessant an der Demokratie ist in diesem Zusammenhang doch vor allem, daß sie den Abweichlern sozusagen als »unsichtbarer Gegner« entgegentritt – oder eben gerade nicht »tritt«, sondern in Form einer permanenten Selbstkontrolle »anwest«.

BÖCKELMANN: Die stürmische Einforderung des Rechts auf Meinungsfreiheit hat eine Kehrseite. Gewiß, die Demokratie schüttelt den Absolutismus ab. Kämpfer für Freiheit und Gleichheit bieten Alleinherrschern die Stirn. Aber sobald die Meinungsfreiheit sich verabsolutiert und zur Doktrin wird, dient sie als Alibi für Willkür. Politische und wirtschaftliche Interessengruppen wetteifern darin, der Mehrheit von heute und der mutmaßlichen Mehrheit von morgen gefällig zu sein – im Namen der Meinungsfreiheit. In allen bürgerlichen Milieus herrscht der »Höflingsgeist der großen Menge«.

Die gewählten Machthaber bestimmen, von wem und wovon sie die Demokratie bedroht sehen. Mit Vorliebe entlarven sie ihre Rivalen als Freiheitsfeinde, somit als absolute Feinde. Wer möchte schon in Verdacht geraten, einer dieser Feinde zu sein? Die meisten Abweichler geben klein bei und machen ihre Gedanken verträglich. Sonst würde ihnen als vorgeführten Menschenfeinden ein Leben drohen, das »schlimmer als der Tod« ist.

SEZESSION: Dies bedeutet mit anderen Worten doch nichts anderes, als dem Abweichler die Zurechnungsfähigkeit abzusprechen, oder besser so etwas wie die guten Umgangsformen: Wer wirklich ein Demokrat ist, ahnt, wo die Abweichung begänne. Wer es nicht ahnt und sich nicht selbst kontrolliert, muß zurechtgewiesen werden, aber man hat doch mittlerweile den Eindruck, daß es nicht mehr um Erziehung, sondern um Verstoßung gehe.

BÖCKELMANN: Das ist Verstoßung, öffentlicher Rufmord. Aber nicht mehr aus Gründen tief eingewurzelter Gesinnung – so wie einst der Katholik den Hugenotten totschrug –, sondern im Eifer der Reaktionsbildung. Man wütet gegen die Ahnung, die Orientierung verloren zu haben. Die Selbstgerechten vollziehen ein hypermoralisches



sches Ausschlußritual. Sie bauen einen Popanz auf, der an das Böse von früher erinnert, und dreschen auf ihn ein. Großes Entrüstungstheater ersetzt Gesinnung und Haltung.

Es gibt ein Grundmuster demokratischer Rhetorik, Konsenshörigkeit und Vormundschaft, das gleichgeblieben ist bis auf den heutigen Tag. Dennoch – auch ein de Tocqueville konnte nicht ahnen, wohin die Standardisierung der öffentlichen Sprache und Weltanschauung in der spät- und nachbürgerlichen Ära führen würde. Im 19. Jahrhundert konkurrierten noch die Ordnungsideen des Liberalismus, des Konservatismus und des Sozialismus. Noch wurde ein Gemeinwille des Volkes und seiner Repräsentanten beschworen. Heute klingt schon die Übersetzung von *demos* verdächtig.

SEZESSION: Ja, das Volk! Teilen Sie die Überzeugung, daß seine schiere Masse und seine mit Händen zu greifende Heterogenität die Meinungsfindung mittels Dialog und Differenzierung verzerrt hat in eine Meinungs-PR mittels Parole und Emotion? Oder war die demokratische Meinungsbildung schon immer eine Sache der Wenigen, also ein sprachliche Elitenangelegenheit?

BÖCKELMANN: Die öffentliche Meinung war und ist vor allem der Tummelplatz einflußreicher Kräfte, die wortgewandte Sprecher gewähren lassen – heute ist daraus allerdings eine Insider-*Farce* geworden. Der Wirbel um das Fetischwort

»Demokratie« kaschiert heute einen weit größeren Mangel als den an Legitimation. Wo steckt er denn, der Souverän? Bei Wahlen bewähren sich die »Berechtigten« wie ein Publikum, das probeweise abstimmt und zeigt, wie man politische Verantwortung trägt. Ebenso bei Umfragen. Eine große Menge von Einzelnen wird zu einer nachdrücklich empfohlenen Übung einberufen. Konsenswähler oder Protestwähler, man unterzieht sich der Prüfung und genießt den Lernerfolg: die Angebote zugeordnet und eines von ihnen angenommen zu haben. Nach der Befragung läuft das Wahlvolk auseinander. Für andere Bekundungen fehlen ihm die Worte und die Ermächtigung. Die entscheidenden Weichenstellungen – Westbindung, EU, Grenzen der EU, Euro, Finanzmärkte, Zuwanderung – stehen sowieso nicht zur Wahl. Doch das beklage ich nicht. Denn die vollendete Demokratie wäre die vollendete Schreckensherrschaft.

Was eint das Wahlvolk? Ständig wird dem Publikum vor Augen geführt, wie schäbig es sei, sich irgendwie ein- und auszugrenzen, leibhaftig, sprachlich, in kollektiver Erinnerung, territorial, charakterlich. Wie rassistisch es doch sei, noch Volk sein zu wollen. Aber ist denn eine Ansammlung Einzelner in der Lage, einen Gemeinwillen auszubilden und Mandatsträgern und Institutionen Aufträge zu erteilen? Und dann auch noch gemeinsam die Konsequenzen zu tragen? Zusammenkommen und abordnen können nur Landsleute, die wissen, daß sie etwas Besonderes, etwas Eigentümliches sind.

Man kann einwenden, »das Volk« sei immer nur ein Konstrukt des Wunschs nach Gemeinsamkeit zwischen sehr Verschiedenen gewesen. Aber dann blendet man die Entwicklung von der frühen Demokratie zur Massendemokratie aus. Bis tief ins 20. Jahrhundert hinein wurzelt die Willensbildung nicht im Problemverständnis von Individuen, sondern in der gemeinsamen Erfahrung von Angehörigen. Sie steigt sich unter Verwandten, Nachbarn, Ansässigen, Nachkommen, Schicksalsgenossen, Kollegen, Kameraden, Überlebenden, Gläubigen, Anrainern, Biederen und Abweichlern. Unabhängig davon, ob sie in Parteien und Parlamenten vertreten waren. Zur Herausbildung eines eigenen Willens bedurfte und bedarf es der Anderen. Der politische Wille bahnt sich an im Geflecht von Erinnerungen und Erwartungen in einer gemeinsamen Nahwelt. Momentpersönlichkeiten finden zu keiner gemeinsamen Haltung.

SEZESSION: Jene Parolen, die sich beispielsweise in gebräuchlichen Schlagworten wie »Emanzipation«, »Selbstbestimmung«, »Toleranz«, »Vielfalt« manifestieren oder – auf Alltagsniveau abgesenkt – zum »locker bleiben«, »sich ausprobieren« mahnen: Jener »Jargon der Welt-offenheit« – so heißt ja Ihr neues Buch – ist doch ein genuin linker Diskursstil. Oder doch nicht? Täuscht der Eindruck, und all jene Universalmaximen sind (durch die Stimme derer, die sie im Munde führen) in Wahrheit von jeder politischen Richtungszuweisung befreit?

BÖCKELMANN: Ich erstickte jede Gegenrede, wenn ich »Selbstbestimmung« fordere, oder »Chancengleichheit« oder »Toleranz« oder »Vielfalt« oder »Weltoffenheit«, oder mein Verhalten mit ihnen rechtfertige. Ich werde unangreifbar. Die Berufung auf »Demokratie« ist ebenfalls unangreifbar, aber sie hat etwas Offiziöses und paßt am besten in Leitartikel und Parlamentsreden. Die Begriffe »Selbstbestimmung«, »Toleranz« usw. hingegen werden inflationär gebraucht, ohne daß dies ihre Geltung und ihre Wirkung beeinträchtigt.

Was sind das für Postulate? Im Anschluß an Panajotis Kondylis und Peter Furth nenne ich sie die Imperative der Massendemokratie. »Selbstverwirklichung«, »Authentizität«, »Chancengleichheit«, »Pluralismus« und »Hedonismus« (=Entgrenzung) sind die Leitmotive der gleichschaltenden Individualisierung auf den Massenmärkten des 20. Jahrhunderts.

Wer will, kann den Jargon von »Selbstbestimmung«, »Vielfalt«, »Weltoffenheit« usw. auch als linke Sprechweise bezeichnen. Ich halte eine solche Etikettierung für unsinnig und mißverständlich. Besser wäre es, den Jargon als eine Art von Begriffskapital zu verstehen, gegen alles konvertierbar.

SEZESSION: Sie schreiben, das Logo »links« mit seinen assoziierten Attributen »gleich«, »frei«, »offen« werde heute als Gütesiegel verramscht. Die Gefälligkeit dieser Etiketten besiegle den Untergang der Linken. Wer heute gegen den Weltoffenheitsjargon argumentiert, wird als »rechts« gebrandmarkt oder bezeichnet sich selbst so. Sie werten solchen gegenläufigen, also rechten Aktivismus als »fatalen Irrtum«. Warum? Aus marketingtechnischen Erwägungen?

BÖCKELMANN: Argumentation ist noch kein Aktivismus. Unter diesem verstehe ich Aktionen um der Aktion willen, »um überhaupt etwas zu tun«, verzweifelte Umsturzversuche unter Mißachtung des Grundsatzes »Erkenne die Lage!«. Niemand kann sich dem »Jargon der Weltoffenheit« völlig entziehen. Er speichert eine mindestens hundert Jahre lang erbrachte Kompensationsleistung (Selbstverfügbarkeit gegen Tradition). Er gehört zu unserem epochalen Geschick. Auf die eine oder andere Weise spricht ihn jeder von uns. Wer nur auf die Kraft individueller Entscheidung setzt, beansprucht eben »jene Wahlfreiheit, für welche die Demokratie der Chancenträger Reklame macht« (*Jargon der Weltoffenheit*, S. 72). Statt dessen müssen wir auf Ereignisse lauern, die uns zeigen, wie sich unser epochales Geschick bereits ändert – siehe das letzte Kapitel meines Buches. Das ist Erkundungsarbeit, die nur der neugierige Einzelne verrichten kann. Nur ein Abenteurer, der imstande ist, sich überraschen zu lassen. Wir können von solchen Erschütterungen und Brüchen berichten – und sie tätig vertiefen.

SEZESSION: Dies legt welchen Schluß nahe? Die Lage zu akzeptieren und gegen den betonierten Jargon nicht anzurennen, wäre also keine

Mimikry, sondern ein vernünftiges Sich-Dreinschicken in die Machtverhältnisse?

BÖCKELMANN: Darüber entscheidet eben nicht der Einzelne. Wir müssen beides sehen, den im Brustton der Selbstverständlichkeit hergebeteten Schwulst und die Risse im Sprachbeton. Wir hören nicht enden wollende Appelle, uns zu öffnen und dabei ganz wir selbst zu sein. Dieser Jargon bleibt vorerst unanfechtbar, aber die Welterfahrung – wie soll ich sagen? – verdünnt sich. Im Verständigungsbetrieb verblassen die Dinge. Das Einzigartige wird lästig. Zu viel. Wir versuchen, es abzuspeichern und aufzuschieben. Die Ereignisse sortieren wir nach Plus und Minus, hilfreich und hinderlich, je nachdem, ob sie unsere Selbstverfügbarkeit steigern. An die Stelle der Außenwelt tritt eine Wahrnehmungsbuchhaltung. Die Frage ist, wie das Leiden am Weltverlust Sprache und politische Schlagkraft gewinnt.

SEZESSION: Was ist denn Ihre eigene Antwort? Welchen Sitz im Leben der bundesdeutschen Demokratie hat eigentlich die von Ihnen verantwortete Zeitschrift *Tumult*? Sie agiert ja sprachlich auf hohem, teils kryptischem Niveau. Gibt es einen Subtext?

BÖCKELMANN: Der Subtext ist die Suche nach Erkenntnis ohne das Richtmaß utopischer Leerformeln. Ein hartnäckiges intellektuelles Strampeln – die Spontaneität spricht nämlich Jargon. Kryptisch? Da müssen Sie langsamer lesen. *Tumult* hat sich einer nüchternen Welterfahrung verschrieben. Das Organ hat übrigens einen Untertitel: *Vierteljahresschrift für Konsensstörung*. Utopiefreie Sicht auf Ereignisse macht staunen. Man reibt sich die Augen. Überraschung: Entgegen der Einheitsmeinung in den tonangebenden Medien expandiert die Sympathie mit der russischen Sicht auf die Vorgänge in der Ukraine, das heißt, mit der Alternative eines eurasischen Nichtwestens. Wir wollen nicht in Rußland leben, aber auch nicht mehr in der Pax americana, und zerran am Wattlepanzer von Disneyland. Überraschung: Im Zeichen von Sauberkeit, Natürlichkeit und Sicherheit durch sanfte erneuerbare Energien verwandeln wir die Landschaft in einen Industriepark, das Gegenteil des Erstrebten. Überraschung: Die Spiele auf den Finanzmärkten finden ohne Subjekte, ohne Drahtzieher und ohne letzte Profiteure statt. Diagnose: letztlich unregulierbar. Überraschung: Der Hunger nach Anwesenheit und Zugehörigkeit schwillt an.

Alles in allem bedeutet dies: Jargon und Jargonwelt beginnen zu erodieren. Diese Erosion zu unterstützen, vielleicht gar, sie zu beschleunigen, ist alles andere als aktionistisch. Es setzt auf Übermächtiges und Unabsehbares. Darauf setzen Revolutionäre, Gläubige und Liebende seit jeher. Kühnheit in Demut. ■

Das Gespräch führten Ellen Kositzka und Götz Kubitschek in schriftlicher Form

AUS UNSEREM PROGRAMM



ISBN 978-3-902732-24-8

Guntram Schulze-Wegener

DER ERSTE WELTKRIEG IM BILD

Deutschland und Österreich an den Fronten 1914–1918

266 Seiten mit farbigen Karten und Abb. im Vor- und Nachsatz, über 500 Farb- und S/W-Abb., Hc.

€ 29,90

Die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts beschränkt sich in der heutigen Wahrnehmung häufig auf die Materialschlachten im Westen, die einen ungeheuren Blutzoll forderten und verkarstete Landschaften hinterließen. Dieser aufwändig gestaltete Band thematisiert aber auch die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, den völlig anders gearteten Krieg im Osten und an anderen Fronten sowie die Revolten und Revolutionen am Ende des Krieges mit zum Teil bisher unveröffentlichten Fotos, Gemälden, Zeichnungen, Karten und Dokumenten.

ISBN 978-3-902732-27-9

Helmut Roewer

KILL THE HUNS! – TÖTET DIE HUNNEN!

Geheimdienste, Propaganda und Subversion hinter den Kulissen des Ersten Weltkrieges

512 Seiten, S/W-Abbildungen, Hc.

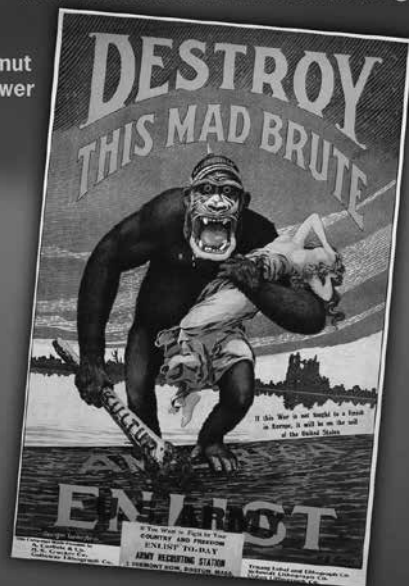
€ 29,90

Der Erste Weltkrieg tobte nicht nur an den Fronten, sondern auch hinter den Fronten in Form von Propaganda und Subversion. Bis heute ist das Märchen, dass deutsche Soldaten nach dem Einmarsch in Belgien angeblich zahlreichen Kindern die Hände abgehackt hätten, in Erinnerung geblieben. Der Kriegspropaganda der Entente gelang es, die Deutschen zu „blutrünstige Hunnen“ zu stempeln, derer sich die freie Welt zu erwehren hätte. Das Buch geht diesem Krieg hinter den Kulissen unter Hinzuziehung von Geheimakten auf den Grund.

Kill the Huns – Tötet die Hunnen!

Geheimdienste, Propaganda und Subversion hinter den Kulissen des Ersten Weltkrieges

Helmut Roewer



ARES VERLAG

ARES VERIAG GmbH

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand über: Bücherquelle Buchhandlungs GesmbH., Hofgasse 5, A-8011 Graz, Tel.: +43/316/821636, Fax: +43/316/835612, E-Mail: office@buecherquelle.at, www.buecherquelle.at

Das Unwörterbuch (Buchstaben A und B)

von Manfred Kleine-Hartlage

ÄNGSTE DER MENSCHEN ERNST NEHMEN
Die Liste der mal mehr, mal weniger verrückten technokratischen Großprojekte, die von deutschen Politikern für → **alternativlos** gehalten werden, ist lang und betrifft alle nur erdenklichen Bereiche: Sie reicht von Stuttgart 21 bis zum Euro, von der Datenschnüffelei bis zur Masseneinwanderung. Wann immer ein solches Projekt auf die öffentliche Kritik seitens derer stößt, die seine Folgen auszubaden haben, findet sich zuverlässig ein Politiker, der versichert, man müsse oder werde »die Ängste der Menschen ernst nehmen«.

Indem er von ihren »Ängsten« spricht, sagt er zugleich, daß er sich *nicht* mit ihren Warnungen, Interessen und Argumenten auseinanderzusetzen gedenke, deren Nichtexistenz oder Gegenstandslosigkeit er somit *en passant* als Selbstverständlichkeit unterstellt. Bevor noch irgendeine Debatte geführt werden kann, hat er bereits als deren Prämisse festgezurr, daß er selbst recht hat und die Bürger nicht.

Da ist es folgerichtig, daß er diese Bürger nicht »Bürger« nennt, sondern »Menschen«, ihnen also keinen politischen, sondern bloß einen biologischen Status zuerkennt. Und folgerichtig ist auch, daß er ihnen nicht zugestehen kann, »Furcht« oder »Sorge« zu empfinden, weil Furcht und Sorge sich nach landläufigem Verständnis auf etwas Konkretes beziehen: Vor Schlangen hat man Furcht, vor Gespenstern Angst.

Nachdem unser Politiker in dieser Weise als Ursache der Mißstimmung die Gefühle »der Menschen« (und nicht etwa seine eigene Politik) dingfest gemacht hat, geht er – um auch wirklich jedes Mißverständnis auszuschließen – auf Nummer sicher und erklärt deren Furcht nicht nur zur »Angst«, sondern zu »Ängsten«, damit niemand über deren diffusen, irrationalen und therapiebedürftigen Charakter im unklaren gelassen wird.

Er erklärt also die Bürger zu Kindern, insofern sie wohl Menschen-, aber keine Bürgerrechte haben, sich vor Gespenstern ängstigen, deswegen der psychotherapeutischen Betreuung bedürfen, in jedem Falle aber zu einem begründeten politischen Urteil nicht in der Lage sind. So legt er in nur zwei Worten gegenüber seinen Mitbürgern und Wählern eine Verachtung an den Tag, die kaum anders erklärbar ist als da-

durch, daß er selbst seinen eigenen Charakter am besten kennt und daher naturgemäß jeden verachten muß, der ihn trotzdem wählt. Und so ist es wiederum folgerichtig, nicht etwa die verachteten Bürger »ernst zu nehmen«, sondern lediglich deren »Ängste« – und auch die nur in dem Sinne, in dem man auch eine faulende Bananenschale »ernst nimmt«, auf der man nicht ausrutschen möchte.

Man könnte dies menschenverachtend nennen, wenn dieser Ausdruck nicht zu den bereits anderweitig besetzten Unwörtern gehörte.

ALTERNATIVLOS

Diese Totschlagvokabel wird ausschließlich von Regierungen und regierungsnahen Institutionen angebracht, während oppositionelle oder zumindest staatsferne Kräfte offenbar keine Verwendung dafür haben. Bereits daran ist sie als Herrschaftsinstrument erkennbar.

Ferner wird sie ausschließlich als Reaktion auf Kritik vorgetragen, das heißt in Kontexten, in denen Alternativen zumindest als gedankliche Entwürfe vorliegen, die Behauptung der »Alternativlosigkeit« mithin von vornherein das Eingeständnis enthält, eine Lüge zu sein.

Allenfalls könnte man behaupten – müßte dann aber auch mit Argumenten belegen –, daß die vorgeschlagenen Alternativen nicht zu den gewünschten Ergebnissen führten, müßte dann aber darlegen, welche Ergebnisse man aus welchen Gründen für wünschenswert hält. Das Wort »alternativlos« (und sein englisches Äquivalent »TINA« – »There is no alternative«) wäre aber ganz überflüssig und würde nicht als Herrschaftsinstrument taugen, wenn es seinerseits mit Argumenten untermauert werden müßte. Eine politische Funktion erfüllt es nur dort, wo eine Regierung in Argumentationsnot gerät und es daher nötig hat, sich von der Beweisspflicht zu entlasten und anstelle des an sich geforderten Arguments eine apodiktische Behauptung vorzutragen.

Diese Behauptung impliziert eine ganze Reihe von höchst problematischen Annahmen: erstens, daß die von der Regierung favorisierten Interessen gleichbedeutend mit dem Interesse der Gesellschaft *schlechthin* seien; zweitens, daß daher Interessen, die mit dem jeweiligen für

»alternativlos« erklärten Projekt kollidieren, von vornherein illegitim seien und daher nicht nur nicht beachtet, sondern strenggenommen nicht einmal vertreten werden dürften; drittens, daß die Regierung – und sie allein – über hinreichend Einsicht verfüge, um zu beurteilen, welche Al-

Ein Lexikon der Unwörter

Der Publizist und erfolgreiche Buchautor Manfred Kleine-Hartlage arbeitet seit einiger Zeit an einem Lexikon der Unwörter. Der Arbeitstitel könnte auch lauten: »Der Jargon der Demokratie von A bis Z« oder »Herrschaftsbegriffe für Demokraten«. Sezession druckt an dieser Stelle die um einige Begriffe gekürzten ersten beiden Buchstaben ab – bei deren Lektüre wuchs in der Redaktion der Hunger nach mehr. Kleine-Hartlages Projekt ist »alternativlos«, und weil wir die »Ängste der Menschen ernst nehmen«, basteln wir an einem »breiten Bündnis«, das die »Aufarbeitung« des Manuskripts vorantreiben und zu einer »Bereicherung« für alle »mündigen Bürger« machen wird. Nächstens mehr.

ternativen existieren und welche nicht; weswegen viertens Kritik nur auf Dummheit oder bösem Willen beruhen könne; fünftens, daß demokratische Verfahren *überflüssig* seien, sofern das Volk die »Alternativlosigkeit« einsieht, und *schädlich*, sofern es sie *nicht* einsieht.

Wo die Alternativlosigkeit herrscht, dankt die Demokratie ab, und Regierungen, die geradezu gewohnheitsmäßig bei allen relevanten politischen Themen das Wort »alternativlos« verwenden, erklären die Demokratie zu einer bestenfalls dekorativen Fassade, hinter der tatsächliche Herrschaftsverhältnisse verschwinden sollten, die aber auf keinen Fall gegen diese Herrschaft ausgespielt werden darf.

ANTI-

Dieses Präfix ist nicht per se ein Unwort, hat aber Implikationen, die zu demagogischem Mißbrauch einladen, und man sollte ihm deshalb mit Mißtrauen begegnen, zumal es in der politischen Sprache der BRD und insbesondere der Linken (→ »Antifaschismus«, → »Antirassismus«, »Antimilitarismus«) nahezu allgegenwärtig ist. Wer kein Interesse daran hat, von findigen Propagandisten manipuliert zu werden, sollte sich daher über diese Implikationen im klaren sein.

Zunächst fällt auf, wie häufig dieses Wort, obwohl es doch eine Negation darstellt, zur Umschreibung der *eigenen*, nicht etwa der *fremden* Position benutzt wird. Wer die eigene Position durch eine Negation definiert, also durch das, was sie *nicht* ist und *wogegen* sie sich richtet, braucht nicht zu sagen, *wofür* er ist und entückt die eigene Position dadurch der Kritik.

Er zieht zugleich eine politische Grenze und definiert eine Front: Die Kehrseite der Selbstbeschreibung als »Antifaschist«, »Antirassist« oder »Antimilitarist« ist die Beschreibung des Andersdenkenden als »Faschist«, »Rassist« und »Militarist«. Indem diese Zuschreibung nicht explizit ausgesprochen, sondern in der Negation »Anti-« versteckt wird, entzieht sie sich wiederum der Kritik und dem Begründungszwang.

Es kommt dann weder darauf an, ob diese Etikettierungen wahr oder wenigstens nachvollziehbar sind, noch darauf, ob sie dem Selbstverständnis der Betroffenen entsprechen. Dies kann im Einzelfall so sein, weswegen das Wort »Anti-«, wie oben erwähnt, nicht *zwangsläufig* ein Unwort sein muß. Ist es aber nicht der Fall, so handelt es sich einfach um eine Feinderklärung. Die Etikettierung ist dann nicht etwa Mittel oder Resultat politischer Analyse, sondern Waffe eines politischen Kampfes, der nicht einmal der Form nach ein Kampf der Argumente ist.

ANTIFASCHISMUS

Dieses Wort entstand in den zwanziger Jahren und erlebte seinen ersten Boom in den Dreißigern, als die Komintern auf eine Volksfront-Strategie setzte und das Bündnis mit nichtkommunistischen Kräften suchte. »Antifaschismus« war der Begriff, der es erlaubte, diesen heterogenen und in vieler Hinsicht widersinnigen Bündnissen ein Etikett aufzukleben, das diese Gegensätze und insbesondere den Machtanspruch der Kommunisten überdeckte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Konzept fortgeführt und etablierte sich endgültig als Tarnideologie der im sowjetischen Machtbereich herrschenden Kommunisten, die damit die nichtkommunistischen Kräfte disziplinierten und als Blockparteien in ihr Regime integrierten. In der DDR war eine »antifaschistische« Haltung identisch mit einer regimekonformen, und selbst die Berliner Mauer erfuhr als »antifaschistischer Schutzwall« noch eine ideologische Verbrämung.

In der heutigen BRD ist »Antifaschismus« das Etikett von politischen Gruppen der extremen Linken, die ihre offenkundige Feindschaft gegenüber der liberalen Demokratie camouffieren, indem sie ihre Feindschaft gegenüber dem »Faschismus« hervorheben und auf diese Weise bis ins bürgerliche Lager hinein salonfähig und vor allem subventionswürdig werden. Zugleich erheben sie unter Berufung auf ihren »Antifaschismus« Anspruch auf zumindest wohlwollende Duldung durch nichtkommunistische Kräfte in Politik und Medien, und sie haben damit häufig selbst dann Erfolg, wenn ihre Methoden offenkundig kriminell sind. Wann immer sich ein → **breites Bündnis** zusammentuk, um rechte Gruppierungen an der Ausübung ihrer Grundrechte zu hindern, kann man sicher sein, daß »antifaschistische«, das heißt linksextreme Gruppen mit von der Partie sind und die Gelegenheit zu gewaltsamen Ausschreitungen sowohl gegen politische Gegner wie gegen Polizeibeamte nutzen, ohne damit ihrer Salon- und Bündnisfähigkeit erkennbar Abbruch zu tun.

Etablierten politischen Kräften wiederum verschafft das Etikett des »Antifaschismus« einen hinreichenden Vorwand, die politisch motivierte Gewaltkriminalität dieser Gruppen mit Nachsicht zu behandeln. Dieser Vorwand ist erwünscht und die Gewalt wird geduldet, nicht weil die von ihr Betroffenen in irgendeinem seriösen Sinne des Wortes »Faschisten« wären – das

sind sie in den seltensten Fällen, es handelt sich vielmehr meist um Kräfte, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen –, sondern weil sie weitverbreitete Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen und damit das Macht-Oligopol der etablierten Parteien bedrohen. Folgerichtig dulden gerade diese etablierten Parteien auch die exzessive Ausweitung des Wortes »faschistisch« auf jede Bewegung, die ideologisch nonkonform ist und Interessen artikuliert, die der Politik des Establishments lästig sind.

Das Wort »Antifaschismus« illustriert exemplarisch die Fußangeln, die in dem Präfix → »Anti-« enthalten sind. Es dient dazu, die eigene Position hinter einer Negation verschwinden zu lassen und damit unkritisch zu machen, und zugleich dazu, dem Andersdenkenden willkürlich ein pejoratives Etikett aufzukleben, wiederum ohne sich der Kritik stellen zu müssen. Es handelt sich um eine semantische Lüge: Dem Wortsinne nach bedeutet »Antifaschismus«, daß man gegen Faschismus ist. In der politischen Praxis dagegen bedeutet es, den, gegen den man ist, zum »Faschisten« zu erklären.

ANTIRASSISMUS

ist Rassismus gegen Weiße.

ANTISEMITISMUS

Es ist heute kaum noch allgemein geläufig, daß das Wort »Antisemitismus« bzw. »Antisemit« nicht immer schon abwertenden Charakter hatte, sondern bei seinem Auftauchen in der politischen Sprache Deutschlands im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts die *Selbstbeschreibung* von Bewegungen war, die die Bekämpfung des gesellschaftlichen Einflusses von Juden ins Zentrum ihrer Programme stellten. Auch dieser Begriff trug damals die Tücke aller Selbstbeschreibungen in sich, die mit dem Präfix → »Anti-« beginnen: Wer gegen Antisemitismus war, mußte wohl *für* die Juden und womöglich deren Agent sein. In einer Zeit, als ethnische Interessengegensätze noch frei artikuliert werden konnten, mußte allein diese Unterstellung den Betroffenen zum unsicheren Kantonisten im Hinblick auf die Interessen des eigenen Volkes stempeln und politisch in die Defensive drängen.

Ist es deshalb gut, daß es heute aus Gründen der Political Correctness verpönt ist, solche Interessengegensätze beim Namen zu nennen? Verschwinden sie aus der politischen Realität, wenn sie aus der Sprache verschwinden? Tatsächlich wurden wohl nur die Vorzeichen vertauscht: War vor hundert Jahren noch gewissermaßen automatisch jeder der Deutschfeindlichkeit verdächtig, der sich für Juden und ihr Interesse an sozialer, politischer und rechtlicher Gleichstellung einsetzte, so wird heute mindestens ebenso gedankenlos und routinemäßig jeder, der sich für die Interessen des eigenen Volkes an seiner Selbsterhaltung einsetzt, ja sogar der, der nur feststellt, daß dieses Volk und seine Interessen überhaupt

existieren, des Antisemitismus verdächtig – und müßte dieser Verdacht um drei Ecken an den Haaren herbeigezerrt werden.

Wer dies nicht glauben möchte, besorge sich – aber bitte antiquarisch oder aus einer Leihbibliothek – das Buch *Was ist Antisemitismus?* von Wolfgang Benz, einem der erfolgreichsten Vertreter der blühenden, da wohlsubventionierten bundesdeutschen Verdächtigungsbranche, der darin unter dem Titel »Überfremdungsangst und Selbstbewußtsein: Der Zorn der Patrioten« aus Briefen an den Zentralrat der Juden in Deutschland zitiert, deren Verfasser sich darin explizit gegen deutschfeindliche Ressentiments verwahren, die von Vertretern ebendieser Organisation geäußert und propagiert wurden. Er zitiert sie aber nicht etwa als Beispiel für die zirkuläre Dynamik von Großgruppenbeziehungen und erst recht nicht, um sich die Kritik an der Deutschfeindlichkeit besagter Funktionäre zu eigen zu machen. Er gibt zwar zu, daß die Schreiber nur *reagieren*, und dies aus *patriotischen* Motiven. Das hindert ihn aber keineswegs daran, ihre Briefe als Beispiele für *Antisemitismus* zu zitieren, Patriotismus und Antisemitismus also gleichzusetzen. Die Vermutung, deutsche und jüdische Interessen schlossen einander aus – also das zentrale Ideologem des völkischen Antisemitismus –, ist für Herrn Benz und seine Gesinnungsgenossen keinen Deut weniger selbstverständlich, als sie es für Adolf Hitler war; die Wertung allerdings wird umgedreht und mit ihr das Angriffsziel: Deutschfeindlichkeit, die als solche im Zentrum der gesellschaftlichen Meinungsbildung (noch) nicht ohne weiteres akzeptiert ist, tarnt sich als Kampf gegen den Antisemitismus.

Das camouflierende Spiel mit dem → »Anti-« funktioniert also keineswegs nur dann, wenn diese Vorsilbe *Selbstbeschreibungen*, sondern auch, wenn sie *Fremdzuschreibungen* einleitet: Wer den Andersdenkenden erfolgreich auf das reduziert, *wogegen* er – angeblich! – ist, braucht sich nicht mehr damit auseinanderzusetzen, *wofür* dieser sich einsetzt, und muß selbst nicht zugeben, daß er es bekämpft. Der Kampf gegen den Antisemitismus (wie auch der gegen »Rassismus«, »Homophobie«, »Ausländerfeindlichkeit« oder »Islamophobie«) ist gerade *nicht*, wie suggeriert wird, ein Mittel zur Verhinderung oder Entschärfung sozialer Interessenkonflikte und soll auch keines sein. Er ist Mittel zu ihrer Austragung, mithin eine Waffe.

Das heißt selbstredend nicht, daß es so etwas wie Antisemitismus im Sinne von Ressentiments gegen Juden oder das jüdische Volk nicht gibt. Erstaunen muß aber doch, mit welcher Selbstverständlichkeit in Zusammenhängen, in denen Juden eine Rolle spielen, die grundlegende soziologische Einsicht ignoriert wird, daß Großgruppenbeziehungen normalerweise zirkulär strukturiert sind und gerade feindselige Haltungen eine Tendenz zu wechselseitiger Verstärkung haben. Ebendiese Einsicht muß man aber von vornherein ausblenden, wenn man dem in der westlichen Welt (keineswegs nur in Deutsch-

land) vorherrschenden Narrativ folgt, wonach an Konflikten zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerungsgruppen, die schon seit vorchristlicher Zeit für die verschiedensten Länder und Völker dokumentiert sind, stets der »Antisemitismus« der Nichtjuden schuld sei. Man mag sich kaum vorstellen, daß irgendein Wissenschaftler noch ernst genommen würde, der eine derart naive, einseitige und unplausible Hypothese in irgendeinem anderen Zusammenhang als diesem vertreten wollte.

AUFARBEITUNG

Wer in der neunzehnten Auflage der Brockhaus-Enzyklopädie (Band 2, erschienen 1987) nach dem Stichwort »Aufarbeitung« suchte, wurde noch mit dem lapidaren Hinweis »Kerntechnik: → Wiederaufarbeitung« abgespeist. Das auskunftsfreudigere, zumindest aber redseligere Internet beschert uns eine ganze Reihe möglicher Bedeutungen und spiegelt damit zweifellos auch eine geänderte öffentliche Sprache wider. Halten wir uns zunächst an Wikipedia:

»Die **Aufarbeitung**, das **Aufarbeiten** ist:

- ◆ *Recycling in der Abfallwirtschaft*
- ◆ *Wiederaufarbeitung von Atommüll, insbesondere von Kernbrennstäben*
- ◆ *Refabrikation von Autoteilen*
- ◆ *Restaurierung von Möbelstücken*
- ◆ *Teig bis zum Backvorgang vorbereiten*
- ◆ *Gefällte Bäume zerlegen*
- ◆ *In der Analytischen Chemie werden Proben aufgearbeitet, d.h. in eine Form gebracht, die sie untersuchbar macht (z. B. ein Aufschluß (Chemie))*

Aufarbeitung in der Psychologie:

- ◆ *Aufarbeitung der Vergangenheit, siehe Vergangenheitsbewältigung*
- ◆ *Trauerarbeit*
- ◆ *Psychotherapie*

Aufarbeitung in der Geschichtsschreibung:

- ◆ *Vergangenheitsbewältigung«*

Das Wort »Vergangenheitsbewältigung«, das hier gleich zweimal auftaucht, wird zunehmend durch »Aufarbeitung« ersetzt, »weil Vergangenheit nicht ›bewältigt‹ – also endgültig erledigt - werden kann«.

Daraus folgt **Lektion 1**: Aufarbeitung endet nicht und soll nicht enden.

Daß die in den achtziger Jahren noch vorherrschende *technische* Bedeutung des Wortes zugunsten anderer Dimensionen in den Hintergrund getreten ist, beweist jede Netzsuche, etwa die auf der Seite der Duden-Redaktion angegebenen Wortverbindungen:

Die drei Verben, die am häufigsten mit »Aufarbeitung« verbunden sind, lauten »bedürfen«, »beginnen« und »harren«. Woraus wir schließen dürfen:

Lektion 2: Das meiste, was für die Aufarbeitung in Frage kommt – was auch immer es im Einzelfall sein mag –, wurde noch nicht oder jedenfalls nicht genug aufgearbeitet.

Die Duden-Webseite nennt uns auch die mit »Aufarbeitung« typischerweise verbundenen *Adjektive*: »juristisch«, »gerichtlich«, »strafrechtlich«, »gründlich«, »kritisch«, »historisch«, »wissenschaftlich« und »filmisch«. Aus den nahezu gleichbedeutenden ersten drei Adjektiven lernen wir **Lektion 3**, daß Aufarbeitung ein Vorgang ist, bei dem die einen über die anderen zu Gericht sitzen; aus den nächsten beiden **Lektion 4**, daß man dabei jeden Stein umzudrehen hat, und zwar gnadenlos (nämlich »kritisch« – das Adjektiv »sachlich« fehlt bezeichnenderweise); aus den drei letzten **Lektion 5**, daß Aufarbeitung sich auf die *Vergangenheit* bezieht und dabei (außer von Juristen) von Wissenschaftlern und Filmmachern, mithin von Angehörigen der *ideologiproduzierenden* Industrie zu betreiben ist.

Unser Zwischenfazit muß also mindestens lauten, daß das Wort »Aufarbeitung« im Normalfall etwas umschreibt, das mit den bei Wikipedia ebenfalls genannten Stichwörtern »Trauerarbeit« und »Psychotherapie« nichts zu tun hat: insbesondere *nicht* dazu dient, den betroffenen Personen und Kollektiven zu *helfen*, nicht dazu, ihnen die *Deutungs- und Urteilsboheit* über ihre eigene Vergangenheit zu belassen oder zu verschaffen, und auch nicht dazu, irgendwann mit einem positiven Ergebnis zu *enden*.

Dies ist erstaunlich, weil das Wort »Aufarbeitung«, das sich in deutschen politischen Zusammenhängen meist auf das Dritte Reich oder die DDR (der Logik nach auf alle historischen deutschen Staaten außer der BRD) bezieht, einen quasitherapeutischen, heilenden Zusammenhang doch zumindest suggeriert. Der faktische Wortgebrauch jedoch weist die »Aufarbeitung« als Trojanisches Pferd aus: Suggestiert wird ein Medikament, verabreicht wird ein Gift.

Aber auch die technischen Bedeutungen des Wortes »Aufarbeitung« sind von Interesse, denn von ihnen leiten sich die übertragenen, sozialen, politischen, psychologischen und vor allem quasipsychologischen Bedeutungen erst ab. Vom Abfallrecycling über die Restaurierung von Möbelstücken bis hin zur Zerlegung gefällter Bäume und der Aufarbeitung von Proben handelt es sich in der Regel um einen Vorgang der *Umformung* von etwas zuvor *Zerstörtem* (Weggeworfenem, Abgebranntem, Verschrottetem, Vernutztem, Vermischtem, Gefälltem, Entzogenem) zu etwas *anderem*, das mit dem Ausgangsgegenstand bisweilen wenig Ähnlichkeit hat. Das manipulative Element ist mit Händen zu greifen. Angewandt auf eine »aufzuarbeitende« Vergangenheit, bedeutet es – und dies ist **Lektion 6** –, daß diese Vergangenheit umgeformt, zurechtgeschnitten, passend und tauglich gemacht werden soll. Nun ahnen wir auch, warum den Angehörigen der Ideologiebranche eine offenbar herausragende Rolle bei diesem Prozeß zugeordnet ist.

Wenn wir dann noch bedenken, welche *Subjekte* von denkbaren Prozessen der Aufarbeitung, mithin welche *Aufarbeiter* wir identifiziert haben – Richter, Therapeuten, Ideologieproduzenten –, dann können wir von diesen Subjekten auf die Objekte der Aufarbeitung schließen

und kommen zu dem Ergebnis, daß es sich dabei wohl um *Menschen* handeln muß. »Aufgearbeitet«, das heißt manipuliert, umgeformt, zurechtgeschnitten, passend und tauglich gemacht wird eben nicht nur die Vergangenheit, sondern auch das Volk, das sie hat.

BENACHTEILIGTE

Von Benachteiligten spricht man in Zusammenhängen, in denen man früher von Armen, sozial Schwachen, Angehörigen der unteren Schichten und dergleichen gesprochen hätte. Oft wird explizit hinzugefügt, daß nicht *irgendwie*, sondern *sozial* Benachteiligte gemeint sind. Was aber augenscheinlich nur eine Bezeichnung für die soziale Lage der genannten Personen ist, enthält bei näherem Hinsehen eine Ursachenbehauptung und Schuldzuweisung: Das Wort »benachteiligt« ist ein Partizip. Wo es einen *Benachteiligten* gibt, muß es also auch einen *ihn Benachteiligenden* geben; dies zumindest wird suggeriert. Eine ungünstige soziale Lage ist also weder Schicksal, noch kann sie auf eigene Unzulänglichkeiten oder Fehler des Betroffenen zurückzuführen sein: Ein Benachteiligter ist schließlich jemand, dem ein Unrecht zugefügt wurde, und da dieses »Unrecht« darin besteht, daß es *überhaupt* Menschen gibt, die besser gestellt sind als andere,

- ◆ kann es nicht enden, solange nicht alle sozialen Unterschiede aus der Welt geschafft sind;
- ◆ ist alles, was der Korrektur dieses »Unrechts« dient, von vornherein in einem höheren Sinne legitim, auch wenn es das *in sich* keineswegs ist;
- ◆ kann jeder, der sich diese Korrektur zum Ziel setzt (und das sind in der Regel nicht die Betroffenen selbst), sich selbst als Robin Hood und seine Gegner als den Sheriff von Nottingham darstellen und sich dadurch von Anstands- und sogar von Rechtspflichten entbinden;
- ◆ gibt es demgemäß politische Kräfte, die ein Interesse daran haben, von »Benachteiligten« und nicht einfach von »Armen« zu sprechen.

BEREICHERUNG

Es gibt viele Dinge, von denen man sich bereichert fühlen kann, aber nur wenige, von denen man sich bereichert fühlen *soll* – und dies auch dann, wenn man nicht recht zu erkennen vermag, worin die »Bereicherung« eigentlich besteht, und deshalb zu dieser vermeintlichen Einsicht überredet werden muß. Dies kann auf subtile (»Zuwanderung«) oder auf plumpe, muß aber in jedem Fall auf stereotype Weise geschehen: Worte, die – auf den ersten oder doch spätestens zweiten Blick – offenkundig unangemessen sind, werden in bestimmten Zusammenhängen so oft wiederholt, bis das Publikum durch Abstumpfung dazu gebracht wurde, mit den Worten auch deren Inhalt zu akzeptieren.

Der ehemaligen Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer, »deren tanzenhafter Habitus ihren Bonmots erst so richtig die aufreizende Würze verleiht« (Martin Lichtmesz) und die für die subtileren Manipulationen zu einfachen Geistes sein dürfte, verdanken wir einen Klassiker plumper BRD-Sprache: »Diese Menschen mit ihrer vielfältigen Kultur, ihrer Herzlichkeit und ihrer Lebensfreude sind eine Bereicherung für uns alle.«

Da ist sie, die *Bereicherung*; und da ein Unwort selten allein kommt, kommt sie aus dem Munde einer »Integrations«-Beauftragten Hand in Hand mit den »Menschen«, der »Vielfalt« und der »Kultur«. Daß hier gedankenlos Phrasen gedroschen werden, erkennt man daran, daß Frau Böhmer, die in diesem Zusammenhang ausdrücklich nur von *türkischen* Einwanderern spricht, deren »vielfältige Kultur« rühmt. Die »Vielfalt« entsteht also nicht etwa dadurch, daß die türkische Kultur auf die deutsche trifft: Die türkische Einwanderergemeinde, so müssen wir Frau Böhmer wohl verstehen, ist *in sich* schon so vielfältig, daß sie uns Deutsche gar nicht mehr nötig hat. Im Hinblick auf die türkisch-kurdische Bipolarität mag dies sogar zutreffen. Da aber weder die Türken noch die Kurden dieser Art von Vielfalt sonderlich froh zu werden scheinen, ist sie ein erstklassiges Argument *gegen* den Multikulturalismus, nicht dafür.

Die ständige Rede von der »*Bereicherung*«, die die Deutschen der Masseneinwanderung verdanken, enthält bereits ihr eigenes Dementi: Niemand, der *wirklich* bereichert wird, braucht durch immer gleiche Worthülsen überredet zu werden, diese Bereicherung als solche zu erkennen. Keine Lottozentrale wird den glücklichen Millionengewinner eindringlich darauf hinweisen, daß er sich doch bitte schön der ihm zuteil gewordenen Bereicherung als solcher bewußt sein möge.

Es fällt schwer, sich nicht an die DDR erinnert zu fühlen, in der jedem noch so schreienden Mißstand eine ihn rundweg leugnende Parole gegenüberstand, und vielleicht ist es kein Zufall, daß der Gebrauch plumpester Propagandaphrasen ohne jeglichen Realitätsbezug einen Höhepunkt unter der Kanzlerschaft einer Frau findet, die ihre politische Grundausbildung in der FDJ erhalten hat, dem Vernehmen nach als Sekretärin für Agitation und Propaganda.

BEVÖLKERUNG

Dem Wortsinne nach ist eine Bevölkerung keine Personengesamtheit, sondern ein *Vorgang*, nämlich der des *Bevölkerns*, und es liegt eine gewisse subtile Logik darin, daß der altherwürdige Begriff »Volk« gerade in dem Moment aus der politischen Sprache der BRD verschwindet, in dem Deutschland, wie alle anderen Länder des Westens, von Menschen *bevölkert* wird, die aus ganz anderen Weltgegenden stammen.

Daß der Begriff des *Volkes* eine besondere Sprengkraft hat, mußten zuletzt die Machthaber der DDR erfahren, die unter der Parole »Wir sind

das Volk!« gestürzt wurden. Offenbar haben ihre Nachfolger in der BRD kein Interesse daran, diese Erfahrung zu teilen, und offenbar haben sie ein feines Gespür für das, was sie ideologisch stets abstreiten, nämlich daß ein Volk eine *Solidargemeinschaft* ist, die nur deswegen, weil sie das ist, kollektiv handeln und gegebenenfalls auch Machthaber stürzen kann. Kein Volk – keine Solidarität. Keine Solidarität – keine Gefahr.

Als der nordrhein-westfälische Landtag 2010 in einer Resolution befürwortete, Ministern in Zukunft keinen Eid auf »das Wohl des deutschen Volkes« mehr abzunehmen, und dies ausdrücklich damit begründete, dadurch würden Migranten ausgegrenzt, gaben die Abgeordneten damit zu, daß Migranten nach ihrer Auffassung per definitionem nicht zum deutschen Volk gehören und daß sie, die Politiker, das Ziel, Einwanderer ins deutsche Volk zu integrieren, aufgegeben hatten, sofern es überhaupt je verfolgt worden war.

Da die BRD aber den Anspruch erhebt, ein demokratisches Staatswesen (von *demos* = Volk) zu sein, gerät besagte politische Klasse in eine gewisse Verlegenheit: Sie kann zwar im Sinne eines kalten Staatsstreichs Fakten schaffen, indem sie den Rat umsetzt, den Bertolt Brecht nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 der SED-Regierung gab, nämlich das Volk aufzulösen und sich ein neues zu wählen. Sie kann aber nicht *zugeben*, daß sie das tut. Sie ist darauf angewiesen, die Demokratie wenigstens als Fiktion aufrechtzuerhalten. Sie braucht das Wort »Volk«, aber weil dieses Wort ebenso gefährlich ist wie das, wofür es steht, läßt sie es von einem Wachkommando aus einer Vor- und zwei Nachsilben eskortieren: Fertig ist die »Bevölkerung«.

Daß sie mit einem derart plumpen Manöver allerdings durchkommt, wäre kaum zu erklären, wenn die BRD nicht schon seit 1949 eine Art Demokratiesimulation wäre: eine »Demokratie«, deren Verfassung in jeder Zeile das Mißtrauen gegen jenes Volk atmet, das sich gleichwohl als »Souverän« umschmeichelt sieht.

BÜNDNIS, BREITES

Wenn in der Zeitung von einem »breiten Bündnis« die Rede ist, richtet sich ein solches Bündnis in zwei von drei Fällen dagegen, daß Andersdenkende ihre Meinung sagen und dafür auf die Straße gehen können. In aller Regel wird zu diesem Zwecke zum Rechtsbruch aufgerufen. Kein Wunder, daß der, der solches plant, es nötig hat, die »Breite« seines »Bündnisses« zu betonen, um die Qualität seines Handelns – nämlich illegal zu sein – durch die Quantität der Gleichgesinnten zu rechtfertigen (mit der es in Wahrheit freilich meist auch nicht besonders weit her ist). Mit einem liberalen Demokratieverständnis, zu dem – und zwar zentral! – das Recht auf Dissens gehört, hat eine solche Einstellung nichts zu tun. Es handelt sich vielmehr um ein jakobinisches oder auch bolschewistisches Demokratieverständnis, wonach es gegenüber einer – womöglich nur fingierten oder

usurpierten – *volonté générale* kein Recht auf Dissens gibt.

Einen gewissen Wahrheitsgehalt wird man der Formulierung »breites Bündnis« normalerweise nicht absprechen können: Diese Bündnisse haben zwar nicht *viele* Anhänger, wohl aber umfaßt die Unterstützerszene in aller Regel einen erheblichen Teil des etablierten Spektrums bis hin zu den sogenannten bürgerlichen Parteien (→ »Antifaschismus«), das heißt, es herrscht ein Konsens nicht unbedingt der Anhänger, wohl aber der Aktivisten und Funktionäre scheinbar unterschiedlichster politischer Richtungen, die Entstehung erfolgsträchtiger politischer Konkurrenzorganisationen nicht mit dem legitimen Mittel des Arguments, sondern mit den ganz und gar illegitimen Mitteln von Rechtsbruch, Nötigung und Gewalt zu verhindern.

Wir haben es, anders gesagt, mit einem in der Verfassung nicht vorgesehenen Machtkartell politischer Kräfte zu tun, die sich selbst das Kollektivmonopol auf die Ausübung politischer Rechte und Wahrnehmung politischer Interessen zusprechen und sich zu diesem Zweck schon einmal über das Gesetz hinwegsetzen. Es versteht sich von selbst, daß Vertreter insbesondere der Unionsparteien nicht selbst zum Pflasterstein greifen, sondern diese Schmutzarbeit den bewährten Kräften der linksextremen kriminellen Szene überlassen. Der für beide Seiten immerhin peinliche Sachverhalt, daß die extreme Linke als nützliche SA der Bourgeoisie auftritt, wird mit viel wechselseitiger Polemik unter den Teppich gekehrt, das Publikum hinters Licht geführt.

Es bedarf hierzu nicht einmal irgendwelcher Absprachen: Die jeweiligen Partikularinteressen relativ kleiner, geradezu winziger Akteursgruppen führen ganz von alleine dazu, zwischen ihnen das zustande zu bringen, was sie dann ein »breites Bündnis« nennen.

BÜRGER, MÜNDIGE

Paradoxerweise wird die Formulierung »mündige Bürger« regelmäßig im Zusammenhang mit staatsbürgerlicher Erziehung, das heißt politischer Bevormundung gebraucht. Ob ein Bürger aber im politischen Sinne mündig, das heißt zu einem eigenen Urteil fähig und imstande ist, daraus eigenständig Konsequenzen zu ziehen, läßt sich gerade nicht an staatskonformem, sondern nur an nonkonformem Verhalten ablesen. Selbstredend sind nicht nur Systemgegner politisch mündig, aber sie sind die einzigen, deren Ansichten außerhalb des von den Herrschenden gewünschten Spektrums liegen, mithin vermutlich nicht durch opportunistische Anpassung zustande gekommen sind: Etwas Fesseln kann nur der spüren, der gegen sie aufbegehrt. Da kein Staat und keine politische Klasse den Revolutionär als Leitbild postulieren, ist die Forderung nach dem mündigen Bürger aus ihrem Munde Heuchelei. Freilich ist diese Art von Heuchelei einem Staat angemessen, in dem die Demokratie von Beginn an eine Veranstaltung von oben war und die Freiheit darin bestand, wollen zu *dürfen*, was man wollen *sollte*. ■

Vor dem Bücherschrank (V): Piriñci und Jünger, Céline und Pound

von Martin Lichtmesz

»Abwürgen! Abwürgen! Abwürgen!« schrie der »Mann im Ohr« der ZDF-Moderatorin zu. Es hatte keine fünf Minuten gedauert, bis die Regie des »Mittagsmagazins« angesichts Akif Piriñcis Auftritt in Panik geriet und das Interview mit dem Autor des Bestsellers *Deutschland von Sinnen* vorzeitig abbrach. Aus der Netz-Mediathek war es anschließend zeitweise ganz verschwunden, bis es in einer gekürzten Fassung veröffentlicht wurde. Dies sei kein Akt der »Zensur«, beteuerte das ZDF gegenüber der Wochenzeitung *Junge Freiheit*. Vielmehr seien rechtliche Bedenken ausschlaggebend gewesen, etwa angesichts von Aussagen wie »Die Kindersepartei, die Grünen haben das Land kaputtgemacht«. Kurz darauf strich das »Frühstücksfernsehen« von SAT1 ein bereits aufgezeichnetes Gespräch mit Piriñci aus dem Programm. In der Folge zogen weitere Sender den Schwanz ein. Am 23. April berichtete Piriñci auf seiner Facebook-Seite: »Nach sage und schreibe drei Vorgesprächen, die summa summarum zweieinhalb Stunden gedauert haben, hat mich heute die Redaktion des SWR-Talks ›Das Nachtcafé‹ wieder ausgeladen. So wie vorher ›Günther Jauch‹ und ›3nach9‹ in den letzten Wochen.«

An seinem Hang zur deftigen Sprache könne das wohl kaum gelegen haben, denn »bei Charlotte Roche hat man Schlimmeres über sich ergehen lassen«. Der Grund müsse woanders liegen: »Wenn der die Grünen als eine Kindersepartei bezeichnet, dann meint der das auch so. Noch schlimmer, das kommt beim Zuschauer auch so an! Und überhaupt redet er haargenau so, wie er die Dinge in seinem Buch auch dargestellt hat, und nimmt überhaupt keine Rücksicht auf die Talk-Etikette.«

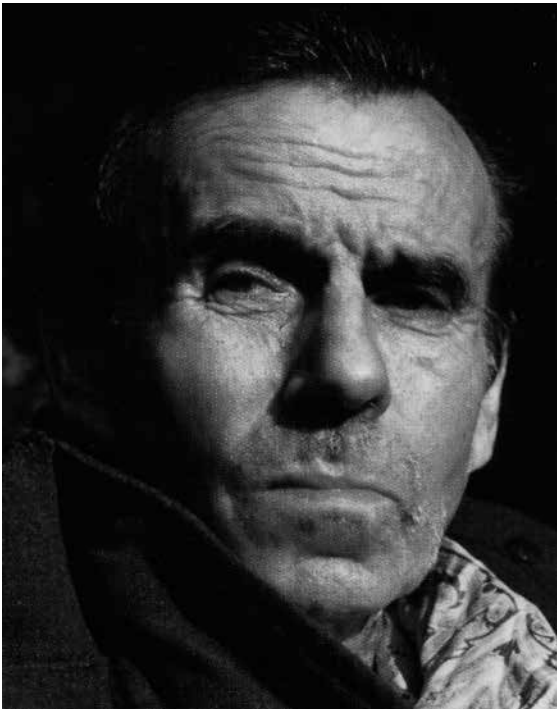
Das ängstliche Verhalten der Sender ist in der Tat aufschlußreich. Als Schmutzsprache gelten heute weniger ausgemachte Unflätigkeiten, sondern vielmehr alles, was Kritik am »Kult um Schwule, Einwanderer und Frauen« formuliert oder auch nur von Deutschland in einem emphatischen Tonfall spricht. Will man heute wahrhaft schocken und den Bundeshühnerstall aufscheuchen, braucht man bloß unironisch »dirty words« wie diese zu schreiben: »Deutschland, o du goldenes Elysium! Du kraftvoller Stier! Du bist die Macht, die ganz Europa trägt! Du bist das schönste aller schönen Länder!«

Allein diese Overtüre zu der Punkrockoper *Deutschland von Sinnen* muß vielen der tonangebenden Meinungsmacher wie ein surrealer Witz erschienen sein. Bei Piriñci haben sie es mit einem weitaus zäheren Brocken als mit Sarrazin zu tun. Er hatte bereits im Vorfeld signalisiert, daß es ihm völlig gleichgültig ist, ob er als »Nazi oder Klobürste« beschimpft werde. Es ist bezeichnend, daß ausgerechnet ein sonst eher besonnener Feuilletonist wie Ijoma Mangold als erster die Nerven verlor, und den Hitler-Springteufel aus der Kiste platzen ließ, indem er *Deutschland von Sinnen* in der *Zeit* mit *Mein Kampf* verglich, was nicht nur angesichts von Piriñcis Hymnen auf »die coole Musik der Bee Gees« und die von ihnen angestoßene »Kulturrevolution« saukomisch ist. Caroline Fetscher brachte im *Tagesspiegel* die dicke Breivik-Bertha in Stellung, während der Vogel wieder einmal vom Großmeister des Genres, Georg Diez, abgeschossen wurde. Dieser nannte *Deutschland von Sinnen* ein »Haßbuch«, das ein »Hintergrundrauschen für echte Gewalt gegen Menschen« erzeuge: »Bücher töten nicht, und Autoren sehr selten, aber es ist auch nicht so, daß Gedanken harmlos sind und keine Konsequenzen in der realen Welt haben. ... Es ist, leider, nicht mal überraschend, daß manche Menschen zu Waffen greifen in ihrem Wahn.«

Dick aufgetragene Denunziationen dieser Art haben vor allem die Funktion, ihre Urheber in die Position des moralisch Überlegenen zu setzen. Doch wer kauft ihnen diese Rolle eigentlich noch ab? Die Folgen der von ihnen verteidigten Politik, zu denen immerhin eine wachsende Anzahl von Todesopfern zählt, winken sie, sofern sie diese überhaupt zur Kenntnis nehmen, als Kollateralschäden ab und unterstellen denjenigen, die sie zur Sprache bringen, niedrigste Absichten, verletzen sie in ihrer Ehre, sprechen ihnen die Menschlichkeit und damit das Menschsein ab, verhöhnen sie, schlechte Verlierer des großen Modernisierungsspiels zu sein, als dessen schlaue, prahlende Sieger sie sich inszenieren. »So was kommt von so was« lautet ein alter linker Slogan, und das Piriñci-Buch ist nicht von heute auf morgen vom heiteren Himmel gefallen, sondern auch eine Frucht des Verhaltens der Diezes und Mangolds dieser Welt.

Beide Seiten beschuldigen sich in dieser Diskussion gegenseitig des »Wahns«. »Sie sprechen,

ernsthaft, immer noch von ›politischer Korrektheit‹: Aber schon die von Martin Walser in den neunziger Jahren erfundene ›Auschwitz-Keule‹ war eine Waffe, die niemand schwang, außer der Autor und Erfinder selbst«, schrieb Diez über »die Pirinçis und Sarrazins dieser Welt«. Ob man dies nun für krasse Verblendung oder für freche Demagogie halten mag: An dieser Stelle hat das landesübliche Spielchen des »Ich seh' etwas, was du nicht siehst« seine äußerste Zuspitzung erfahren. Genau in diesem »deadlock« sind die Diskussionen in Deutschland fest-



Louis-Ferdinand Céline

gefahren, und genau hier setzt Pirinçis Verbalkeule an. Über all dem stereotypen und dummen Gerede über »Haß«, »Haß« und noch mal »Haß« wird übersehen, daß Pirinçis aus einem starken moralischen Impuls heraus schreibt, den er aber lieber hinter einer schimpfenden Schale verbirgt, als ihn zur Schau zu stellen wie Diez und Fetscher, die es für nicht nötig erachteten, etwa den Mord an Daniel S. in Kirchweyhe auch nur zu erwähnen. Hätte ein linker Autor, etwa Deniz Yücel, eine ähnliche Nummer gegen Sarrazin und die sogenannten »Rechten« verfaßt, hätte sich dasselbe Federvieh vor Vergnügen die Schenkel rot geklopft und statt von »Haß« von gerechtem »Zorn« und ähnlichem gesprochen. »Hassen« kann in ihrer Weltsicht bekanntlich nur der »Rechte«.

Hier wird kein Zentimeter preisgegeben, weil es um nackten Machterhalt geht. Linke Journalisten sind heute die strammsten »Systemkonservativen«, und ihre Sprache hat den satten Sound derer, die sich auf der Siegerseite der Geschichte wännen und nichts anderes mehr zu tun haben, als etwaige Insurrektionen gegen den Status quo niederzuschlagen und aufkommendes Gemurre in den Kajüten zu ersticken. Pirinçis Sprache dagegen ist die klassische Waffe

der Underdogs, der Outsider, der Oppositionellen, der Machtlosen, denen nur mehr die Provokation bleibt, um Gehör zu finden. Vor ihrem Aufstieg ins Establishment hat auch die deutsche Linke reichlich Gebrauch von Obszönitäten, Tabubrüchen, Fäkalwörtern gemacht, die als »progressiv« und absolutes Muß im Kulturkampf galten. Nun, da sie eine systemerhaltende Funktion innehat, haben sich die Vorzeichen geändert.

Richard Gebhardt meinte in der *Zeit*, eine besondere Pointe darin zu erkennen, daß die Rechten und Konservativen, die er als vorgestrigte Tugendbolde karikierte, nun soweit auf den Hund gekommen seien, einem Straßenköter wie Pirinçis zu applaudieren. Die Wirklichkeit ist freilich komplizierter. »Das ist Bukowski-Sound, Céline-Gepöbel und Kurt-Hiller-Fluchen, ein Wutanfall im Straßensjargon«, schrieb der Verleger Thomas Hoof im Vorwort zu *Deutschland von Sinmen*, vielleicht, um das Buch auch literarisch aufzuwerten. Ob Pirinçis es verdient, mit solchen Namen in einem Atemzug genannt zu werden, sei dahingestellt. Anzumerken ist, daß es in der Tat einen nicht unerheblichen konservativen Vorbehalt gegenüber dem Verlust der Manieren und der Inflation der Fäkalsprache gibt.

Dazu ein kleiner literarischer Exkurs: Ernst Jünger notierte am 20. April 1948: »Man druckt jetzt auch in Deutschland Bücher, in denen obszöne Worte im Klartext stehen – ich meine Worte, die man früher nur an den Wänden schlechtbeleuchteter Bahnhofsabtritte las. Das Ausland ist uns darin vorausgegangen, grobschlächtige Amerikaner und Pariser Verbrechercliquen, die den Argot in die Literatur einführen. Ein Zeichen der Auslöschung, des Schwundes mehr. Zugleich ein unheilvolles Signal, das aufgezogen wird.« Wen hatte Jünger hier im Kopf? Henry Miller? Jean Genet? Louis-Ferdinand Céline? Dieser publizierte im selben Jahr eine Replik auf einen Text von Jean-Paul Sartre, die etwa so klang: »Dieses verdammte verkommene Arschloch! Was wagt er da zu schreiben? ›Wenn Céline die sozialistischen Thesen der Nazis unterstützt hat, dann deshalb, weil man ihm Geld dafür gegeben hat.‹ Zitatende. Sieh an! Und das hat dieser kleine Mistkäfer verzapft, während ich im Gefängnis saß und fast aufgehängt wurde! Dreckiger kleiner Bastard, randvoll mit Scheiße, du kommst aus meinen Arschbacken gekrochen, um mich von außen zu beschmutzen! Anus-Kain pfuipfui! Was willst du eigentlich? Daß man mich umbringt! Da ist der Beweis! Komm, laß dich zerquetschen! Ja! ... Ich schaue mir seine Fotos an, diese Glotzaugen ... dieser Giftzahn ... dieser geifernde Saugnapf ... er ist ein Bandwurm!«

Jünger hatte eine herzhaft abneigende Haltung gegen Céline, den er in seinen Tagebüchern als ausrottungslüsternen Nihilisten zeichnete. Er sah einen Zusammenhang zwischen der Verrohung der Sprache und dem Abgleiten der Zivilisation in die Barbarei: »Der niederträchtige Stil beschränkt sich nicht auf das Buch. Das hieße Ordnung in einer Stadt erwarten, in der

man Brunnen und Märkte mit infamen Denkmälern schmückt. ... Bei Sade schließt sich der Zote unmittelbar die Gewalttat an. Sie gibt das Stichwort; der erste Tabubruch zieht alle anderen nach. Vermutlich hat man in unseren Schinderhütten ähnliches erlebt. Erst kommt die Entwürdigung durch die Worte, dann durch die Tat. Wo der Liberalismus seine äußersten Grenzen erreicht, schließt er den Mördern die Türe auf.«



Akif Pirinçci

Sätze wie diese liest man im Jahre 2014 mit einem seltsam zwiespältigen Phantomschmerz. Wieviel Feingefühl, wieviel Intensität der Wahrnehmung ist uns verlorengegangen! Wie sehr haben wir uns an die Trivialisierung und Vulgarisierung aller Dinge gewöhnt! Wie viele Wörter, die in passenden Umständen, im Bett oder an der Bar, wie Dynamit zünden sollen, sind heute ihres Pulvers beraubt, mit dem Wasser der inflationären Vernutzung verschnitten worden! Wie schön waren doch manche Tabus, die bestimmte Nischen und Kammern des Daseins in stetiger Spannung hielten! Jünger hatte ein feines Ohr für die Macht und Magie der Sprache, die es verbieten, das gedruckte wie gesprochene Wort zu unterschätzen. Sein »abenteuerliches Herz« wußte dabei durchaus um die Genüsse der Unterwelt. 1929 hatte er sich noch fasziniert über Sade geäußert: »Dies ist der Erdwolf, der heulend durch die Kloaken jagt, mit feuchtem, klebrigem Fell und dem unersättlichen Fleischhunger, der endlich Blut säuft und die Abfälle des Lebens frißt.« Nach der Orgie und dem Tabubruch kommt jedoch der Katzenjammer, und selbst in der Hölle akklimatisiert man sich rasch, bis man kein Gefühl mehr dafür hat, wieviel von seiner Seele man verloren hat: »Und endlich«, so Jünger, »artistisch gesprochen, welcher Abstieg in die platte Gemeinheit, welcher Mangel an Phantasie.«

Unsere Gegenwart nun ist auf beispiellose Weise durchtränkt mit Obszönitäten und Fäkalausdrücken. Allein im alltäglichen Umgang wurde wohl nie so epidemisch geflucht wie heute. Figuren des öffentlichen Lebens, von Popstars bis zu Politikern, werfen mit Kraftausdrücken um sich. Songtexte und Filmdialoge sind gesättigt davon. In Kino und Fernsehen sind Sex- und Gewaltdarstellungen expliziter als je zuvor, während die Abstumpfung zugenom-

men hat. In der Erziehung gilt es beinahe schon als lächerlich, Kinder zu einer gezügelten Sprache zu ermahnen. Heute kommunizieren bereits die Achtjährigen auf der Straße im Pornosprech, während zehnjährige Mädchen auf Konzerte von Sido gehen, um den »Arschficksong« zu hören. In all dem gleicht unsere Zeit eher einer faulenden, regressiv-infantilen Suppe als einem sadeschen oder célinesken Wüten. Sie ist auf ihre Weise allerdings nicht weniger nihilistisch.

In genau diesem Kontext tritt nun ein Pirinçci auf, der von diesen Exzessen durchaus angeekelt ist und dafür zahlreiche Beispiele nennt. »Ich kann mich nicht genau entsinnen, aber so vor sieben oder acht Jahren war das überhaupt nicht talentierte und allein wegen seiner Schwulenpropaganda von öffentlichen Geldern existierende Junger-deutscher-Film-Relikt Rosa von Praunheim bei der Harald-Schmidt-Show eingeladen, und das erste,

was der sichtlich Gealterte dem lustigen Harald und dem Publikum total provokant mitzuteilen hatte, war, daß er gerade aus der »Sauna« käme. Dann knallte er ein von ihm vollgespritztes Kondom auf den Tisch. Woraufhin sowohl der lustige Harald als auch das debile Publikum in ein verständig dreckiges Lachen, vor allem aber in einen tosenden Applaus verfielen. Warum eigentlich? Hatte Rosa gesagt, ich habe den Drachen getötet oder ein für allemal den Krebs besiegt?« Diese Episode ist trefflich und mit fühlbarer Abscheu geschildert. Pirinçci in einem gesellschaftlichen Klima wie diesem vorzuwerfen, sich unfein auszudrücken, ist wie Strafzettel für zu schnelles Fahren auf der Rallye Monte Carlo auszuteilen. Pirinçci nennt das Kind beim Namen, ohne alle Schönfärberei. Über die Zurschaustellungen der Schwulen-Paraden schreibt er: »Es ist, als hätte man diesen Leuten jene Hirnregion wegoperiert, die für Scham und Erkenntnis zuständig ist, und dafür, daß wir, egal welcher Veranlagung, keine Tiere sind und unser sexuelles Geschäft tunlichst im Privaten verrichten. Ist mir scheißegal, ob das spießig klingt.«

Wer den »common sense« hinter Pirinçcis Polemik nicht spürt, hat ihr Anliegen nicht richtig verstanden. Seine Sprache versucht, Feuer mit Feuer zu bekämpfen. Kraftausdrücke sind das Vokabular spontaner und intensiver Emotion. Es gibt medizinische Studien, die behaupten, daß Fluchen einen schmerzlindernden Effekt habe. Daß das stimmt, weiß jedermann aus Stresssituationen. Es geht hier allerdings nicht bloß darum, auch mal »Aua« schreien zu dürfen, wofür Anlaß genug besteht. Die Frage ist vielmehr, wie man Zustände, die derart verkommen, absurd und pervers sind wie die herrschenden, adäquat benennen und kontern soll. Welche Sprache ist nötig in einer Welt, in der nichts mehr schockiert und die Wörter verbraucht

scheinen? Dávila spricht von den Schweinen, die müde lächeln, wenn einer den Schlamm kritisiert. Wie bereits angedeutet: Wer schon so weit akklimatisiert ist, daß er die Perversität und Absurdität der Zustände nicht mehr wahrnimmt, mit dem ist keinerlei Diskussion mehr möglich. Man muß an dieser Stelle auch ein Schwein ein Schwein nennen dürfen.

Im Grunde ist hier bereits, zumindest ideell, die Grenze zum Bürgerkrieg erreicht. Diez hat ein Körnchen Wahrheit auf seiner Seite, wenn er bei Pirinçci so etwas wie »Gewalt« wahrnimmt. Es handelt sich dabei allerdings um eine verbale »Gewalt«, die, im linken Jargon gesprochen, auf eine strukturelle Gewalt antwortet, um die Ultima ratio derer, die nicht nur eine Lage beschreiben, sondern sich wehren und die festgefahrenen Verhältnisse »zum Tanzen bringen« wollen. Die obszöne Sprache ist in einem solchen Fall Ausdruck einer leidenschaftlichen Indignation, eines legitimen Zorns auf Heuchelei, Lüge und bigotte Posen. »Allen diesen Leuten müßte einmal ein Schwärmer in den Arsch gesteckt und



Ezra Pound

abgebrannt werden, damit sie springen lernen und schreien, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist«, schrieb Ernst Jünger 1928 in einem Brief über allzu gestelzte Exemplare der Jugendbewegung, denen er außerdem einen »gesunden Fick« empfahl. Ein Bukowski oder ein Céline oder ein Léon Bloy kannten Armut, Krankheit, Schmutz, Elend, Ausbeutung, Häßlichkeit, Korruption aus nächster Nähe und suchten dafür einen schonungslos ehrlichen und widerständigen, radikal individualistischen Ausdruck; und selbst wenn etwa Céline oft in den nihilistischen Rausch abgeglitten ist, so kann man kaum sagen, daß seine ursprünglichen Impulse inhuman waren: Bücher wie *Reise ans Ende der Nacht* und *Tod auf Kredit* zeugen davon. Eine solch radikale Ehrlichkeit mußte auch Ijoma Mangold bei Pirinçci anerkennen: »Ein solches Buch kann man nur aufrichtigen Herzens schreiben. In die-

ser Aufrichtigkeit und Authentizität aber liegt die beispiellose Enthemmtheit dieses Buchs, das eine Raubeinigkeit an den Tag legt, die auch für das Genre des Pamphlets Neuland betritt.«

Georg Diez behauptete, Pirinçci und Sarrazin würden sich in der Rolle der »Erniedrigten und Beleidigten« gefallen, auf die sie als »erfolgreiche Männer, die genug Geld verdienen«, kein Anrecht hätten. Pirinçci hat aber nicht für sich selbst, sondern für die erniedrigten und beleidigten Deutschen geschrieben, die ihre Würde und ihre Selbstachtung verloren haben: »Aber was ist los, Deutschland, liebste Mutter? Du bist so bleich, du blutest ja! Man hat sich an dir vergangen, sagst du? Wie denn das? Man hat dir Leid zugefügt, indem man dir deine Zukunft gezeigt hat? Wie sah sie aus, deine deutsche Zukunft?« Und insbesondere das Kapitel »Das Schlachten hat begonnen« über die »sich steigernde Deutsche-Totschlägerei« durch bestimmte Ausländerbänden ist ein eindrucksvolles »Update« des Jüngerschen Satzes über den Liberalismus, der »den Mördern die Türe aufschließt«.

Auch Ezra Pound hat sich in seinen *Cantos* zuweilen eine äußerst drastische Sprache erlaubt; meist wohl dosiert, um ihre Effekte nicht zu verbrauchen. In seinen dantesken *Cantos XIV* und *XV* ließ er allerdings die Zügel schießen und verdamnte mit glühendem Haß die Kriegstreiber und Profitmacher seiner und aller Zeiten (er überließ es dem Leser, die jeweils aktuellen Namen einzusetzen) in Höllenkloaken aus Gestank und Exkrementen. Kostprobe? »Das weite schrundige Arschloch fetzt Fliegen / und poltert vor Imperialismus, / letzter Pißort, Jauchgrube, Harnsiel ohne Abfluß ... Die forschen Draufgänger / hacken mit Messern aufeinander ein, / die feigen Scharfmacher, / Wilson mit Soundso, von Milben befallen, / Churchill wie ein gequollner Fötus, / die Bestie mit hundert Beinen, USURA, / der Rotz zum Brechen voll von Jasagern / das buckelt vor den Bonzen des Ortes / und stellt seine Vorzüge richtig, / und die laudatores temporis acti betonen, / daß die Scheiße einst schwärzer und sämiger war, / und die Fabianer drängen auf die Verkäsung der Verwesung, / auf einen neuen Darmfluß, in Pastillen gepaßt ...« Und zusammen mit den »Wucherern« und Politikern verdamnte er »die da die Sprache verraten«, »Soundso und das Zeitungspack / Und wer sich zur Sprachreglung verdingt hat; / Die Perversen, die da die Sprache verdrehen, / die Perversen, die ihre Geldgier / Vor die Freuden der Sinne stellen; / Geschrille wie ein Hühnerhof in der Druckerei, / das Rattern der Pressen, / Schwaden von trockenem Staub und papiernem Abfall, / benehmender Gestank, Schweiß, Orangen im Kahm, / Kot, letzte Senkgrube auf der weiten Welt ...« Die heutigen Äquivalente zu den hier Angesprochenen suchen überall nach Erklärungen für Phänomene wie *Deutschland von Sinnen*, nur nicht in der Wirklichkeit, nur nicht in sich selbst. Schon allein deswegen haben sie einen, zwei, drei, Hunderte Pirinçcis verdient, und kein Tonfall ist in- zwischen zu scharf für sie. ■

Pirinçci? Wir tun, was wir für richtig halten!

Ein Gespräch mit Andreas Lombard, Verlagsleiter bei Manuscriptum

SEZESSION: Sind Sie überrascht vom Erfolg des Buchs *Deutschland von Sinnen*, das bei Manuscriptum erschienen ist, Herr Lombard? Welche Zutaten machten und machen diesen Pirinçci-Cocktail so süffig?

LOMBARD: Überrascht – ja und nein. Ein gewisser Erfolg war vorhersehbar, aber unsere realistische Erwartung wurde deutlich übertroffen. Als kurz nach dem Erscheinen jemand ein *Selfie* mit dem von der Post gelieferten Buch postete (»Ich hab das Ding!«), da wurde mir klar, wie scharf die Leute darauf sind. Und die Zutaten? Pirinçci hat ein simples Rezept benutzt, er hat Elemente der Popliteratur mit libertären, naturrechtlichen oder schlicht vernünftigen Positionen verbunden, vernünftig im Sinne des gesunden Menschenverstandes: Ein Mann ist ein Mann, eine Frau ist eine Frau, und jeder (oder die Familie) sorgt für sich selbst. Beim Schreiben ist das Einfache aber bekanntlich das Schwerste. Und diese Einfachheit hat natürlich auch ihren Preis, was die analytische Tiefenschärfe angeht. Dafür hat das Buch anarchische Züge, ironische Brechungen und schlagfertige Zwiegespräche, es gibt lustige, sentimentale, zornige und melancholische Passagen in lebhaftem Wechsel, ein richtiger Schmöker eben.

SEZESSION: Sie haben die fäkalen und die genitalen Passagen vergessen. Pirinçcis Buch bleibt nicht zuletzt wegen dieser Stellen in Erinnerung, und man lehnt Pirinçcis Deutschland instinktiv in Teilen ab: diese Mischung aus Aufstiegschance, neureicher Frechheit, libertärem Egoismus und Machotum, die recht wenig mit dem zu tun hat, was unsereins unter Deutschland versteht. Warum verlegt man derlei?

LOMBARD: Nichts gegen Aufstiegschancen! Ansonsten gibt es diese Spitzen, ja, aber sie ziehen sich keineswegs durch das ganze Buch. Generell kann man ein Manuskript nur ablehnen oder annehmen. Auch ein intensives Lektorat kann und soll den Stil des Autors nicht umkrempeln. Die erhoffte Wirkung ist eingetreten, und was mein Ton als Autor nicht wäre, gehört nun einmal zu Pirinçcis Temperament. Man muß diesen Ton nicht mögen, um zu sehen, daß er eine Art Stellvertreterfunktion erfüllt hat: Die Presse

nahm die Gelegenheit dankbar wahr, den Inhalten auszuweichen und umso heftiger auf die Form draufzuhauen. Ohne diese Möglichkeit hätte sie vielleicht geschwiegen.

SEZESSION: Also, anders ausgedrückt: Pirinçci will die Deutschen vom *iugum germanorum* befreien, vom Joch also, das sie sich zu einem nicht unerheblichen Teil selbst auferlegt haben. Mühen soll die neugewonnene Freiheit indes in einen BRD-Liberalismus, der – das wissen wir Konservativen – nichts aufbauen, aber alles entorten wird. Überwäge am Ende nicht der angerichtete Schaden den gestifteten Nutzen?

LOMBARD: Pirinçci pflegt sehr libertäres Gedankengut, aber keinen libertären Egoismus. Dagegen sprechen die Passagen zur ehelichen Treue, zur familiären und nachbarschaftlichen Solidarität – Potentiale, die er an die Stelle staatlicher Betütelung setzt. Ob sich alle öffentlichen Sicherheits- und Ordnungsaufgaben privatisieren lassen, wie er meint, ist eine andere Frage.

SEZESSION: Profitiert haben Pirinçci und damit auch der Verlag Manuscriptum vom israelfreundlichen, westorientierten, libertär angehauchten und islamkritischen Blog *politically incorrect*, im Netz unter *pi-news* zu finden. Auch die AfD hat Pirinçci mittlerweile als zugkräftige Nummer inklusive politischer Nähe entdeckt und in Nürnberg einen Saal mit ihm gefüllt. Ist das alles schon eine stabile Gegenöffentlichkeit oder doch nur ein vorübergehendes Phänomen?

LOMBARD: Es ist eine erstaunlich starke Gegenöffentlichkeit, und sie könnte noch stärker werden, je verrückter sich die Dinge entwickeln. Aber ob sie stabil ist – keine Ahnung. Wir wissen nicht, welche Einschränkungen möglicherweise auf das Internet zukommen oder wie scharf eines Tages die Antidiskriminierungsgesetze exekutiert werden, die in Berlin und Brüssel in den Schubladen liegen. Manche halten die Genderideologie potentiell für noch gefährlicher und gewalttätiger als Kommunismus oder Faschismus, weil sie theoretisch auf jeden »identitären« Menschen zielt und nicht nur auf definierte Gruppen von Feinden.

SEZESSION: Sie kommentieren auf der Internetseite deutschland-von-sinnen.de die Berichterstattung über das Buch umfassend und verfolgen damit die Strategie der permanenten Entlarvung durch Richtigstellung. Können Sie an Medien- und Kundenreaktionen bereits abschätzen, ob diese aufwendige Strategie Früchte trug?

LOMBARD: Ich glaube, das tut sie. Der Verleger Thomas Hoof möchte übrigens generell das Marketing für unsere Bücher stärker auf Inhalte stützen. Es ist ja nicht gerade üblich, daß Verlage die Pressereaktionen auf ihre Bücher auf einer eigens eingerichteten Homepage begleiten. In diesem Fall drängte sich das aber regelrecht auf. Die Seite wird auch nicht nur von Journalisten gelesen. Die hohen Zugriffszahlen, die wir an manchen Tagen erreichen, deuten darauf hin, daß ganz verschiedene Nutzer gern auf die Richtigstellungen zurückgreifen, die wir den zum Teil grotesken Verschwörungstheorien entgegensetzen, die mit dem Buch und seinem Inhalt so gut wie nichts zu tun haben. Vielleicht trägt das auch dazu bei, daß eine Verurteilung des Buches selten eindeutig und nie unisono stattfindet. Kürzlich gab es wieder Stimmen wie im *Cicero* und in der *NZZ*, denen es um die abgrundtiefe Diskrepanz zwischen den Medien und ihren Zuschauern und Lesern ging.

SEZESSION: Die führenden Medien streiten die von Ihnen als gegeben vorgestellte »abgrundtiefe Diskrepanz« zu den eigenen Zuschauern und Lesern rundweg ab. Worauf gründet Ihre Annahme, daß die Leser anders ticken als die Meinungsmacher? Gibt es da handfeste Argumente?

LOMBARD: Die führenden Medien haben ihre Anhänger, aber nicht nur. Sie brauchen doch nur in die Leserforen zu schauen. Die Pirinçci-Debatte läuft parallel zur Meinungsschlacht um Rußland und die Ukraine, und hier wie dort ist die Mehrzahl der Leser völlig anderer Meinung als die Medien. Ich habe oft nachgezählt: Es ist wirklich die Mehrheit derer, die sich da äußern, und es ist völlig egal, ob es sich um das ZDF, den *Spiegel*, die *FAZ* oder *Die Zeit* handelt. Letztere hat diese Diskrepanz schließlich offen zugegeben und ihr Staunen zum Thema eines eigenen Feuilleton-Aufmachers gemacht, ohne Selbstkritik zwar, aber immerhin: Sie hat aus Anlaß von *Deutschland von Sinnen* vernehmlich gestaunt. Ein zweiter Beleg ist das schnelle Wachstum alternativer Nachrichtenportale im Netz, das wissen Sie selbst. Die Leute lesen nicht weniger, sie lesen woanders, und das immer mehr.

SEZESSION: Die führenden Medien argumentieren stets auch mit dem Verweis darauf, daß ihnen die Abstimmung mit den Füßen recht gebe. Ist die Einschaltquote ein basisdemokratisches

Argument? Ist die Massenzustimmung zu Conchita Wurst eine demokratische Aussage? Oder ist derlei ein Kennzeichen für geglückte Moment-Manipulation?

LOMBARD: Weder noch, da wird systematisch und europaweit manipuliert. Diese Conchita W. ist letztes Mal bei der Vorauswahl gescheitert und wurde diesmal ohne Vorauswahl nach Kopenhagen geschickt. Ein abgekartetes Spiel, eine weitere PR-Aktion, antirussische Proteste aus dem Publikum inklusive. Wie bei Hitzlspergers Outing wurde das gründlich vorbereitet; man sieht es am Timing. Zwei Tage nach dem Finale wird in Wien das Plakat für den diesjährigen »Lifeball« präsentiert, das ein barbusiges Zwitterwesen mit männlichen Genitalien zeigt. Prompt soll in Österreich das Adoptionsrecht für Homosexuelle eingeführt werden ... Europa von Sinnen. Und was die Einschaltquoten betrifft: Die werden auf einer sehr kleinen, fragwürdigen Basis erhoben (*FAZ* vom 16.2.). Und selbst wenn sie wirklich einmal hoch sind, sagen sie nichts über die Zuschauermeinungen aus. Ich höre oft Deutschlandfunk, obwohl der ja fast nur noch von Frauen mit Frauen für Frauen gemacht wird. Vielleicht, weil es mich amüsiert, für welchen Unsinn die bezahlt werden.



SEZESSION: Sie amüsieren sich, aber das Programm bleibt in deren Hand, trotz der Bestseller, die Pirinçci und vor allem Sarrazin vorgelegt haben, und trotz der gegenläufigen Kommentarspalten. Sehen Sie wirklich ein Tauwetter?

LOMBARD: Um auch mal etwas Gutes über den DLF zu sagen: Am 17. Mai gab es einen ehrlichen Beitrag zur Ausländerkriminalität und zur Radikalisierung moslemischer Jugendlicher bei uns. Diese Ehrlichkeit könnte durchaus von Pirinçcis Erfolg inspiriert sein, auch wenn ich das nicht gleich für ein Anzeichen von Tauwetter hielte. Aber die Tatsache, daß *Die Zeit* bei ihrer Leserbefragung durch Herrn Willeke die Hosen runtergelassen hat, hat mich schon überrascht. Ansonsten halte ich viel von der »geheiligten Parteilichkeit«, von der der Theologe Urs von Balthasar sprach, ein Schweizer übrigens. Sie macht die Frage von Sieg und Niederlage, von Optimismus und Pessimismus weniger dringlich – eine Frage, die mich immer sofort verkrampft. Optimismus ist naiv, was die irdischen Fragen betrifft, Pessimismus wiederum ist irgendwie »unehrlich« (Gadamer). Die anderen tun das, was sie für richtig halten, aber wir tun es auch, und dann schauen wir mal, was dabei herauskommt. Das Ergebnis liegt nicht in unserer Hand. Das heißt nicht, daß einem die Wirkung egal ist, aber es macht einen gelassener. ■

Das Gespräch führte Götz Kubitschek

Martin Heideggers »Schwarze Hefte«

von Erik Lehnert

Martin Heideggers Werk und Person sind ein Ärgernis. Seit bald vierzig Jahren ist er tot – und bestimmt immer noch, wie und wann wir seinen Nachlaß zur Lektüre vorgelegt bekommen. Der Plan der hundertbändigen Gesamtausgabe ist sein Vermächtnis, bis heute wird nicht von ihm abgewichen. So hat Heidegger auch dafür gesorgt, daß wir erst jetzt die *Schwarzen Hefte* zu Gesicht bekommen. Es handelt sich um die Bände 94 bis 96 der Gesamtausgabe (Frankfurt a.M.: Klostermann 2014). Vierzehn »Hefte« sind in ihnen abgedruckt, sie sind zwischen 1931 und 1941 entstanden und tragen den Titel »Überlegungen«. Diese *Schwarzen Hefte* sind ein besonderer Bestandteil des handschriftlichen Nachlasses, in ihnen notierte Heidegger ab 1930 Gedankengänge und wollte sie erst publiziert wissen, wenn die Vorlesungen vorlägen. Laut Nachwort des Herausgebers Peter Trawny gibt es 34 oder 36 dieser in schwarzes Wachs­tuch gebundenen Hefte, die im DLA Marbach liegen (bei zweien ist die Zuordnung unklar). Es existierten mindestens zwei weitere Hefte, von denen eines verschollen ist (»Überlegungen I«) und eines sich in Privatbesitz befindet (»Anmerkungen I«). Daher beginnt Band 94 der Gesamtausgabe mit »Überlegungen II«, und Band 97 wird mit »Anmerkungen II« einsetzen.

Für den Angehörigen des Informationszeitalters ist dieses stufenweise Voranschreiten einer Gesamtausgabe eine Qual, weil er die ständige Verfügbarkeit gewohnt ist. Ebenso ist er gewohnt, daß sich jeder ständig selbst kommentiert. Daß Heidegger dieses Spiel nach 1945 nicht mitmachte, brachte ihm den bleibenden Haß des Feuilletons ein, das ihn seither mit einer beispiellosen Ausdauer verfolgt (selbst Carl Schmitt wird mittlerweile milder behandelt). Das einzige Ziel dieser Verfolgung ist der Beweis, daß Heidegger ein Nazi gewesen sei, womit seine ganze Philosophie in Frage stünde. Dementsprechend triumphierend waren die Reaktionen, als die erwähnten Bände erschienen und sich darin einige Äußerungen fanden, die das Judentum betreffen. Das Aufatmen des Feuilletons war nicht zu überhören. Endlich liege schwarz auf weiß vor, was man bislang vermuten mußte: Heidegger war nicht nur ein Nazi, sondern gar ein Antisemit. Die Schlußfolgerung war simpel: »Die Judenfeindschaft in den *Schwarzen Heften* ist

kein Beiwerk; sie bildet das Fundament der philosophischen Diagnose ... nun helfen auch die stielecht aufgerüschten Fleißarbeiten nationaler Selbstversöhner nicht mehr, die Heidegger als spirituelle Deckungsreserve für kapitalistische Sinnkrisen ins Schaufenster stellen.« (Thomas Assheuer in *Die Zeit*)

Jürgen Kaube stand diesem Diktum in der *FAZ* in nichts nach. Er schrieb, daß die *Schwarzen Hefte* »in enormer Fülle das intellektuelle Desaster des Philosophen« dokumentierten: »Wir lesen, wie er Maßlosigkeit in Größe umdeutet, Isolation in Voraussein, Ahnungslosigkeit in Darüberstehen und pure Einbildung in gedankliche Radikalität.« Bei Kaube findet sich der mitleidige Blick dessen, der Heidegger nicht mehr ernst nehmen muß. Für Kaube ist der Antisemitismus zwar kein »zentrales und durchgehendes Motiv von Heideggers Denken«, dennoch seien es »Dokumente der Niedertracht«, weil Heidegger konstatiere, daß der NS das Rasseprinzip des Judentums anwende. Daß diese Anwendung in den Nürnberger Gesetzen niederträchtig war, darüber gibt es keinen Zweifel. Darüber, daß das Judentum die zweitausendjährige Diaspora als Judentum nur überleben konnte, weil es im Kern auf einem Rasseprinzip fußt, besteht allerdings kein Zweifel. Daher rührt auch die heute so unerklärliche Zustimmung, die es auf seiten der Zionisten für die Nürnberger Gesetze gab. Und es war dieses Bündnis von Zionisten und Antisemiten, das Hans-Joachim Schoeps, einen Verfechter der Assimilation der Juden in Deutschland, in die Verzweiflung trieb.

Es fragt sich, was an dieser Feststellung Heideggers niederträchtig sein soll. Überhaupt scheint man an der Anti-Heidegger-Front über jede Stecknadel froh zu sein, die der Heuhaufen der Gesamtausgabe hergibt: Die drei neuen Bände haben insgesamt fast 1250 Seiten. Auf einigen wenigen finden sich jene Bemerkungen über Juden und Judentum, die den Anlaß zur Skandalisierung boten. Rein quantitativ dürften die Stellen zusammengenommen nicht mehr als vier Druckseiten umfassen. Wir bewegen uns also im Promillebereich. Das Merkwürdigste an dieser ganzen Posse ist das Verhalten des Herausgebers Peter Trawny, der seinen Wissensvorsprung dazu genutzt hat, die erste Deutung des Ganzen zu

veröffentlichen (*Heidegger und der Mythos der jüdischen Weltverschwörung*, Frankfurt a.M.: Klostermann 2014). Das ist an sich nichts Ungewöhnliches. Fragwürdig wird es allein dadurch, daß Trawny, der ja den ganzen Bestand ziemlich gut kennen muß, seine Interpretation auf drei Stellen beschränkt, in denen die Juden eine Rolle spielen. Er hat damit eine falsche Fährte gelegt, welcher die Feuilletons brav gefolgt sind.

Trawny hat einen »seinsgeschichtlichen Antisemitismus« ins Gespräch gebracht, was nicht weniger heißen soll, als daß die Judenbemerkungen keine in die Zeitumstände eingebetteten Marginalien seien, sondern Heideggers Werk, das dem Denken der Seinsgeschichte gewidmet ist, im Kern betreffen. Dabei gibt sich Trawny einerseits generös, wenn er meint, daß man das Denken in Kollektiven bei Heidegger nicht kritisieren solle, weil dies anachronistisch sei. Andererseits ist Trawny offenbar der Meinung, daß es keine Rassen gebe, und greift Heidegger für den Gebrauch dieses Wortes an (obwohl sich dieser gegen eine Verabsolutierung der Rasse ausspricht). Nun mag es sein, daß es heute keine Rassen mehr geben darf. In Heideggers Zeit war das eben noch nicht der Fall: Rassenzugehörigkeit war ein Merkmal des Menschen, das in keiner Anthropologie fehlte.

Aus diesem völligen Mangel an Einfühlungsvermögen in die geistige Situation der dreißiger und vierziger Jahre resultieren viele weitere Mißdeutungen durch Trawny. Er ist beispielsweise der Meinung, daß nur Nationalsozialisten die Psychoanalyse als jüdisch bezeichnet hätten und Heidegger eben einer sei, weil er es auch tue. Ein Blick in Egon Friedells (ein Jude!) *Kulturgeschichte der Neuzeit* hätte genügt, ihn eines Besseren zu belehren (Psychoanalyse sei eine »Mischung aus Talmud und Junggesellenliteratur«, heißt es dort unter anderem). Aber die Kenntnis dieses Klassikers darf man heute nicht mehr voraussetzen. Ebenso mokiert sich Trawny darüber, daß Heidegger im Zweiten Weltkrieg »parteilich« (!) gewesen sei, daß er den Juden das Prinzip »Entortung« unterstelle (warum hätte es, wenn dem nicht so gewesen wäre, überhaupt Zionisten geben sollen?) und daß er eine Beziehung zwischen Judentum, Amerikanismus und Bolschewismus sehe (was seit 25 Jahren wissenschaftlich ausgeführt ist und auch zuvor nie ernsthaft in Zweifel gezogen wurde). Und böseartig wird Trawny dort, wo er Auschwitz ins Spiel bringt, indem er Heideggers Forderung nach »Reinigung des Seins« auf die Rassengesetze bezieht.

Daß es im Kern gar nicht um diese Textstellen geht, zeigt Lutz Hachmeister in seinem Buch *Heideggers Testament. Der Philosoph, der Spiegel und die SS* (Berlin: Propyläen 2014), das noch ohne die Kenntnis der *Schwarzen Hefte* geschrieben wurde. Hachmeister geht es darum, eine Art Verschwörung aufzudecken, die er an den Umständen des berühmten *Spiegel*-Interviews von Heidegger festmacht. Dieses Gespräch wurde 1966 geführt und erschien, das war Heideggers Bedingung, erst nach seinem Tod. Hachmeister macht daraus eine Räu-

berpistole, in der Heidegger als unverbesserlicher Leugner der eigenen Schuld die *Spiegel*-Leute für sich einspannt und so die Deutungshoheit über sein Leben behält. Dabei habe er mit dem nationalkonservativen Herausgeber Rudolf Augstein leichtes Spiel gehabt. Der Clou besteht darin, daß Hachmeister den *Spiegel* der sechziger Jahre als ein Sammelbecken für ehemalige SS- und SD-Leute charakterisiert (exemplarisch personifiziert in dem für das Ressort »Geisteswissenschaften« verantwortlichen Georg Wolff). Diese Clique habe naturgemäß keine Interesse gehabt, Heidegger die richtigen Fragen zu stel-



Spiegel-Interview 1966

len. Unter der Überschrift »Familienverhältnisse« zeigt Hachmeister, daß seiner Ansicht nach diese Verschwörung bis in die Gegenwart reiche. Nicht nur, daß der Sohn Hermann Heidegger die objektive Erforschung seines Vaters verhindere: Dessen Kontakte zur *Jungen Freiheit*, zur *Sezession* (Beweis: siehe Interview nächste Doppelseite!) und zum Verlag Antaios (dort erschien Hermann Heideggers Gefangenschaftstagebuch *Heimkehr* 47) werden als Schützenhilfe für das rechtskonservative Milieu gewertet. Mit anderen Worten: Hachmeister weiß ziemlich genau, wo Heidegger philosophisch und politisch einzuordnen ist (was man von Trawny nicht unbedingt behaupten kann).

Der Kampf gegen Heidegger zielt also auf eine ganz andere Stelle. Die Zitate über Juden sind nur Mittel zum Zweck. Es geht um das Ärgernis Heidegger, der mit seiner Kritik der Moderne und der Kultur (der »Machenschaft«) überhaupt einen wunden Punkt getroffen hat. Es ist der radikal andere Blick, der die Geschichte als einen Verfallsprozeß interpretiert und einen neuen Anfang fordert. Doch auch hier, wo sich mancher Revolutionäre die Hände reiben könnte, wird Heidegger eben gerade angesichts des Nationalsozialismus skeptisch. In den *Schwarzen Heften* findet sich Entscheidendes zu Heideggers metapolitischem Denken. Diesen Schatz zu heben ist einem Beitrag vorbehalten, der in der nächsten *Sezession* erscheinen wird. ■

15 »Schwarze Hefte«, 1 200 Seiten, 3 Fundstücke

Ein Gespräch mit Hermann Heidegger

Martin Heidegger (1889–1976) gilt weltweit als der wichtigste deutsche Philosoph des 20. Jahrhunderts und ist gleichzeitig heftig umstritten, weil er in den Jahren 1933/34 mit dem Nationalsozialismus sympathisierte. Daher gab und gibt es immer wieder Angriffe, die seine ganze Philosophie als nationalsozialistisch inspiriert brandmarken wollten. In Deutschland war diese Strategie zumindest teilweise erfolgreich. An den Universitäten spielt Heidegger nicht die ihm gebührende Rolle. In Frankreich wurden sogar Forderungen laut, man solle seine Schriften aus den Bibliotheken entfernen. Seit einigen Monaten bieten die gerade aus dem Nachlaß veröffentlichten Schwarzen Hefte neue Munition. Verantwortlich für die Heidegger-Gesamtausgabe ist sein Sohn und Nachlaßverwalter, Hermann Heidegger. Erik Lehnert führte ein Gespräch mit ihm.

SEZESSION: Sehr geehrter Herr Dr. Heidegger, die bisherigen Angriffe auf Heidegger, etwa von Victor Fariás und Emmanuel Faye, sind nicht zuletzt deshalb ins Leere gelaufen, weil sie mit völlig überzogenen Spekulationen versucht haben, aus Heidegger einen Rassisten und Nazi zu machen. Nun sind die *Schwarzen Hefte* erschienen, und die meisten Kommentatoren sind sich sicher: Heidegger offenbart sich darin als Antisemit. Hat der neue Angriff mehr Substanz?

HEIDEGGER: Nein. Mein Vater hatte sein ganzes Leben lang enge und engste freundschaftliche Verhältnisse zu Juden. Die Beziehung zu Hannah Arendt ist bekannt. Zu dem Ehepaar Szilasi (einem ungarisch-jüdischen Philosophen und seiner Ehefrau) bestand seit Ende des Ersten Weltkriegs, als Szilasi aus Ungarn nach Freiburg geflohen war, ein enges freundschaftliches Verhältnis, das bis zu deren Tod Bestand hatte. Ein weiteres Beispiel ist sein Assistent Werner Brock, dem mein Vater gegenüber Eduard Baumgarten den Vorzug gab. Er hat Brock auch noch unterstützt, als dieser ins Exil mußte, was ein Antisemit wohl kaum getan hätte. Brock blieb meinem Vater auch nach dem Krieg freundschaftlich verbunden. Und, um das zu ergänzen, wir Kinder wurden regelmäßig zu den Szilasis in die

Ferien geschickt, wir gingen zu einem jüdischen Kinderarzt, und die beste Freundin meiner Mutter war Jüdin. Kurzum: Die Fakten des Lebens sprechen gegen solch eine anschwärzende Einschätzung!

SEZESSION: Der Wuppertaler Philosoph und Leiter des dortigen Heidegger-Instituts, Peter Trawny, der die drei Bände ediert hat, zeichnete sich bislang durch eine unaufgeregte Heidegger-Interpretation aus. In diesem Sinne sind auch die Nachworte gehalten. Allerdings spricht er in seinem gerade erschienenen Band *Heidegger und der Mythos der jüdischen Weltverschwörung* vom »seinsgeschichtlichen Antisemitismus« bei Heidegger und geht ziemlich scharf mit ihm ins Gericht. Wie stehen Sie zu dieser Einschätzung?

HEIDEGGER: Herr Trawny ist ein von mir sehr geschätzter Herausgeber von Bänden der Gesamtausgabe. In seinem von Ihnen angesprochenen Büchlein vertritt er seine eigene Meinung, was sein gutes Recht ist. Aus den zwölf kurzen Stellen, die zerstreut über rund 600 Seiten stehen und meist einen unmittelbaren zeitgeschichtlichen Bezug haben, einen »seinsgeschichtlichen Antisemitismus« zu begründen, überzeugt mich hingegen nicht. Der Antisemitismus ist kein Baustein im Denken meines Vaters.

SEZESSION: Trawny bezieht sich dabei vor allem auf drei Passagen, in denen Heidegger den Juden eine besondere Rolle im Verfallsprozeß der abendländischen Metaphysik zuweist, ihnen eine »betont rechnerische Begabung«, ein Leben nach dem »Rasseprinzip« und die »Entwurzelung alles Seienden aus dem Sein« unterstellt. Sind dies nicht Zuschreibungen, die damals durchaus üblich waren und die ebenso von jüdischer Seite geteilt wurden, wenn man sich beispielsweise daran erinnert, daß auch Georg Simmel der Überzeugung war, daß die »jüdische Geistesart ... im Allgemeinen von der germanischen sehr verschieden« sei? Speist sich also das Erschrecken über diese Stellen nicht zu einem Gutteil aus Heuchelei und mangelndem Wissen? So wie Francois Fédiér, ein Schüler Ihres Vaters, sagt, daß die »junge Generation« glaube, »schon das Wort Judentum sei ein Schimpfwort«?

HEIDEGGER: Mein Vater war kritisch gegenüber dem Weltjudentum eingestellt, ohne Antisemit zu sein. Diese Unterscheidung ist heute in Folge von Auschwitz kaum mehr zu vermitteln. Wer die dreißiger Jahre bewußt miterlebt hat, wird diese Unterscheidung verstehen.

SEZESSION: Muß die Beurteilung von Heideggers Denken einer Revision unterzogen werden, wie es Trawny fordert?

HEIDEGGER: Nein, diese Forderung ist überzogen. Die Stellen sind innerhalb des Textes eher Randbemerkungen und haben keinerlei zentrale Stellung. Man kann diese Bemerkungen im Kampf gegen Heidegger gut als Munition verwenden, das ist alles. Der entscheidende Punkt aber ist: Heideggers Kritik am Judentum wird heute nicht mehr verstanden. Ich sehe eine wichtige Aufgabe darin, dies dem heutigen Leser verständlich zu machen.

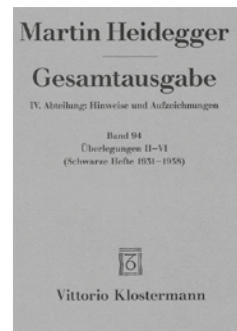
Die öffentliche Wahrnehmung stellt von den bisher erschienenen etwa 1200 Seiten zusammengerechnet zwei Seiten in den Vordergrund. Sie übersieht, daß die *Schwarzen Hefte* auch eine scharfe Beurteilung des Amerikanismus, des Bolschewismus, des Christentums und

bes Licht getaucht werden soll. Wie verhält es sich damit?

HEIDEGGER: Nach den Richtlinien meines Vaters für die Gesamtausgabe ist die Reihenfolge naheliegend. Die Kenntnis der Vorlesungen (II. Abteilung) ist notwendige Voraussetzung für das Verständnis der sogenannten »Unveröffentlichten Abhandlungen« (III. Abteilung). Die Kenntnis der Abteilungen I bis III ermöglicht erst das Verständnis der *Schwarzen Hefte*, die von 1931 bis 1970 geschrieben worden sind.

SEZESSION: Manchmal hat man den Eindruck, Heidegger hätte seine helle Freude an den überzogenen Reaktionen und Urteilen der Journalisten und Wissenschaftler, weil sie ja seine Verachtung der Medien unfreiwillig bestätigen. War er sich bewußt, welche Aufmerksamkeit jede seiner Zeilen auch vierzig Jahre nach seinem Tod noch finden würde?

HEIDEGGER: Nach dem Krieg hat er zu mir mehrmals gesagt, wenn er sterbe, hätte ich nichts anderes zu tun, als alles, was handschriftlich von ihm vorliege, zu verschnüren und zu versiegeln und für 100 Jahre gesperrt



Martin Heidegger (links) und sein Sohn Hermann Heidegger sowie Band 94 der bei Vittorio Klostermann erscheinenden Gesamtausgabe

nicht zuletzt des Nationalsozialismus enthalten. In diesem Zusammenhang sehe ich auch seine deutliche Kritik am Weltjudentum.

Auch auf das öffentliche Auftreten meines Vaters während der NS-Zeit ist hinzuweisen: Bereits vor seiner Wahl zum Rektor waren die jüdischen Mitglieder der Universität aus ihren Ämtern entfernt. Bereits eine Woche nach Amtsantritt war es ihm gelungen, dies rückgängig zu machen. Der schon genannte Werner Brock konnte an die Universität zurückkehren, Husserl bekam die amtliche Mitteilung, wieder Vorlesungen halten zu dürfen. Auch die Rektoratsrede enthält keinen Antisemitismus. Diese Tatsachen werden leider nicht oder viel zu wenig zur Kenntnis genommen.

SEZESSION: Warum sollten die *Schwarzen Hefte* den Abschluß der Heidegger-Gesamtausgabe bilden? Einige vermuten darin gar den »Schlußstein« seiner Philosophie, die damit in ein trü-

ber Archiw zu legen. Die Zeit sei noch nicht reif, ihn zu verstehen. Das war seine eigentliche Vorstellung. Er wollte gar keine Gesamtausgabe. Der Verleger Klostermann kam dann zu mir und wollte, daß ich meinen Vater von seinem Plan überzeuge. Das ist mir schließlich mit einer Begründung gelungen, die heute vielleicht seltsam klingt, damals (1973) aber verständlich war: Wie sollten seine Schriften erhalten werden, falls es einen atomaren dritten Weltkrieg geben würde? Nach einigen Minuten des Nachdenkens sagte er: »Hermann, aber dann bitte ich dich, daß du das in die Hand nimmst.« Ich war völlig überrascht, da ich für diese Aufgabe an seine hervorragenden Schüler Gadamer, Biemel und Bröcker dachte und selbst noch drei Bücher schreiben wollte, doch diese Pläne habe ich bald aufgegeben, da ich erkannte, daß die Arbeit für die Gesamtausgabe Martin Heideggers meine ganze Arbeitskraft bis zu meinem Lebensende beanspruchen würde. ■

Rössler heißt jetzt Rosenbaum

Raoul Thalheim: *Hirnhunde*, Roman, Schnellroda: Antaios 2014. 354 S. 19 €

Die Frage, wer sich hinter Raoul Thalheim verberge, beantworten wir nicht. Wenn, dann soll er selbst seinen wirklichen Namen preisgeben und auch den Zeitpunkt für sein »coming out« festlegen. Wir überschlagen: ein Drittel der *Sezession*-Leser wüßte mit diesem Autor sofort etwas anzufangen.

»Thalheim«: Kennt er die »neurechte«, »konservative«, »kernbürgerliche« Szene, die sich im Roman mit all diesen Etiketten unzufrieden zeigt, weil sie knapp danebenliegen, einengen, zur Ausgrenzung führen? Kennt er das Milieu wirklich, das zum Schauplatz dieses Romans wird? Von innen oder von außen? Er kennt, das wird für Innenseiter klar, sogar Anekdoten aus den frühen Jahre jener Wochenzeitung, die in seinem Roman *Freigeist* heißt und vom Leser leicht mit einem realexistierenden Medium wird verwechselt werden können. Wer sich an die Aufbaujahre dieser Zeitung erinnern kann, findet in Thalheims spiegellabyrinthischem Roman Entzifferbares. Vor allem aber sind es die Debatten um Pseudonyme, harte Themen und Gastautoren, die zeigen, daß sich Thalheim in die Widerborstigkeit und den Drang nach Normalität einer nicht wohlgelittenen Redaktion sehr genau hineinendenken kann.

Da ist die Hauptperson Marcel Martin, dieser ambivalente Held, besser: Antiheld mit Anleihen eines Simplicius Simplicissimus. Marcel arbeitet als Chefreporter der nicht vollends randständigen, aber doch vom Hauptstrom skeptisch beäugten Wochenzeitung *Freigeist*. Dieses Blatt gilt als »rechts« – einerlei, daß »El Jefe«, der Eigentümer des Blattes, diese Selbstbezeichnung vehement ablehnt

– und wird mehr insgeheim rezipiert, jedenfalls von den Meinungsmachern und deren Mitseglern im Windschatten. Im Dienst dieses Blattes trägt Marcel eine »professionelle Rüstung«: Seine Reportagen gelten als hervorragend. In Wahrheit sind seine souverän wirkenden Berichte Resultate eines langwierigen, von schmerzhaften Skrupeln durchdrungenen Vorgangs: »Zu Marceles Grundsätzen gehörte es, ehrlich zu schreiben. Ohne falsche Seitenlage. (...) Er wollte sein wie eine Waage. Ein Gerät, das still steht, das sorgsam geeicht ist und seine Schalen bereithält. Oder allenfalls, dies als äußerstes, wie der stille Passagier auf dem Boot, der sein Gewicht behutsam backbord neigt, wenn steuerbord leck zu gehen droht.«

Marcel schreibt unter Krämpfen. Sein Leben jenseits der Redaktionstätigkeit erscheint ihm ähnlich verzwickelt. Weshalb zeigt ausgerechnet Agnes Interesse an ihm, diese offensichtlich durch-und-durch linke, dennoch anbetungswürdige Radiofrau? Wieso meldet sich Doreen nicht mehr, das propre Fräulein mit dem gesunden Menschenverstand, das Marcel von seinem Freund und Kollegen Benjamin vermittelt bekam? Benjamin reüssiert munter als Schüler diverser Pick-up-Seminare, wendet seine Aufreißer-Tricks fleißig an und fährt nicht schlecht dabei.

Und dann ist da Eugen. Eugen Rössler, der Ex-Redakteur und alte Schulkamerad, der Marcel einst zum *Freigeist* vermittelt hatte. Der hat keine Probleme mit Frauen und auch keine mit Bauchgefühlen und Hirnimpulsen, aber offensichtlich mit seinem Namen. Rössler heißt jetzt Rosenbaum, brauchte er einen Neuanfang bei google? Aber warum? Warum ausge-

rechnet unter einem Namen mit solch »hm ... mosaischem« Beiklang? Und warum sind rechte Leser und Denker eigentlich überproportional oft schwul, wie Backhohl, die *Freigeist*-Edelfeder, unter Verweis auf redaktionsinterne Statistiken verkündet? Macht er Witze? Vielleicht spielen überhaupt alle falsch, vielleicht nimmt keiner die Sache so ernst wie Marcel, der eigentlich keinen Dienstschluß kennt.

Marcel versucht jedenfalls nach Kräften, seinen Mann zu stehen. Gegenüber Maman, der immer noch dominanten alleinerziehenden Mutter, gegenüber Agnes, der lieben, verirrten Linken, gegenüber Backhohl, dieser schillernden Eminenz und gegenüber den Objekten seiner Reportagen, hier vor allem die »ziganen Gesellschaften«, die am Ort des Gesche-

hens – Dresden – eine Bleibe gefunden haben. Marcel will kein falsches, ungerechtes Wort schreiben. Doch ihm schwindelt, und das ist folgerichtig. Marcel ist sensibel, übersensibel. Der Redaktionspsychiater (*Freigeist*-leser der ersten Stunde) kennt diese Zusammenhänge: Wer aufgrund seiner Wachheit stets die Positionen vertrete und begründe, die gerade nicht anschlussfähig seien im heutigen Weltbetrieb (also die »rechten«), von dessen Substanz werde gezehrt.

Hirnhunde ist kein Schlüsselroman, und doch ist er wahr. »Thalheim« versteht sein Handwerk, zweifellos: Sein Roman ist spannungsgeladen, luzide, voller Witz und Anspielungen. Daß er sprachlich gelungen und literarisch auf Könnerniveau durchkomponiert ist, macht ihn zu einem kleinen, überaus unterhaltsamen Meisterwerk.

Ellen Kositzka



Im Zwischenreich

Franz Sedlacek: *Die Stadt. Eine phantastische Erzählung*, Wien und Leipzig: Karolinger 2014, 158 S., 24 €

Wer sich als Liebhaber einschlägiger Gewächse in die Welt des Malers und Graphikers Franz Sedlacek begibt, wird trotz oder gerade wegen aller Seltsamkeiten, die ihm dort begegnen, rasch vertrautes Gelände entdecken. Nämlich die spezifische Mischung aus Phantastik und Satire, Beklemmung und makabrem Humor, Kauzigkeit und Grusel, die man auch aus den Werken anderer altösterreichischer Artverwandter kennt: etwa Alfred Kubin, Gustav Meyrink, Franz Kafka, Leo Perutz oder Fritz von Herzmanovsky-Orlando. Sedlaceks düstere Stadt- und Landschaftsbilder, auf denen der Himmel stets verhangen oder stürmisch umweht ist und nur einzelne markante Lichtflecken oder – punkte hervorglühen, stehen an der Kippe zwischen Traum und Alptraum. Ist das Schöne schon schrecklich oder umgekehrt? Wie Püppchen oder Zinnfiguren in überdimensionierten Spielzeugmodellen bewegen sich darin die Menschen gleich Schlafwandlern und gehen zwielichtigen bis rätselhaften Tätigkeiten und Leidenschaften nach. Sedlacek liebte auch nocturne Gespenstererscheinungen, grotesk-anthropomorphe Pflanzen und Tiere und hoffmanneske Szenen mit skurrilen Wissenschaftlern in ihren trüben Studierstuben. Er selbst pflegte wie viele Österreicher eine entsprechende Doppexistenz: im zivilen Berufsleben war der 1891 in Breslau geborene, in Linz aufgewachsene und in Wien heimische Künstler Chemiker und stellvertretender Direktor eines Technischen Museums. Der Karolinger-Verlag leitete 1990 mit einem prächtigen Bildband – versehen mit einem Vorwort von Erik von Kuehnelt-Leddihn! – die Renaissance des inzwischen halbvergessenen Mei-

sters ein. Nun ist ein lange unter Verschluss gehaltenes Romanfragment Sedlaceks erschienen, angereichert mit schönen Bildbeigaben: *Die Stadt* schildert ähnlich wie Kubins *Die andere Seite* eine Reise in ein Zwischenreich, in dem die Logik des Traumes herrscht, angelegt als Wanderung durch mehrere Sedlacek-Gemälde, die detailliert beschrieben werden. Die titelgebende »Stadt« bleibt ungenannt, ist aber unverkennbar das dämonisch-geomütliche Wien, in dem der Erzähler gefangen ist wie die Figuren in Kafkas Erzählungen: »So war mir nun klar geworden, daß es mir bestimmt sei, in dieser Stadt auszuharren, bis ich auf irgendeine Weise aus ihr weggerufen oder fortgeführt werden würde.« Unvermeidlich waren wohl die Seitenhiebe auf die kakanische Bürokratie: so wird der Leser in die Mysterien des Abbaus von »Aktengestein« in entsprechenden Bergwerken und die Fließbandproduktion von Beamten, »Regierungs- und Ministerialräten« in spezialisierten Fabriken eingeweiht. Die Reise endet abrupt und verläuft ebenso im Nichts wie Sedlaceks Leben: seine Spur verliert sich Anfang 1945 bei der Verteidigung der Festung Thorn in Westpreußen.

Martin Lichtmesz

Opsi trägt Affenfell und ißt Bananenkuchen

Ulrike Draesner: *Sieben Sprünge vom Rand der Welt. Roman*, München: Luchterhand 2014, 559 S., 21,99 €

Es ist so, daß Ulrike Draesner eine wirklich renommierte Autorin, Essayistin und Lyrikerin ist. Literaturpreise en masse wurden auf sie gehäuft. Sie hat sympathische Stücke geschrieben. Auch ihr neuer Roman *Sieben Sprünge vom Rand der Welt* wurde allseits hochgelobt, mit Abstrichen

zwar – wegen der Längen. Draesners voluminöses Buch machte deshalb neugierig, weil sie ein Vertriebenenkind ist und weil das Leben mit »Luftwurzeln« und epigenetischen Defiziten – ganz konkret geht es um die Vertreibung des Vaters aus Niederschlesien

– Kernthema des Romans ist. Eine der neun Stimmen aus vier Generationen, die diese Geschichte sprechen, die eigentliche Protagonistin, ist Simone. Sie hat am gleichen Tag wie ihre Autorin Geburtstag, biographische Parallelen liegen nah. Ja, es gibt einzelne Perlen in

diesem Romankoloß, die schimmern und funkeln, ein Dutzend, vielleicht zwanzig. Allein, diese Glanzstellen tragen nicht über fünfhundertneunundfünfzig Seiten voller Gefühligkeiten, unübersehbarer Frau-denkt-sich-in-Männerhirn-Versuche, Plaudereien, Seitenstränge, lyrischer Versatzstücke, konventioneller und wenig subtiler Metaphorik. Mit zunehmender Müdigkeit hangelt man sich von Perlchen zu Perlchen und stolpert dabei laufend über Mißgriffe und Unnötigkeiten. Simones greiser Vater Eustachius (auch als Stach, Justitsch, Opsi benannt, das soll die Vielstimmigkeit verdeutlichen) ist – wie seine Tochter Simone – Affenforscher. Er liebt die Primaten, weil er den Menschen mißtraut. Das ist sein Vertreibungserbe. Simone verliebt sich erst in die Radiostimme des Psychologen Boris (Arbeitsschwerpunkt: Vertreibung), dann in den realen Menschen. Auch Boris' Familie wurde vertrieben: Aus Lemberg in die »deutschen Ostgebiete«. So hat jeder zu kauen an Vergangenenem, an Verschwiegenem, an Tabuisiertem, an entgangenen Chancen. Hier wird nichts angedeutet, es wird ausgedeutet, zu Tode geschwätzt, auf immer länger werdenden Seiten. Schade.

Ellen Kositzka



Trojanisches Pferd »islamische Toleranz«

Hamed Abdel-Samad: *Der islamische Faschismus. Eine Analyse*, München: Droemer 2014. 224 S., 18 €

Wiewohl seine islamkritischen Thesen ihm die Todes-Fatwa eingebracht haben, will Hamed Abdel-Samad den Titel seines neuen Buches doch nicht als polemische Tautologie verstanden wissen: Nicht den Islam als solchen, sondern lediglich den politischen Islam sucht er als eine virulente Form des Faschismus zu entlarven. Mit der Demokratie vereinbar wäre für ihn allerdings ein radikal privatisierter Islam, aber der scheint nur marginal vorhanden, und so beargwöhnt der Autor die berühmte »islamische Toleranz« als ein Trojanisches Pferd. Eine intime Kenntnis islamischer Glaubens- und Lebenswelten wird man dem deutsch-ägyptischen Politikwissenschaftler, der selber eine islamistische Lebensphase hinter sich hat, jedenfalls schwerlich absprechen können. Und erfreulicherweise läßt er seine plakative Rede vom »islamischen Faschismus« nicht zu einem politischen Kampf begriff erstarren, sondern verfolgt kundig die realhistorischen Allianzen und massenpsychologischen Affinitäten zwischen Faschismus und Islamismus.

Beide »politischen Religionen« erhoben sich als Ressentimentphänomene großen Stils aus den Trümmern des Ersten Weltkrieges und wurden gerade in jenen »verspäteten Nationen« mächtig, die sich vom siegreichen Westen erniedrigt und beleidigt fühlten. Wie Ernst Nolte zählt auch Abdel-Samad die faschistischen und islamistischen Bewegungen zu den epochalen »Widerstandsbewegungen gegen die Moderne«; aber anders als der große Faschismustheoretiker führt unser Autor den islamistischen Antisemitismus nicht auf bloßen Antizionismus zurück, sondern legt dessen Wurzeln im »Urislam« selbst frei. Mohammeds mörderische

»Säuberung Arabiens« von Juden und Ungläubigen, die sich bereits im Koran zu »Affen« und »Schweinen« entmenschlicht finden, gilt ihm als »Geburtsstunde des islamischen Faschismus«.

In seiner historischen Rückschau verschweigt Abdel-Samad die tolerantere arabische Hochkultur des Mittelalters keineswegs, doch sei diese eben nicht auf dem Boden der islamischen Religion, sondern aufgrund christlicher, griechischer und persischer Einflüsse aufgeblüht. Und den nachmaligen Verfall der islamischen Kultur wiederum hätten nicht

die christlichen Erbauer, sondern die später eingefallenen Mongolen verursacht, bevor schließlich die Türken die arabische Halbinsel für mehrere Jahrhunderte vollständig von der europäischen Zivilisation abschotteten. Nach dem Untergang des osmanischen

Reiches, welcher die kulturelle Rückständigkeit der islamischen Welt offenbarte, erstarkten zunächst in Indien, dann in Ägypten fundamentalistische Kräfte, welche den Dschihad wiederbeleben und das glorreiche Kalifat wiederherstellen wollten. Aber nur dank der militärischen und ideologischen Zurüstung durch die Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg konnte die von Hassan al-Banna gegründete ägyptische Muslimbruderschaft zur Mutterorganisation des islamistischen Terrorismus avancieren. Muslimbrüder verbreiteten das Gerücht, Hitler sei zum Islam übergetreten und nenne sich seither

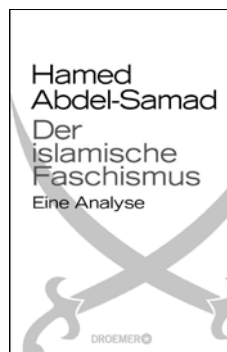
»Hadsch Mohammed Hitler«, und al-Banna selbst rief den ersten Palästinenserführer el-Husseini zum Nachfolger Hitlers im Kampf gegen die Zionisten aus. Immerhin hatte dieser »Großmufti von Jerusalem« bereits 1929 ein »judenfreies Palästina« proklamiert, und als er 1941 von Heinrich Himmler über das unmittelbare Bevorstehen der »Endlösung« unterrichtet wurde,

kündigte er eine solche öffentlich auch für Palästina an. Diese Wahlverwandtschaft zwischen nazifizierten Deutschen und semitischen Arabern konnte allein durch die Rassenverwandtschaft mit den arischen Persern noch überboten werden. Als Spätfolge eines intensiven Ideologietransfers sollte der radikalfaschistische Vernichtungsantisemitismus daher gerade im Iran – und zwar bereits mit der Revolution des Ayatollah Khomeini – zur Staatsdoktrin werden. Gleichwohl etablierte sich *Mein Kampf* auch in der arabischen Welt als Dauerbest-

seller, und nicht nur auf die Schwarzhemd-Milizen der Hisbollah, die freimütig den deutschen Gruß pflegen, entfaltete Hitlers Bekenntnisschrift eine größere Wirkung als selbst der Koran. Über *Unseren Kampf mit den Juden* schrieb 1950

indessen auch der neue Vordenker der Muslimbruderschaft, Sayyid Kutb, der seinerseits radikal-islamistische Terrororganisationen wie Al-Kaida inspirieren sollte; noch der abgesetzte ägyptische Staatschef Mohammed Mursi fand in Kutbs Schriften den »wahren Islam« wieder. Wenn Abdel-Samad mit seinen pointierten politischen Thesen und historischen Analysen auch nicht eigentlich wissenschaftliches Neuland betritt, so bezeugt doch das Aufsehen, welches sein populär geschriebenes Buch erregt hat, daß die Ergebnisse der aktuellen Forschungsliteratur sich in unserer – angeblich so islamophoben und proisraelischen – Öffentlichkeit noch längst nicht herumgesprochen haben. Jedenfalls hat ein Europa, das aus dem evidenten Nexus zwischen der Ausbreitung islamistischer Haßpropaganda und dem Anstieg antijüdischer Übergriffe politische Konsequenzen zu ziehen weder willens noch fähig scheint, eine solche Lektion bitter nötig.

Siegfried Gerlich



Juden sind besser. Nigerianer auch.

Amy Chua/Jed Rubenfeld:
Alle Menschen sind gleich. Erfolgreiche nicht. Die verblüffenden kulturellen Ursachen von Erfolg. Aus dem Englischen von Ulrike Bischoff, Frankfurt a.M.: Campus 2014. 318 S., 19,99 €

Ja: Das ist ein »verblüffend« reißerischer Titel. Ja: Auch die güldene Halbbanderole trägt nicht dazu bei, klugen Lesern die Lektüre schmackhaft zu machen. Ja: Amy Chua, das ist jene »Tigermutter«, die 2011 in ihrem Bestseller (*Wie ich meinen Kindern das Siegen beibrachte*) erzählte, wie sie ihre Kinder als »Abfall« beschimpfte und drohte, deren Stofftiere zu verbrennen, falls die Geigenetüde nicht erstklassig vorgetragen würde. Und dieses neue Buch Chuas, verfaßt mit ihrem Ehemann Jed Rubenfeld – Sohn jüdischer Eltern –, soll lesenswert sein? Ja, und wie! Liest man die Danksagungen, die vor den tausend Fußnoten abgedruckt sind, staunt man über den gigantischen Mitarbeiterstab, der zu diesem Buch beigetragen hat – ein Mammutunternehmen. Nicht die Gründe für den Erfolg von Individuen, sondern für den von ethnischen und religiösen Gruppen haben Chua/Rubenfeld ins Visier genommen. Ihr Forschungsfeld sind die Vereinigten Staaten, und mit »Erfolg« meinen sie nicht persönlich-ganzheitliches Wohlergehen, sondern wirtschaftlich meßbare Ergebnisse. Unter die aufstiegsorientierten, erfolgreichen Gruppen fassen sie die Juden, die Mormonen und die Ostasiaten (vornehmlich die Chinesen). Bei den Hispanoamerikanern sind es die Kubaner, bei den afrikanischen Einwanderern die Nigerianer und unter den Arabern die Libanesen, die heute in den USA ökonomisch punkten. Der »protestantische Geist«, den Max Weber vor hundert-zehn Jahren als Triebfeder des Wachstums ausgemacht hatte, dient weniger denn je als Pumpe und Motor. Nicht mehr

die WASP, sondern – gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil – Angehörige randständiger Gruppen dominieren die Chefessel, Börsenplätze, Universitäten und Musikhochschulen. Wie kommt es, daß fünf der zehn reichsten Hispanics Kubaner sind, die nur vier Prozent der hispanischen Bevölkerung ausmachen? Warum sind zwei Drittel der schwarzen Harvard-Studenten Nigerianer? Warum sind 139 der vierhundert reichsten US-Amerikaner Juden, obwohl nur 1,7 Prozent der Bevölkerung jüdisch sind? Warum kassieren Juden (0,2 Prozent der Weltbevölkerung) ein Fünftel der Nobelpreise? Warum haben Iraner mit fünffach höherer Wahrscheinlichkeit einen Dokortitel als der Rest der US-Bevölkerung? Nachvollziehbar und datenbasiert nennen Chua/Rubenfeld einen »Dreierpack« an Faktoren, eine Konstellation, die dem Aufstiegserfolg stets zugrundeliegt: Erstens ein »Überlegenheitskomplex« (das Bewußtsein, zu einer in irgendeiner Weise auserwählten Gruppe zu gehören), zweitens ein bedrängendes Unsicherheitsgefühl (man »gehört nicht dazu«, man »will es ihnen zeigen«), drittens Impulskontrolle (Triebbefriedigungsbeherrschung). Sämtliche drei Faktoren laufen den liberalen Prinzipien des modernen Nordamerika zuwider. Das bedeutet für die aufstrebenden Gruppen zugleich eine Chance wie eine Gefahr. Die US-Ideologie predigt Gleichheit. Das geht gegen den Überlegenheitskomplex. Sie fordert seit Beginn der Self-Esteem-Mode (1969) die Akzeptanz der devianten Persönlichkeit (»Sei du selbst!«): eine Devise, die gegen das Unsicherheitsgefühl gerichtet ist. Und sie hat nicht zuletzt eine Jugendkultur zur Erwachsenen-kultur erhoben, deren Maximen lauten: »Entspann dich! Lebe im Hier und Jetzt!«. Impulskontrolle ist unzeitgemäß. Chua/Rubenfeld schildern – anhand von Zahlen und einzel-

nen Lebenswegen –, inwiefern die erfolgreichen Gruppen jenen *all-american*-Mantras entgangen sind. Sie weisen nach, daß der Gruppenerfolg eine regelmäßige Verlaufskurve vollzieht: Die je dritte Generation der Emporstrebenden knickt für gewöhnlich ein und findet sich im Durchschnitt wieder. Es gibt zwei nahezu unhintergehbare Faktoren, die das produktive Spannungsverhältnis des »Dreierpacks« unterlaufen. An beidem trägt der amerikanische Schmelztiegel Schuld, der einen Verlust der kulturellen Erbes bedeutet: Erstens ist es die Assimilation (die Hingabe an den *american way of life* mit seiner seit zweihundert Jahren inhärenten Bequemlichkeit), zweitens die Verweichlichung, die durch Abschleifen des Unsicherheitsgefühls notwendige Folge ist. Erfolg, sagen die Autoren, mache weich und sicher, nehme die Spannung. Wo die Erfahrung von Geringschätzung und Mißtrauen fehlt, lasse eine Triebfeder nach. Zudem, als drittes, ist der Überlegenheitskomplex schwer beizubehalten. Sämtliche Assimilationskräfte der homogenisierenden, auf »Equality« bedachten US-Kultur bekämpfen ihn. »Amerikaner verabscheuen Überlegenheitskomplexe, außer ihrem eigenen.« Die Autoren, vertraut im Umgang mit »achtsamer« PC-Sprache, weisen dezidiert darauf hin, daß finanzielles Wohlergehen und Renommee nicht gleichbedeutend sind mit Glück, und daß Strebsamkeit eine pathologische Kehrseite haben kann. Das Streben nach »konventionellem«, nach externen Maßstäben bewertetem Erfolg rechtfertigen sie damit, daß es darauf ankomme, nach dem Erklettern der obersten Stufe die Leiter wegzuworfen, um ein unkonventionelles Drehbuch zu schreiben. Man läse ein augenöffnendes Buch wie dieses gern mit deutscher Perspektive.

Ellen Kositzka



Lernt mich gut lesen!

Rüdiger Schmidt-Grépalý (Hrsg.): *Zur Rückkehr des Autors. Gespräche über das Werk Friedrich Nietzsches*, Göttingen: Steidl 2013. 125 S., 16 €

Haben wir eine neue Nietzsche-Ausgabe nötig, weil die derzeit gültige, die einst von Colli und Montinari herausgegebene Edition uns einen »bearbeiteten« und damit »verfälschten« Nietzsche zeigt? Der Leiter des Nietzsche-Kollegs in Weimar, Rüdiger Schmidt-Grépalý, befragt dazu die drei Nietzsche-Kenner Peter Sloterdijk, Renate Reschke und Bazou Brock. Sie alle begrüßen die von Schmidt-Grépalý geplante Neuherausgabe, in der lediglich die von Nietzsche selber autorisierten Werke erscheinen sollen: eine Ausgabe »letzter Hand«, die also nur jene Werke enthält, die beim geistigen Zusammenbruch Nietzsches 1889 vorlagen; ohne jeden editorischen Eingriff und Zusatz aus dem Nachlaß. – Ob uns dadurch jedoch ein wesentlich anderer Nietzsche begegnen wird, darf bezweifelt werden, denn natürlich enthielten alle bisherigen Ausgaben auch jene von Nietzsche selber herausgegebenen, mithin authentischen Schriften. Dennoch ist das Projekt reizvoll, zumal es auch auf Nietzsches ästhetische Vorstellungen bei der Buchgestaltung eingehen will. In den Gesprächen wird u. a. die Frage erörtert, was eigentlich einen Autor kennzeichne und wie man ihm gerecht werden könne. Es gibt freilich die verschiedensten Zugänge zu Nietzsche und eben darin wird deutlich, wie schwierig der Umgang mit diesem Autor besonders unter den stark veränderten Zeitläuften im 21. Jahrhundert ist. Und so gesteht Sloterdijk freimütig, daß Nietzsche nichts fremder sein könne »als die diskurstheoretische Version des Historismus, die heute an den geisteswissenschaftlichen Fakultäten weltweit von gelehrten letzten Menschen betrieben wird«. Aber gerade

deshalb ringen die Gesprächsteilnehmer um eine Interpretation, die den oft weit entfernten Philosophen für die eigene Zeitgenossenschaft gewinnen soll.

Doch was ist dadurch erreicht, Nietzsche zum tausendsten Mal nach den jeweils eigenen Denkmustern rauf und runter zu interpretieren, in ihm also heute sogar den Sozialdemokraten erkennen zu wollen? Würde man diesem Ausnahmendenker des freien Geistes nicht dadurch viel gerechter werden, daß man endlich selber konsequent »frei« zu denken begönne, also auch einmal mit der herrschenden Moral und Weltanschauung der eigenen Zeit unerschrocken ins Gericht ginge? Wo bleibt der Mut zum Selbstzweifel, zur Vogelperspektive oder der zum echten geistigen Aufbruch? Denn von den arrivierten Philosophen wagt sich im Sinne Nietzsches heute keiner »auf die Schiffe«. Wie fremd und verwechselbar Nietzsche also auch nach der neuen Edition bleiben dürfte, zeigt sich vor allem darin, daß sich an dem fehlenden Wagemut kaum jemand stört.

Frank Lisson

Geschichtsmythos Habsburg

Richard Wagner: *Habsburg. Bibliothek einer verlorenen Welt*, Hamburg: Hoffmann und Campe, 2014. 240 S., 27,99 €

Nach dem zusammen mit Thea Dorn verfaßten Meisterstück *Die deutsche Seele* legt Richard Wagner nun eine weitere Bestandsaufnahme vor, in schmalere Umfang und ohne Anspruch auf Vollständigkeit. *Habsburg* ist ein lockerer Streifzug durch den historischen und geographischen Raum der Donaumonarchie, aus deren Humus auch der 1952 im Banat geborene Autor selbst stammt. Als roter Faden dient ihm dabei das Blättern in einer fiktiven »Bibliothek«, in

der sich diese »verlorene Welt« widerspiegelt. Zum »Bibliothekekar« und Reiseführer hat Wagner den 1890 in Wien geborenen, heute nur mehr Spezialisten bekannten theologisch-philosophischen Schriftsteller Erwin Reisner erkoren, der zeitweise in Siebenbürgen lebte. Wagners kurzweilige, elegante Skizzen behandeln unter anderem: den Lauf der Donau vom Schwarzwald ins Schwarze Meer, die Titel des Kaisers Franz Joseph, den politischen Katholizismus, Bram Stokers *Dracula*, das »Lied vom Prinzen Eugen«, die »Stadt im Windschatten« Triest, Rezepte für Dobroschortorte, Mohnstrudel und Quark-Pogatschen und »das Kino des Prager Frühlings«. Gastauftritte haben Ludwig Wittgenstein und Sigmund Freud, Robert Musil und Joseph Roth, Rainer Maria Rilke und Franz Kafka, Elias Canetti und Emil Cioran, György Konrad und Bela Lugosi, Paul Celan und Milan Kundera – die Liste der illustren Sprößlinge des trans- und cisleithanischen Raumes ist schillernd und schier endlos. Wagners Anrufung der »Welt von Gestern« formuliert aber auch eine Frage an die Gegenwart: »Ein wichtiger Indikator für das Gleichgewicht einer Gesellschaft ist das in ihrer Öffentlichkeit akzeptierte Verhältnis zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Sprich: Wie viel Vergangenheit braucht diese? Wie viel Gegenwart weiß sie sich zu verschaffen? Wie viel Zukunft billigt sie sich zu?«. Wagner macht keinen Hehl daraus, daß er das heutige Verhältnis zu diesen Dingen aus dem Gleichgewicht gekippt sieht: wir leben in einer Zeit, die besonders seit dem Fall des Ostblocks »rasant an Gedächtnis verloren« hat. Die Frage nach einer kulturellen und politischen Ordnung und Identität Europas, die der Herkunft eine Zukunft geben und die Vielfalt in eine Einheit bringen kann, bleibe weiterhin offen: »Es ist



keiner mehr da, der zu uns sprechen könnte, und mit der Anrede »meine Völker« zu beginnen wüßte«, wie einst der österreichische Kaiser. »Die Lebenskunst, von der wir gerne sprechen, hat ihre Rahmenbedingungen. Zu ihrer Festlegung haben die Habsburger und ihr Imperium einen wesentlichen Beitrag geleistet. Nachzulesen in der Bibliothek einer verlorenen Welt«, schreibt Wagner. Zwar beglückt von der Lektüre, aber doch melancholisch klappt man Wagners Betrachtungen wieder zu. Man blickt aus dem Fenster, und beginnt sich ernsthaft zu fragen, ob Europa, das alte, das wirkliche, das europäische Europa heute doch nur mehr in Büchern – und nur dort aufzufinden ist.

Martin Lichtmesz

Terror als Therapie

Felix Wemheuer (Hrsg.): *Linke und Gewalt. Pazifismus, Tyrannenmord, Befreiungskampf*, Wien: Promedia 2014. 176 S., 12,90 €

Obwohl in einschlägigen Medien regelmäßig vor »rechter Gewalt« gewarnt wird, gibt es faktisch keinen Gewaltdiskurs von rechts. Die heutige Rede von der »rechten Gewalt« meint denn auch nur Gewalt von Deutschen an Ausländern aus vermeintlich fremdenfeindlicher Absicht, nicht aber eine interne Auseinandersetzung mit explizit politischen Strategien. Das ist auf der diskursfreudigen Linken ganz anders, existiert doch hier seit Ende des 19. Jahrhunderts eine sehr kontroverse Diskussion zum Einsatz von politischer Gewalt. Unterschiede zwischen Rechts und Links finden sich dabei sowohl grundsätzlich als auch qualitativ. War der Linken, ganz im Sinne Clausewitz', die Gewalt stets ein Mittel, um den eigenen politischen Zielen und der Machterlangung zu dienen, so lagen bei der radikalen Rechten andere Beweggründe vor. Der Kampf an sich wurde, etwa bei Mussolinis Anknüpfung an Georges Sorel, als Mittel ewiger Auslese und

Balsam gegen die moderne Dekadenz verherrlicht. Das ist spätestens seit 1945 beendet, und jeder Ansatz eines rechten Gewaltdiskurses versiegte endgültig. Ob aus Läuterung, eigener Schwäche oder der strengen Beobachtung durch die Staatsmacht, wäre noch zu diskutieren. Rechts mäßigte man sich jedenfalls, gründete Parteien und war schon weitgehend damit überfordert, gelegentliche friedliche Demonstrationen und Veranstaltungen abhalten zu können. Der Diskurs der Linken zur Gewaltfrage geht indes munter bis in die Gegenwart weiter. Felix Wemheuer, ein regelmäßiger Autor der *Jungle World*, hat nun einen Band zum Thema mit vielen historischen Originaltexten herausgegeben, der die ganze Bandbreite der linken Diskussion seit 1881 anschaulich darbietet. Gemeinsamer Nenner vieler Texte ist, daß sich ohne Gewalt die politischen Machtverhältnisse im Kapitalismus nicht beseitigen ließen. Der differierende kulturelle und zeitliche Kontext muß allerdings beachtet werden: Lenins Konzept der militärischen Gewalt unterscheidet sich deutlich von der Forderung Martin Luther Kings nach zivilem Ungehorsam. Die der Einschüchterung dienenden Mordanschlagphantasien des Anarchisten Johann Most und die »pädagogisch« begründeten Erschießungen Trotzki stehen im deutlichen Widerspruch zu Gustav Landauers Ablehnung von Selbstjustiz als unanarchistisch. Wemheuer verschweigt nicht, daß sich manche Konzepte, etwa Maos klassische Partisanentaktik, in Zeiten neuer militärtechnischer Entwicklungen, Drohnen und Satellitenüberwachung, überlebt haben. Und er gibt das generelle Scheitern der sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen Modelle zu, billigt ihnen aber trotzdem »große

Errungenschaften« bei der Beseitigung des Nationalsozialismus, des Kolonialismus und der Rassentrennung zu. Doch bleibt er dabei so kritisch, »die häßlichen Seiten des menschlichen Wesens« und den »roten Terror« der Bolschewiki offen beim Namen zu nennen.

Claus-M. Wolfschlag

Konservative Denker: ein weites Feld

Daniel Führung (Hrsg.): *Gegen die Krise der Zeit. Konservative Denker im Portrait*, Graz: Ares 2013. 280 S., 29,90 €

Trotz vieler Arbeiten zum Konservatismus gibt es auf diesem Feld noch viele Desiderate. Noch immer liegt keine umfangreichere, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende neuere Studie vor, die das weite Feld des Konservatismus in der Bundesrepublik einigermaßen befriedigend abhandelt. Lediglich Vorarbeiten für ein solches Unterfangen existieren. Dem kann und will auch der von Daniel Führung edierte Sammelband nicht Abhilfe schaffen, der zwanzig interessante Porträts konservativer Denker präsentiert. Der Begriff dieser politischen Strömung ist weit gefaßt, wie der Herausgeber im Vorwort selbst herausstellt. Vertreter der angloamerikanischen Richtung (Michael Oakshott, Russell Kirk) werden ebenso

berücksichtigt wie Repräsentanten des katholischen Konservatismus (Johannes Messner, Robert Spaemann, Plinio Corrêa de Oliveira), ein heidnischer Denker (Julius Evola) wird dargestellt, weiterhin klassische Autoren wie Erik Voegelin und Leo

Strauss sowie Protagonisten der Konservativen Revolution wie Arthur Moeller van den Bruck und Edgar Julius Jung. Natürlich stellt sich bei einer derartigen Auswahl die Frage, was die genannten Persönlichkeiten verbindet. Die Anregungen, die die betreffenden



Theoretiker geben, sollen »geistige Kraftquelle« sein. Beim Lesen der Texte wird freilich nicht immer klar, worin diese Inspiration liegen soll. Wenn der Herausgeber die »Leuchttürme« Nicolás G. Dávila, Ernst Jünger, Gerd-Klaus Kaltenbrunner und Othmar Spann hervorhebt, so fällt ihm dazu ein, daß alle Genannten Vorstellungen zu einer »gesunden Ordnung« entwickelt haben. Betrachtet man aber die von den genannten Schriftstellern vorgelegten Entwürfe, so kann man durchaus erhebliche Divergenzen konstatieren. Ein Gelehrter wie Spann kommt sicherlich zu anderen Ordnungsvorstellungen als ein Aphoristiker wie Dávila. Letztlich wären gewisse zeitliche und räumliche Einschränkungen sinnvoll gewesen. Dennoch sind den Verfassern lesenswerte Einführungen in die Quintessenz der jeweiligen Denker gelungen. Das macht die Lektüre empfehlenswert.

Felix Dirsch

Arme Männer

Arne Hoffmann: *Not am Mann. Sexismus gegen Männer*, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2014. 256 S., 19,99 €

Arne Hoffmann ist der wohl bekannteste Blogger der antifeministischen »Männerrechtsbewegung« in Deutschland, zu deren »linkem Flügel« er sich zählt. Damit ist er ein Dissident innerhalb der Gesamtlinken, zu deren heiligsten Kühen und erfolgreichsten Rennpferden eben der Feminismus zählt, der meta- wie innenpolitisch beinahe unangefochten die Diskurse, Wertsetzungen und Gesetzgebungen beherrscht. Dabei ist er längst zu einer Art Kult um »die Frau« als quasi »besserer Mensch« degeneriert, der in einer Front mit der Ideologie des »Genderismus« steht. Und ebenso wie der »Antirassismus« im Grunde eine Waffe gegen Weiße ist, so ist der Feminismus eine Waffe gegen Männer und Männlichkeit an sich. Aus linker Perspektive sind und

bleiben die Männerrechtler »Rechtsabweichler«, und haben daher mit denselben Widrigkeiten zu kämpfen wie alle Kritiker »politisch korrekter« Dogmen: rufschädigende und verzerrende Berichterstattung nicht nur durch Presse und Fernsehen, sondern auch durch staatliche Stellen, Ausgrenzung aus den Universitäten und Hochschulen, parteiische Behandlung durch Wikipedia usw. Da nützen auch interne Zerwürfnisse mit dem »rechten Flügel« des Maskulismus nichts – Hoffmann selbst hat einen einschlägigen Text mit dem Titel »Vergeßt die Rechten!« verfaßt. Sein Beharren auf einer »linken« Position bringt allerdings einige Schieflagen mit sich. Sein Dilemma ist vergleichbar mit jenem der »liberalen Islamkritiker«, die an Symptomen herumdoktern wollen, aber letztlich nach der Melodie ihres Feindes tanzen. Das über weite Strecken gewiß brauchbare Plädoyer gegen »Männerdiskriminierung« konzentriert sich allzusehr darauf, den Status der Männer dadurch aufzuwerten, indem auch ihnen eine »Opferrolle« zugesprochen werden soll, eine Erhebung in jenen seltsamen Adel also, mit dem heute jegliche Interessenpolitik legitimiert wird. Das geht so weit, daß Hoffmann die signifikant höheren Selbstmordraten unter Männern dem »Gendercide« durch »Diskriminierung« zuschlägt, ohne dafür den geringsten Beleg zu haben. Ironischerweise beißen viele Feministinnen zurück, indem sie die Maskulisten bei ihrer Mannesehre zu packen und als wehleidige Heulsusen hinzustellen versuchen. Dem entgegen Hoffmann, daß hier doch ein »reaktionäres« Männerbild bedient werde; die »emanzipatorische Männerpolitik« dagegen fordere »den Respekt vor jedem Individuum, wie es ist und sein will, solange es andere Menschen dadurch nicht schädigt ... Emanzipation be-

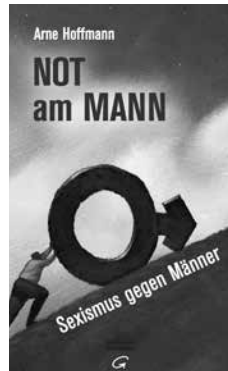
deutet, sich von den Zwängen einer fremdbestimmten Männerrolle zu befreien«. Damit dringt der Autor aber nicht zu dem Kern vor, an dem er ansetzen müßte: zur Frage nach der wahrhaften männlichen Identität, nach den blutigen und wesenhaften Dingen, die jenseits von »Menschenrechten«, »Emanzipation«, Vertragsklauseln und sonstigem Fließpapier liegen. Indem er seine Gegner beim Wort nimmt, blickt er nicht tief genug unter die Oberfläche des Geschlechterkriegs, über die er als Verfasser sadomasochistischer Erotica doch Bescheid wissen müßte. So bestätigt sich alles in allem auch hier die Faustregel: Vergeßt die Linken!

Martin Lichtmesz

Bilder als Hitzekammern der Empathie

Helmut Lethen: *Der Schatten des Fotografen. Bilder und ihre Wirklichkeit*, Berlin: Rowohlt 2013. 256 S., 19,95 €

Der Germanist Helmut Lethen, Jahrgang 1939, hat mit seinen *Verhaltenslehren der Kälte* (1994) einen Klassiker verfaßt. Die Werke Gottfried Benns und Ernst Jüngers waren lange Jahre Objekte seines germanistischen und kulturwissenschaftlichen Schaffens. Im Frühjahr ist Lethen, mittlerweile emeritiert, mit dem Sachbuchpreis der Leipziger Buchmesse ausgezeichnet worden. Lethens Buchtitel ist Hans Becker von Sothens zeitnah erschienenen *Bild-Legenden. Fotos machen Politik* verwandt, doch während letzterer einen entlarvenden Abgleich von publizierter Fälschung und Original vornimmt (fünf Sterne in der durchschnittlichen Amazon-Bewertung, also Höchstnote), geht es Lethen um die »Rhetorik der Bilder«, um die Auslotung von »Wirklichkeiten zweiter Hand« (ein Punkt bei Amazon). Soweit ist es klar:



Als Mediennutzer nehmen wir nur vermittelt am Tatsächlichen teil. Die Photographie, so sagt es Lethen mit Roland Barthes, seiner hier wichtigsten Bezugsgröße, sei eine »Emanation des Referenten«, also dessen, der das Bild »macht« und dessen, der es publiziert. Lethen interpretiert, plaudert, schwadroniert entlang seiner eigenen Biographie als Museums- und Kinobesucher. Sprachlich ist das absatzweise schön, mal abstrakt-theoretisch, oft auch vollends verschwurbelt. »Mit dem Verlust der Fähigkeit zur Objektivität in einem durch symbolische Praktiken ausgedehnten Personalraum fällt der Betroffene aus der Sphäre des intersubjektiven Austauschs«, so schreibt Lethen über eine Performance. Durch zahlreiche Sätze dieser Art, selten deziert wertend (allenfalls Wertungen als Zitat wiedergebend), immer im intellektualistischen Duktus des unentschiedenen Dazwischenseins befangen, hat sich der Leser zu wühlen.

Lethen, der Ex-Maoist, beschreibt seinen »Hunger nach Empirie« nach der Erschöpfung des kommunistischen Projekts. Es sei ihm in seiner postideologischen Phase darum gegangen, sich »die Dinge räumlich und menschlich näher zu bringen, um der Ferne habhaft zu werden«. Das klingt plausibel. Es wird fragwürdig, wo sich Lethen seitenlang mit Bruce Naumanns Skulptur »Wax impression of the Knees of Five Famous Artists« (1966) beschäftigt. Nur ein Detektiv, der die ungenannten Urheber jener Knieabdrücke dingfest machen könnte, werde vom »Schrecken des ungewissen Zeichens« befreit. Welcher Knieabdruck gehört zu welchem Künstler? Lethen erhebt die Frage zum philosophischen Ernstfall. Ist das abgehoben? Anspruchsvoll? Oder doch *nonsense*, völlig irrelevant?



Auch in den wenigen interessanten Passagen macht Lethen wenig Anstalten, Stellung zu beziehen. Er beschreibt, wie 1945 dem deutschen Kinopublikum gelegentlich Western angekündigt wurden, statt dessen aber Atrocity-Filme vorgeführt wurden, zum Beispiel die Todesmühlen von Auschwitz. »Die Reeducation-Offiziere registrierten mit Erleichterung, daß das Publikum nicht scharenweise den Saal verließ.« Die Besucher wurden beim Zuschauen gefilmt, um die »Beschämung in der Vergewärtigung der Grausamkeiten eines Tätervolks weltweit publik« zu machen. Längere Passagen widmet Lethen den Bildern der sogenannten Wehrmachtsausstellung, die 1995–1999 durch achtundzwanzig Städte tourte, bis sie aufgrund von Kritik an der Authentizität zahlreicher Bilder (»fataler Leichentausch«) abgesetzt und 2001 in neuem Gewande eröffnet wurde. Nun wurde nicht mehr auf Polemik und die Schockwirkung der Bilder gesetzt. Text dominierte. Der Besucher sah sich in ein steriles Forschungslabor versetzt, er durfte in Plexiglaskabinen die akribisch-kriminologischen Kommentare lesen. »Die analytische Präsentation löst einen psychischen Mechanismus aus, den man vom Genre des Horror kennt:

Selbstreflexion erhöht den Schrecken«, schreibt Lethen. Erst der betont sachliche Textrahmen habe die Bilder zu »Hitzekammern der Empathie gemacht«. Andere Photos, etwa die aus dem Inneren des Krematoriums V in Auschwitz, seien nie zum Objekt der Wissenschaft geworden.

Daß sich nur Narren mit einer wissenschaftlichen Beweisführung rund um die Todes-KZ beschäftigen, daß die Beschäftigung damit unter Umständen strafbewehrt ist, schreibt Lethen nicht. Nur, daß diese Bilder »von der Aura heiligen Entsetzens umgeben bleiben«.

Christian Marshall

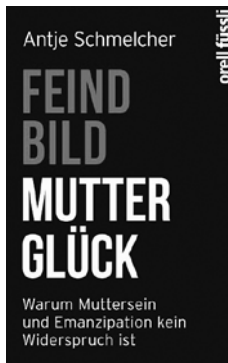
Makel Mutterschaft

Antje Schmelcher: *Feindbild Mutterglück. Warum Muttersein und Emanzipation kein Widerspruch ist*, Zürich: Orell Füssli, 208 S., 16,95 €

Frau Schmelcher hat ihrem Buch hübsche Zeilen einer Liedermacherin vorangestellt: Ein Hoch auf die Freiheit / und das Unvollkommensein / Ein Hoch auf einfach mal nach draußen gehen /und erst später fragen wieso. Ja! »Einfach mal nach draußen gehen«, das heißt im Kontext dieses Buches ungefähr: Krieg ein Kind, nimm dir die Freiheit! Laß dir keine Angst einreden, laß dich nicht einspannen vom Gerede der Vielen! Aber im Untertitel des Buchs dräut bereits wieder Vereinbarkeitsgedöns: Muttersein und das E-Wort in einem Päckchen.

Es muß wohl sein, schon allein marketingtechnisch. Dabei spricht Frau Schmelcher überhaupt nicht von Emanzipation, allenfalls von Feminismus. Dessen Protagonistinnen – heute oft staatlich bestallt – hätten eine bedeutsame Klientel verraten: die Mütter. Mütter würden heute als »größte Baustelle auf dem Arbeitsmarkt und in der Gleichstellungspolitik« angesehen. Mütter, da zeitweise nicht voll erwerbsfähig, gälten als defizitär, Mutterschaft als Makel, der schnellstmöglich ausgeglichen werden müsse. Es sind meist weibliche Entscheider, die proklamieren, daß das »verschenkte Potential« (Jutta Allmendinger) rasch nach der Geburt wieder auf den Markt getragen werden müsse. Schmelchers Standpunkt ist ein liberaler. Sie plädiert für Entscheidungsfreiheit und stellt den Wunsch nach außerhäuslicher Tätigkeit nicht in Frage. Was sie in neun Kapiteln beklagt, ist die systematische Abwertung der mütterlichen Erziehungsleistung. Nicht in jedem einzelnen Punkt mag man ihr folgen (wie Eva Herman, die Schmelcher gleichwohl eine »dumpfe Traditionalistin« nennt, sieht sie das Mutterbild des Nationalsozia-

lismus als Quelle elterlicher Kalthertigkeit, was ein wenig so ist, als sähe man in Hermans Erfolgsbüchern den Extrakt der bundesrepublikanischen Erziehungsvorstellungen der Nullerjahre), aber doch in den allergrößten Teilen. Eine Stärke des Buches ist es, daß die FAS-Autorin in einem nüchternen, auf schwesterliche »Wir Mütter«-Anrede und herzige Anekdoten verzichtenden Ton schreibt. Ihre Sätze sind kurz und äußerst prägnant, sie kennt sämtliche themenbezogenen Debatten, Bücher und politischen Winkelzüge. Ihre punktgenaue Nüchternheit und ihre Anklage der fehlenden weiblichen Solidarität, die von einer Anklage mentalität unter Frauen (»Was? Du bist immer noch zu Hause?!«) flankiert werde, bedeutet nicht, daß Frau Schmelcher nicht auch leidenschaftlich vom Leder ziehen kann. Nämlich gegen jene Arbeitsmarktfeministinnen, die massiv verunsichernde Botschaften unter Mütter bringen und Drohkulissen (»Krippe meiden heißt Bildung verhindern«) aufbauen. Unverbrämt geht die Autorin mit von der Leyen ins Gericht, mit Karrierepredigerinnen wie Liz Mohn und Maria Furtwängler, mit den »schmallippigen und kinderlosen Chefredakteurinnen« der taz, mit der Psycho-Koryphäe Lieselotte Ahnert (deren Buchtitel *Wieviel Mutter braucht ein Kind?* nur dann wissenschaftlich klänge, wenn man »Mutter« durch »Butter« ersetzte) und mit der Übermutter klassisch-moderner Feministinnen, Simone de Beauvoir, die auf der Höhe der stalinistischen Säuberungswellen die Verheißungen der russischen Revolution pries. Frauen müßten zum Broterwerb gezwungen werden, bereits den Fötus sah sie als »zehrenden Parasiten«. Das 1919 erschienene *ABC des Kommunismus* tutete ja ins gleiche Horn: »Der Gesellschaft gehört auch das fun-



damentalste Recht der Kindererziehung. Von diesem Standpunkt aus müssen die Ansprüche der Eltern, durch die Hauserziehung in die Seele ihrer Kinder ihre eigene Beschränktheit zu legen, nicht nur abgelehnt, sondern auch ohne Erbarmen ausgelacht werden«. Die heutige SPD sähe das übrigens ganz ähnlich. Das Umfeld von Mutter und Kind werde dort »familienpolitisches Idyll« genannt: gemeint als Schimpfwort. »In Wirklichkeit«, so Frau Schmelcher zum Mantra »Kinder, Kita & Karriere«, gebe es »nur Vereinbarungen zugunsten der einen und zu Lasten der anderen Seite. Der Rest ist Propaganda«.

Ellen Kositzka

»Wir ersetzen ein System des Geschwätzes«

Eric Fröhlich, Benedikt Kaiser: *Phänomen Inselfaschismus. Blackshirts, Blueshirts und weitere autoritäre Bewegungen in Großbritannien und Irland 1918–1945*, Kiel: Regim 2013. 334 S., 24,95 €

Mit dem *Phänomen Inselfaschismus* ergänzt der Regim-Verlag das in seinen *Kieler Ideengeschichtlichen Studien* angerissene Thema des *Eurofaschismus (Sezession 42)*. Die Autoren legen als Resultat ihrer sorgfältigen Recherche- und Editionsarbeit ein wissenschaftlichen Standards verpflichtetes Buch vor, dessen Qualität in der erstmaligen Übertragung der englischsprachigen Literatur zum Faschismus angelsächsischer und irischer Prägung, aber auch der konzisen Zusammenfassung bereits im deutschsprachigen Raum bekannter Werke besteht.

Die Studie beginnt mit dem von Eric Fröhlich verfaßten Teil über »Die Blackshirts in Großbritannien«, worin Sir Oswald Mosley und seine »British Union of Fascists« (BUF) naturgemäß die zentrale Rolle spie-

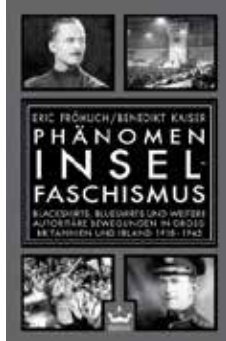
len. Der Strukturanalyse der BUF ist ein Blick auf die Entstehung der Vorgängerorganisationen »British Fascisti« (1916), »National Fascisti« (1924) und »Imperial Fascist League« (1928) vorangestellt. Auf Personal dieser Organisationen konnte der brillante Rhetoriker, mitreißende Politiker und auftrumpfende Charakter Mosley bei der Entwicklung seiner BUF bauen. Programmatisch verband der Parteiführer – in typisch faschistischer Manier – linke mit rechten Positionen und stellte den korporativen Staatsgedanken in den Mittelpunkt, worin »der Staat als Treuhänder für das ganze Leben eines Volkes« (Mosley) zu wirken hat. Fröhlich zeigt, wie gerade diese »Theorie des Körperschaftsstaats« als »raison d'être des englischen Parteifaschismus« zu dessen Erfolglosigkeit führte. Die nicht existente Gefahr des Kommunismus, die antideutsche Mehrheitsstimmung in der englischen Gesellschaft und das rigide Vorgehen des Staates ließen den zwar »dynamische[n] und realistische[n]«, aber eben »unenglischen« Faschismus Mosleys schließlich scheitern. Benedikt Kaiser widmet sich im zweiten Teil des (durch zahlreiche Schwarzweißphotos illustrierten) Buchs den »Blueshirts in Irland 1932–1937«, wobei er zeigt, daß eigentlich die Grünhemden als Träger des irischen Faschismus gelten müssen. Die von General Eoin O'Duffy 1932/33 gegründete, paramilitärische und blau uniformierte »Army Comrades Association« wies zwar autoritäre Züge auf, doch orientierte sich der im Irischen Unabhängigkeitskrieg bewährte O'Duffy zunächst in der gemäßigten Partei »Fine Gael«, ehe er diese 1934 im Streit verließ und die offen faschistischen »Greenshirts« begründete, die parteipolitisch in der »National Corporate Party« organisiert waren. Mit diesen Grünhemden nahm O'Duffy in der »Irischen Brigade« 1936/37 am Spanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Nationalspanier teil. Nach seiner Rückkehr führte

die enge Anlehnung an das nationalsozialistische Deutschland und die starke Konkurrenz im nationalistischen Beritt (»Sinn Féin«) zu einer Marginalisierung der Bewegung O'Duffys.

Ein resümierender Blick Kaisers auf die Nachkriegszeit billigt allenfalls

Mosley eine gewisse Nachwirkung zu, der mit seiner Idee von »Europe a Nation« einen europäischen Großraum mit einer autoritären und zentralisierten Bundesstaatsebene vorsah, in dem die Autonomierechte der Völker unangetastet bleiben und regionalistische Bestrebungen forciert werden sollten. Als Anhang ist ein Quellentext beigefügt: Mosley beantwortet hier (erstmalig im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit in deutscher Übersetzung) programmatisch 100 Fragen zum Faschismus, wie er ihn verstand.

Sebastian Pella



Das ist bei den Briefwechseln mit den Philosophen etwas anders, wenngleich es auch hier ein Problem gibt. Kaum jemand scheint seinen Nachlaß so gehütet zu haben wie Schmitt, sodaß wir in vielen Fällen nur Briefe an Schmitt vorliegen haben und von seinen Briefen nichts oder nur Briefentwürfe (aus seinem Nachlaß) existieren.

Unter der Überschrift »CS im Gespräch mit Philosophen« sind Korrespondenzen mit habilitierten Philosophen bis 1933 verzamelt. Interessant sind die Briefe von Eduard Spranger (bis 1932), der vom Herausgeber der Briefe, Reinhard Mehring, als »einer der einflußreichsten und bedeutendsten Universitätsphilosophen der Zwischenkriegszeit« bezeichnet wird. Spranger schätzte die Schriften Schmitts außerordentlich und bringt das in überschwenglichem Maße zum Ausdruck.

Die Brisanz der Beziehung bezieht sich auf die folgenden Jahre, in denen der monarchisch gesinnte Spranger auf Distanz zum NS-Regime ging und 1945, von den Russen als Rektor eingesetzt, die Berliner Universität entnazifizieren sollte (damit auch Schmitt). Nachdem es vorher immer »Lieber Herr Kollege« geheißen hatte, schreibt Spranger Schmitt am 27. Juni 1945 als »Sehr geehrter Herr Staatsrat!« an und damit als Rat eines Staates, den es nicht mehr gab. Schmitt hat das Verhältnis zu Spranger wohl auch deshalb noch beschäftigt und in seiner Schrift *Ex Captivitate Salus* (1950) darüber reflektiert. Jeweils ein Brief an Alfred Baeumler und einer von Martin Heidegger betreffen Nebensächlichkeiten und haben trotz der zeitweiligen Überschneidung im NS-Engagement keine Fortsetzung gefunden. Eine später vertiefte Kritik an der Freund-Feind-Gegenüberstellung im *Begriff des Politischen* findet sich in einem Brief von Leo Strauss (1932), der

Schmitt vorwirft, daß er das Rangverhältnis zwischen dem Politischem und dem Staat mißachte: ersteres sei zwar Bedingung, aber kein konstitutives Prinzip. Die Briefwechsel mit Eric Voegelin und Joachim Ritter (dessen Schüler alle eine große CS-Affinität hatten und in dessen Colloquium Schmitt referieren konnte) sind umfangreicher und finden vor allem in der Bundesrepublik statt.

Der Vortrag »Reich – Staat – Bund« ist vor allem deshalb interessant, weil Schmitt ihn im ersten Halbjahr 1933 mehrfach gehalten und immer wieder überarbeitet hat. Das erste Mal hielt er ihn noch vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Schmitt hat lediglich die Fassung vom 20. Juni veröffentlicht, die er als die »endgültige« Fassung bezeichnete, die durch seine Erfahrungen bei der Mitarbeit am Reichsstatthaltergesetz bestimmt sei. Durch Zufall wurde die Fassung vom 22. Februar als typographische Mitschrift aufgefunden und hier erstmals abgedruckt. Der Titel lautete damals noch »Bund, Staat und Reich« und zeigt, daß Schmitt innerhalb des halben Jahres Zutrauen in die Ziele der neuen Führung, die Schaffung echter Staatlichkeit des Reiches, gefaßt hatte.

Abschließend werden Notizen präsentiert, die sich Schmitt für die Geburtstagsansprachen zu seinem 60. und 65. Geburtstag gemacht hat: »Die Verfolger greifen ins Leere; sie schießen immer an eine Stelle, an der ich längst nicht mehr bin ...«. Gewidmet ist der Band Hans Gebhardt (1925–2013), dem »Meister der Gabelsberger Stenographie«, ohne den es nicht gelungen wäre, die eben in dieser Kurzschrift verfaßten Tagebücher Schmitts zu entziffern. Denn offenbar gibt es niemanden mehr, der die Gabelsberger beherrscht. Damit dürfte die weitere Erkundung des Schmitt-Nachlasses deutlich zeitaufwendiger, wenn nicht teilweise unmöglich werden.

Erik Lehnert

Reich – Staat – Bund

Schmittiana. Neue Folge. Beiträge zu Leben und Werk Carl Schmitts, Bd. II, hrsg. von der Carl-Schmitt-Gesellschaft, Berlin: Duncker & Humblot 2014. 316 S., 59,90 €

Die haupt- und nebenamtlichen Schmitt-Enthusiasten haben diesmal einen Band der *Schmittiana* vorgelegt, der sich durch zwei Schwerpunkte auszeichnet. Zum einen geht es um die Vorgeschichte der Kölner Antrittsvorlesung vom 20. Juni 1933 »Reich – Staat – Bund«, zum anderen um Schmitts Verhältnis zu zeitgenössischen Philosophen, wie es sich in den Briefwechseln widerspiegelt. Daneben gibt es die üblichen Briefwechsel mit Fachkollegen (u. a. mit Kurt Wolzendorff und Walter Jellinek), die thematisch, wie immer bei Schmitt, den Rahmen der Rechtswissenschaft sprengen (ohne in den vorliegenden Fällen besondere Perlen zu offenbaren).

Lest Hennis!

Vor anderthalb Jahren, am 10. November 2012, starb mit Wilhelm Hennis (*Sezession* 24/2008) ein Politikwissenschaftler, der, wenngleich kein Rechter, wichtige Einsichten für rechtes Denken geliefert hat. Denn was nützt die Sentenz, daß die »Wirklichkeit immer rechts« (Joachim C. Fest) sei, wenn man von dieser keine Ahnung hat. Deshalb bleibt Hennis' an der politischen Wirklichkeit ausgerichtetes Werk wichtig als Orientierung in dem, was Politik ist und was sie vom einzelnen zu fordern hat. Heinrich Meier, der 1985 von Hennis promoviert wurde und im selben Jahr die Nachfolge von Armin Mohler bei der Siemens-Stiftung antrat, konzentriert sich in seiner »Gedenkrede auf Wilhelm Hennis« auf den Zusammenhang von *Politik und Praktischer Philosophie* (Berlin: Duncker & Humblot 2014, 30 S., 9,90 €) als das entscheidende Merkmal von Hennis' Werk (das vor allem aus Aufsätzen besteht). Politische Wissenschaft ist bei Hennis daher praktische Wissenschaft, welche sich an die Handelnden wendet und diese »nicht nur in ihrem Handeln leiten, sondern auch zum Handeln bewegen« soll. Durch die Anbindung an die praktische Philosophie habe er sein Fach, die Politikwissenschaft, wieder an ihre Tradition erinnern wollen, die sie über aller Empirie und Utopie völlig vergessen hatte. Bei all dem nahm Hennis sich selbst nicht aus, stritt ganz praktisch gegen den technischen Machbarkeitswahn und kommentierte das politische Geschehen der Bundesrepublik. Bald dreißig Jahre widmete sich Hennis der Auslegung von Max Weber. Seine Aufsätze gehören zum besten, was über Max Weber geschrieben wurde.

»Nur was ganz ausgelebt hat, kann auferstehen.«

Vor 150 Jahren, am 18. Juli 1864, wurde Ricarda Huch in Braunschweig geboren. Das »Sturmlied« (1907) der Schriftstellerin, Philosophin und promovierten Historikerin bündelt zwar keineswegs die Essenz ihres Schaffens, doch zählt es zu den am häufigsten vertonten Gedichten:

O Brausen des Meers und Stimme des Sturms
Und Irren im Nebelschwarm!
In Hafens Ruhe, im Schutze des Turms,
Wie eng und arm.

Ich will kein Kissen mir unters Haupt,
Kein Schreiten auf Teppichen weich;
Hat mir der Sturm auch die Segel geraubt,
Da war ich reich!

O herrliche Fahrt im Windeshauch
Hinauf und hinab und zurück!
Nur kämpfend, und unterlieg ich auch,
Ist Leben Glück.

Huch, wiewohl von den Nationalsozialisten vehement umworben, hatte sich 1933 dezidiert von der Bewegung abgewandt. Der erste, 1934 erschienene Band ihrer *Deutschen Geschichte* wurde von der offiziellen Literaturkritik verrissen. Der zweite Band konnte nur unter gro-



ßen Schwierigkeiten erscheinen, der dritte und letzte wurde erst posthum veröffentlicht. Jüngere Forschungen fassen Huch in den Kreis der Konservativen Revolution, speziell wird sie der Weltanschauung der »Jungkonservativen« zugerechnet. Dafür sprechen ihre staatstheoretischen und sozialphilosophischen Positionen, die sie vor allem in ihrer umfangreichen Sammlung von Städteporträts, *Im Alten Reich. Lebensbilder deutscher Städte* (1927/1929), und in dem Vortrag *Deutsche Tradition* (1931) zum Ausdruck brachte. »Tragende Elemente« (Claudia Bruns) von Huchs Reichsidee waren ständige Gliederung, romantischer Sozialismus, ein Ideal, das Kaiserherrschaft (»ein Herz, das austeilt und sammelt«) und Selbstverwaltung vereinte sowie ein christlich-nationaler Ordo-Gedanke. Geschichte, so fand Huch, werde erst durch den Prozeß der Mythisierung lebendig, und allein dies sei ihr Zweck.

Tradition bestimmte sie als das, was »dauerhaft fortwirkt« von den Prägungen, die sich in den »Anfängen eines Volkes« als wirkungsmächtig erwiesen hätten. Für Deutschland gelte, daß »in kaum einem europäischen Lande gemeinsame Erinnerungen so wenig gepflegt« würden. Ricarda Huch, diese männliche Denkerin, starb 1947.

Geschmackssache WK I

Die ersten Ausstellungen zum vor hundert Jahren begonnenen Ersten Weltkrieg sind bereits vorüber, noch bevor der eigentliche Jahrestag des Kriegsbeginns erreicht ist. Andere Museen und Archive öffnen ihre thematischen Schauen dieser Tage und Wochen. Vom 29. Mai bis 30. November 2014 zeigt das Deutsche Historische

Museum Berlin seine umfassende Ausstellung »1914–1918. Der Erste Weltkrieg«. Ausgehend von 15 ausgesuchten Orten (u. a. Berlin, Brüssel, Petrograd, Ypern, Verdun) erzählt sie Verlauf und Folgen des Kriegsgeschehens mit seinen unterschiedlichen Auswirkungen.

Das Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Stuttgart) zeigt in der Großen Landesausstellung »Fastnacht der Hölle – Der Erste Weltkrieg und die Sinne« vom 4. April 2014 bis zum 1. März 2015, wie dieser Krieg alle Maßstäbe der Wahrnehmung sprengte. Wie wirkten sich der infernalische Lärm der Explosionen, der beißende Verwesungsgestank in den Schützengräben, der Hunger in der Heimat auf die Menschen aus? In fünf Sinnesstationen wird je eine typische Empfindung aus der Zeit des Ersten Weltkriegs simuliert: etwa der Geruch der tückischen neuen Waffe Phosgen-Gas oder der Geschmack eines nach Kriegsrezept, also ohne Milch, Fett und Eier, gebackenen Zwiebacks. Der Krieg klinge, rieche oder schmecke anders an der Front als in der Etappe und in der Heimat.

Das LVR-Freilichtmuseum Lindlar zeigt noch bis zum 14. Dezember 2014 in seiner Ausstellung »Krieg und Licht« die Dynamik der ländlichen Elektrifizierung um 1914 auf: »Der ländliche Alltag erfuhr vor 100 Jahren einschneidende Veränderungen: Elektrisches Licht erhellte die Stuben, der Elektromotor brachte Arbeitserleichterung und Produktivitätssteige-



rung. Wesentliche Impulse erhielt die ländliche Elektrifizierung durch den Ersten Weltkrieg. Doch die Veränderung des Landschaftsbildes weckte bereits vor dem Krieg Kritik.«

Eine Sonderausstellung im bekanntlich linkslastigen Militärhistorischem Museum Dresden widmet sich vom 6. Juni bis zum 7. September 2014 der Kriegserfahrung »ziviler Psychiatriepatienten und -patientinnen«: »Letztlich muß jeder Betrachter selbst entscheiden, wo der ganz normale kriegerische Wahnsinn des wilhelminischen Zeitalters aufhörte, wo individuelle Wahnvorstellungen anfangen und wo einfach wunderschöne, verblüffende und auch verstörende Kunstwerke zu entdecken sind.«

Eine kleine, aber drastische Ausstellung über Kriegsdarstellung in Kinderbüchern zeigt

noch bis zum 15. Juli das Institut für Kinder- und Jugendbuchforschung an der Goethe-Universität in Frankfurt. Die ausgestellten Bücher titeln etwa »Hurra! Ein Kriegsbilderbuch« oder »Unsere Feinde«. Verse aus einem Buch mit schwarzen Scherenschnitten: »Der Russenlaus erklärten wir den Krieg. Der Kampf war hart, uns blieb der Sieg. Kommen noch Überläufer bei Nacht, die werden im Nahkampf unschädlich gemacht«.

Einen guten, nach Ländern und für Deutschland nach Bundesländern gegliederten Überblick über aktuelle und kommende Ausstellungen bietet die vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge verantwortete Seite: www.100-jahre-erster-weltkrieg.eu

Gottbegnadet, unbelastet: Richard Strauss

Im vielsagenden, teils auch hübsch-betulichen Briefwechsel zwischen Richard Strauss und dem Dirigenten Fritz Busch, bis 1933 Generalmusikdirektor an der Semperoper, ist es ein beständiges Ringen um die Anzahl an Strauss-Opern, die jährlich auf dem Dresdener Spielplan stehen. Der Komponist empfand sich immer als vernachlässigt! In diesem Jahr dürfte er sich nicht beklagen. Am 11. Juni feiert Richard Strauss, der seiner Nachwelt rund 250 Musikwerke überliefert hat, seinen 150. Jahrestag. Er starb 1949. Wer zwischen den zahlreichen büchernen Neuerscheinungen schwankt, dem sei zum opulenten, umfassenden *Richard Strauss-Handbuch* aus dem J.B. Metzler Verlag geraten (hrsg. von Walter Werbeck, 583 S., 79,95 €). Strauss gilt dort als »konservativer Modernist«. Strauss, der zwar 1933 Präsident der Reichsmusikkammer wurde (da war Freund Busch bereits vom Pult gebrüllt worden und nach England emigriert), noch 1944 auf Hitlers »Gottbegnadetenliste« und auf die »Sonderliste« der drei wichtigsten Musiker gesetzt wurde und selbst noch 1943 ein Danklied für Hans Frank geschrieben hatte, fiel bereits 1935 offiziell in Ungnade, weil er von Stefan Zweig das Libretto für die Oper *Die schweigsame Frau* schreiben ließ. Innerhalb von 54 Jahren komponierte Strauss fünfzehn Opern, mehr als Wagner, für dessen Werk er sich zeitlebens einsetzte und der ihn musikalisch beeinflusste. Sämtliche Strauss-Opern finden sich in erlesener Auswahl auf einer nun erschienenen Sammlung der Deutschen Grammophon (33 CDs, rund 90 €). Die älteste Aufnahme (*Die Liebe der Danae*) datiert von 1952 (Salzburger Festspiele), einen gewissen Retro-Klang erlebt man auch bei *Arabella* (in einer Aufführung von 1963, mit Dietrich Fischer-Dieskau). Die jüngste der Aufnahmen (*Ariadne auf Naxos*) stammt von 2000, es ist das letzte Dirigat Giuseppe Sinopoli. Wer zum Hören auch schauen will, sei auf diverse DVDs von Aufführungen unter dem Dirigat Christian Thielemanns verwiesen, begonnen mit *Arabella*, die der Maestro bereits 1995 mit dem Metropolitan Opera Orchestra aufführte, weiter mit der *Frau ohne Schatten* (mit den Wiener Philharmonikern), mit dem *Rosenkavalier* und *Elektra* (Münchner Philharmoniker) und zuletzt *Ariadne auf Naxos* (mit der Sächsischen Staatskapelle Dresden).



Der Krieg, der jetzt geführt wird, ist ein Kampf nicht nur um politische Fragen, um die Behauptung der Machtstellung des Deutschen Reichs und der ihm eng verbündeten Österreichisch-Ungarischen Monarchie, sondern um unendlich viel mehr: es handelt sich um das Sein oder Nichtsein des deutschen Volks. Wir wissen, was wir zu erwarten haben, wenn wir unterliegen; unsere Feinde haben uns den Untergang geschworen ... Die Zeiten, da Deutschland zerrissen und machtlos war, wollen sie wieder herstellen; sollten sie siegen, so werden sie alle Mittel ergreifen, um Deutschland zu zertrümmern, um uns nicht nur jeder Möglichkeit zu nehmen, wieder zu staatlicher Macht zu gelangen, sondern um uns national zu vernichten.

Eduard Meyer: »Deutschland und der Krieg«,
geschrieben am 14. August 1914